

Die Fundstelle Bayern

Fachzeitschrift für die kommunale Praxis

Herausgeber

Andrea Degl, Geschäftsf. Präsidialmitglied des Bayer. Landkreistages

Dr. Gerhard Ecker, Oberbürgermeister a. D. der Stadt Lindau (Bodensee)

Dr. Helmut Graf, Ministerialdirigent im Bayer. Staatsministerium des Innern,
für Sport und Integration

Günter Heimrath, Geschäftsf. Direktor des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes

Markus Lindner, Direktor beim Bayer. Kommunalen Prüfungsverband

Andreas Schmitz, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

**Inhaltsverzeichnis
zum Jahrgang 2024**

Jahresinhaltsverzeichnis

FSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 51

A

Abfallentsorgung

- Abberufung als Betriebsbeauftragter für Abfall
FSt **113**, 395
- Normenkontrolle gegen eine Abfallwirtschafts-
satzung; Gebührenfähigkeit von Kosten der
Stilllegung und der Nachsorge einer Abfallver-
wertung- und -beseitigungsanlage GK **124**, 346
- Die Rechtmäßigkeit von kommunalen Gebüh-
rensatzungen richtet sich in erster Linie nach
Landesrecht GK **124**, 346
- Nur weite verfassungsrechtliche Grenzen für
die Ausgestaltung des Gebührenrechts
GK **124**, 347
- Ausreichend für die Inanspruchnahme ist das
besondere Näheverhältnis der heutigen Gebüh-
renschuldner zur Abfallentsorgungseinrichtung
GK **124**, 348

Abgabenordnung

- Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen,
Investitionen und Innovation sowie Steuerver-
einfachung und Steuerfairness (Wachstums-
chancengesetz) GK **101**, 276
- Änderungen im Bereich der Abgabenordnung
(Art. 13 bis 16 Wachstumschancengesetz)
GK **101**, 285
- Zum Zweckbetrieb „Krankenhaus“ i.S. des
§ 67 Abgabenordnung (AO) GK **151**, 417
- Verordnung zur Vergabe steuerlicher Wirt-
schafts-Identifikationsnummern (Wirtschafts-
Identifikationsnummer-Verordnung – WIdV)
vom 30.9.2024 GK **204**, 528

Abstandsflächen

- Eine Abweichung von den Abstandsflächenvor-
schriften dürfte weiterhin eine atypische Situa-
tion erfordern; Voraussetzungen für eine
Abweichung nach Art. 63 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2
BayBO FSt **156**, 527

- Erteilung einer Abweichung erfordert weiter-
hin eine atypische Situation FSt **156**, 528
- Rechtmäßig errichtetes Gebäude i.S.d. Art. 63
Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BayBO FSt **156**, 529
- Wohnheim als Wohngebäude i.S.d. Art. 63
Abs. 1 Satz 2 BayBO FSt **156**, 530
- Die Nutzungsänderung eines Bestandsgebäu-
des in ein Wohnheim unterfällt Art. 63 Abs. 1
Satz 2 Nr. 2 BayBO, obwohl es sich nicht um
einen Ersatzbau handelt FSt **156**, 530
- Die Abweichung von den Abstandsflächenvor-
schriften darf nicht mit unzumutbaren, rück-
sichtslosen Auswirkungen für den Nachbarn
verbunden sein FSt **156**, 531
- Intendiertes Ermessen bei der Erteilung einer
Abweichung nach Art. 63 Abs. 1 Satz 2 BayBO
FSt **156**, 532

Altersteilzeit

- Möglichkeiten zur Vereinbarung von Altersteil-
zeit mit Beginn ab 1.1.2023 FSt **3**, 9
- Sozialversicherungsrechtliche Vorgaben FSt **3**, 9
- Beachtung des Grundsatzes der Gleichbehand-
lung FSt **3**, 10
- Voraussetzungen der Altersteilzeit nach dem
Altersteilzeitgesetz FSt **3**, 10
- Modelle der Altersteilzeit nach dem Altersteil-
zeitgesetz FSt **3**, 11
- Entgelt bei Altersteilzeit nach dem Altersteil-
zeitgesetz FSt **3**, 12
- Urlaubsanspruch FSt **3**, 13
- Nebentätigkeit FSt **3**, 14
- Störfall FSt **3**, 14
- Korrektur bereits abgeschlossener Altersteil-
zeiten nach dem TV FlexAZ FSt **3**, 14

Amtshaftung

- Amtshaftung bei Stromkabelschaden durch
Straßenbauarbeiten FSt **66**, 232

- Handlung in Ausübung eines anvertrauten öffentlichen Amtes FSt 66, 232
- Hoheitlicher Charakter der Ausführung von Schutzplanken? (hier verneint) FSt 66, 233
- Der Unternehmer ist nicht Verwaltungshelfer, wenn ihm ein relevanter eigener Ausführungsspielraum verbleibt (hier bejaht) FSt 66, 234
- Sorgfaltspflicht eines Tiefbauunternehmers bei Bauarbeiten an Straßen FSt 66, 235
- Amtshaftung bei unzureichender Anbringung eines Verkehrsschildes durch Privatunternehmen FSt 198, 676
- Vorrang der Spezialregelung des § 839 BGB FSt 198, 677
- Verwaltungshelferschaft im konkreten Fall führt zur Haftungsfreistellung FSt 198, 678
- Gesamtbetrachtung für die Einordnung als hoheitliche Tätigkeit maßgebend FSt 198, 678

Arbeitnehmer

- Entgeltgleichheitsklage; Anspruch auf Schadensersatz bzw. Entschädigung nach § 15 Abs. 1 und 2 AGG aufgrund einer Benachteiligung wegen des Geschlechts FSt 15, 52
- Rechtsmissbrauch bei Geltendmachung eines Entschädigungsanspruchs nach § 15 Abs. 2 AGG FSt 26, 85
- Personalgestellung nach § 4 Abs. 3 TVöD fällt nicht in den Anwendungsbereich der Leiharbeitsrichtlinie FSt 50, 167
- Zertifikatslehrgänge Verwaltung (ZLV) als Personalgewinnungsinstrument – Entfristung des Hauptausschussbeschlusses vom 15.1.2018 i.d.F. vom 4.6.2018 FSt 82, 280
- Anspruch auf tarifvertragliche Jahressonderzahlung sowie Corona-Sonderzahlung in der Freistellungsphase eines Altersteilzeitarbeitsverhältnisses (TVöD/TV Corona-Sonderzahlung) GK 4, 15
- Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns ab 1.1.2024 und 1.1.2025 GK 14, 38
- (Kein) Zuschlag für nicht rechtzeitig aufgestellten Dienstplan GK 15, 39
- Zumutbare Prozessbeschäftigung beim fristlos kündigenden Arbeitgeber? GK 27, 63
- Sachbezugswerte für freie Mahlzeiten und freie Unterkunft ab 1.1.2024 GK 36, 84
- Tarifabschluss 2023 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3.2024 GK 44, 100
- Lohngleichheit bei Teilzeitbeschäftigung GK 76, 209
- Urlaub – 15 Monatsfrist – Langzeiterkrankung – Tilgung von Urlaubsansprüchen bei fehlender Tilgungsbestimmung des Arbeitgebers GK 84, 236

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.3.2024 GK 108, 293
- Annahmeverzug und Anrechnung von Verdienst aus Geschäftsführertätigkeit – böswilliges Unterlassen GK 127, 352
- Arbeit auf Abruf – Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit – ergänzende Vertragsauslegung – Annahmeverzug GK 128, 354
- Vergütungsanspruch nach Aufstockung der Arbeitszeit von Teilzeit auf Vollzeit GK 173, 465
- Kein Anspruch auf höhere Zulage aus § 9 TzBfG GK 173, 466
- Zulage als Teil der arbeitsvertraglich geschuldeten Vergütung GK 173, 466
- Ergänzende Vertragsauslegung bei fehlender Vergütungsvereinbarung führt zu quotaler Gesamterhöhung der Vergütung GK 173, 467
- Tarifverdienste 2023 – Entwicklung der Indizes GK 177, 476
- Nochmals: Minderung des Annahmeverzugslohns durch böswilliges Unterlassen anderweitigen Verdienstes GK 211, 541

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

- Erschütterung des Beweiswerts von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen GK 138, 380

Arbeitsunfall

- Unterbrechung des Heimwegs bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel FSt 127, 440

Arbeitsvertrag

- Hohe Hürden für die Annahme eines unvermeidlichen Rechtsirrtums im Arbeitsrecht FSt 200, 681

Arbeitszeugnis

- Ausnahmsweise Anspruch auf Dank- und Wunschformeln FSt 177, 606

Architekten

- Das zwingende Preisrecht der HOAI 2013 ist auch bei Aufstockungsklagen gegenüber öffentlichen Auftraggebern weiterhin anwendbar FSt 171, 594
- Keine unmittelbare Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie zugunsten der öffentlichen Hand FSt 171, 595
- Geltung der Mindestsätze auch bei fehlender schriftlicher Honorarvereinbarung FSt 171, 595
- Die Mindestsätze der HOAI sind die übliche Vergütung i.S. des § 632 Abs. 2 BGB GK 45, 117

Archive, Archivierung

- Jahresbeiträge 2023 und früher der Fundstelle und Gemeindekasse Bayern digital per Download abrufbar FSt **48**, 160
- Jahresbeiträge 2023 und früher der Fundstelle und Gemeindekasse Bayern digital per Download abrufbar GK **41**, 95

Aufwandsteuern

- Nochmals: Kommunale Wettbürosteuer unzulässig GK **136**, 375

Ausfertigung

- Bebauungsplan: Unwirksamkeit wegen Ausfertigungsmangels FSt **193**, 655
- Die Ausfertigung eines Bebauungsplans hat vor der Bekanntmachung zu erfolgen FSt **193**, 655
- Zeitlich getrennte Ausfertigung von Satzungs- teilen ist möglich FSt **193**, 655
- Die Übereinstimmung von Ausfertigungs- und Bekanntmachungsdatum als Indiz dafür, dass die Reihenfolge nicht gewahrt ist FSt **193**, 656

Ausländer, Asylbewerber

- Umgang mit „Reueerklärung“ für Geflüchtete aus Eritrea FSt **89**, 305
- Rückführungsverbesserungsgesetz FSt **115**, 398
- Ausweisung eines noch nie eingereisten Ausländers FSt **153**, 520
- Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach dem AsylbLG FSt **155**, 522
- Es wird nur ein Mindeststandard an ärztlicher Versorgung gewährt FSt **155**, 522
- Die Grundrechte fordern eine medizinische Versorgung FSt **155**, 523
- Auch das Europarecht verpflichtet den Staat zum Gesundheitsschutz FSt **155**, 523
- Die Leistungen setzen eine Hilfebedürftigkeit voraus FSt **155**, 523
- Keine Anspruchsgrundlage für die Vergütung behandelnder Ärzte und Krankenhäuser FSt **155**, 524
- Akute Erkrankung als Voraussetzung FSt **155**, 524
- Behandlung von Schmerzzuständen FSt **155**, 524
- Sachleistungsanspruch als Rechtsfolge FSt **155**, 525
- Ausnahmsweise sonstige Leistungen, Heil- mittel, Hilfsmittel FSt **155**, 525
- Notwendige Fahrtkosten und Dolmetscherkosten FSt **155**, 525
- Erforderliche Leistungen FSt **155**, 526
- Versorgung mit Zahnersatz und kieferorthopä- dische Behandlung FSt **155**, 526

- Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt FSt **155**, 526
- Sicherstellungsauftrag FSt **155**, 527
- Leitfaden des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (StMI) zu Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) FSt **164**, 560
- Vorläufiger Rechtsschutz einer kreisangehöri- gen Gemeinde gegen die angekündigte Zuwei- sung von Asylbewerberleistungsberechtigten FSt **208**, 707
- Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch gegen ein drohendes tatsächliches Verwaltungs- handeln FSt **208**, 708
- Voraussetzungen für öffentlich-rechtlichen Unterlassungsanspruch FSt **208**, 709
- Keine Verpflichtung einer kreisangehörigen Gemeinde aus dem Selbstverwaltungsrecht zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerberleistungsberechtigten in eigener Zuständig- keit FSt **208**, 709
- Keine Rechtsgrundlage, nach der die Landrats- ämter berechtigt wären, Asylbewerberleistungs- berechtigte an kreisangehörige Gemeinden zu- zuweisen oder kreisangehörige Gemeinden zur Bereitstellung von Unterkünften zu verpflichten FSt **208**, 710
- Glaubhaftmachung des Anordnungsgrunds (Eilbedürftigkeit) FSt **208**, 712
- Ausnahmsweise zulässige vorläufige Vorweg- nahme der Hauptsache FSt **208**, 712
- Aussetzung der Abschiebung bei unmittelbar bevorstehender Eheschließung FSt **209**, 712
- Vorliegen eines Termins zur Eheschließung FSt **209**, 713
- Anmeldung der Eheschließung und vollständi- ger Antrag auf Befreiung von der Beibringung eines Ehefähigkeitszeugnisses FSt **209**, 713
- Anmeldung der Eheschließung und Positiv- mitteilung des Standesamtes nach § 13 Abs. 4 Satz 1 PStG FSt **209**, 713
- Positivmitteilung des Standesamtes reicht nicht aus, wenn sich aus weiteren Umständen ergibt, dass die Eheschließung noch nicht un- mittelbar bevorsteht FSt **209**, 714
- Kein vollständiger Antrag auf Befreiung von der Beibringung eines Ehefähigkeitszeugnisses im vorliegenden Fall FSt **209**, 715
- Bekanntmachung über die Höhe der Leistungs- sätze nach § 3a Absatz 4 des Asylbewerberleis- tungsgesetzes für die Zeit ab 1. Januar 2024 vom 19.10.2023 GK **9**, 24

Ausschreibungen

- Heranziehung des Merkmals „bekannt und bewährt“ als Wertungskriterium für die Vergabe der Festwirtschäftigkeit bei einem Volksfest
GK 40, 92
- Aufhebung einer Ausschreibung; Fortsetzung eines Vergabeverfahrens
GK 175, 471
- Nach der Aufhebung einer Ausschreibung können die Aufhebung der Aufhebung und die Fortsetzung des Vergabeverfahrens verlangt werden
GK 175, 471
- Mit einem auf Rückgängigmachung der Aufhebung der Ausschreibung gerichteten Hauptantrag kann ein Hilfsantrag auf Feststellung der Rechtswidrigkeit der Aufhebung verbunden werden
GK 175, 472
- Aufhebung der Ausschreibung wegen grundlegender Veränderung der Vergabeunterlagen
GK 175, 473

Außerordentliche Kündigung

- Kündigung wegen Äußerung in einer Chatgruppe
FSt 130, 446
- Außerordentliche Kündigung wegen Vortäuschung der Impfungfähigkeit gegen das Coronavirus
FSt 154, 521

B

Baufträge

- Wann stehen unterlassene Aufklärungen hinsichtlich der Bauausführung dem arglistigen Verschweigen eines Mangels gleich?
GK 6, 18
- Haftung des Auftragnehmers, wenn die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Vorunternehmerleistung unzureichend war
GK 17, 44
- Mangelhafte Leistung des an eine fehlerhafte Leistung des Vorunternehmers anknüpfenden Nachfolgeunternehmers
GK 17, 45
- Zur Frage eines Mitverschuldens des Auftraggebers am Schadenseintritt
GK 17, 45
- Zur Frage der Haftung, wenn die Mangelhaftigkeit der Leistung auf dem Fehlverhalten mehrerer beruht
GK 17, 46

Baugenehmigung

- Verletzung des Rücksichtnahmegebots bei Bebauung des Nachbargrundstücks mit einem Doppelhaus
FSt 4, 15
- Doppelhausrechtsprechung des BVerwG
FSt 4, 16
- Ein Doppelhaus bildet mit seinem Pendant auf dem angrenzenden Grundstück eine Einheit
FSt 4, 16

- Der Umbau bzw. die Erweiterung einer Doppelhaushälfte ohne entsprechende Anpassung an die andere Doppelhaushälfte verletzt das Rücksichtnahmegebots
FSt 4, 17
 - Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens für die Erteilung einer Baugenehmigung, Einfügen eines Bauvorhabens in die nähere Umgebung
FSt 42, 140
 - Die Anhörung vor Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens muss in ihrer Begründung nicht der Ausführlichkeit der abschließenden Begründung bei Erlass des Verwaltungsakts entsprechen
FSt 42, 140
 - Die nähere Umgebung ist für die Einfügekriterien nach § 34 BauGB jeweils gesondert zu ermitteln
FSt 42, 141
 - Für das Einfügen nach § 34 BauGB kommt es auf die absolute Größe nach Grundfläche, Geschosszahl und Höhe sowie bei offener Bebauung zusätzlich auf das Verhältnis zur umliegenden Freifläche an
FSt 42, 142
 - Ein Gebäude fügt sich jedenfalls dann seiner Höhe nach ein, wenn in der maßgeblichen Umgebung Referenzgebäude vorhanden sind, die dem geplanten Gebäude in Bezug auf die absolute Höhe bzw. die Traufhöhe wenigstens entsprechen
FSt 42, 142
 - Für das Einfügen nach dem Maß der baulichen Nutzung darf nicht nur auf Gebäude der gleichen Nutzungsart abgestellt werden
FSt 42, 143
 - In Bezug auf die Anzahl der Geschosse kommt es darauf an, wie sich das geplante Gebäude und die Referenzgebäude nach außen hin darstellen
FSt 42, 143
 - Seminar- und Schulungszentrum im allgemeinen Wohngebiet
FSt 111, 391
 - Der Gebietserhaltungsanspruch besteht unabhängig von konkreten Beeinträchtigungen durch das geplante Vorhaben
FSt 111, 391
 - Ein größeres Schulungs- und Seminargebäude ist in einem allgemeinen Wohngebiet weder generell noch ausnahmsweise zulässig
FSt 111, 391
 - Für die Frage, ob ein Gewerbebetrieb störend ist oder nicht, sind auch alle mit dem Betrieb zwangsläufig verbundenen weiteren Auswirkungen zu berücksichtigen
FSt 111, 392
 - Ein bereits eingetretener erheblicher Baufortschritt führt nicht dazu, dass das Rechtsschutzbedürfnis für den Eilantrag entfällt
FSt 111, 394
- ### Baumaßnahmen
- Aktuelle Rechtsprechung zu den Sonderregelungen des § 246 BauGB zu Unterküften für Flüchtlinge oder Asylbehörende
FSt 253, 858

- Voraussetzungen für die Erteilung einer Befreiung nach § 246 Abs. 10 BauGB; Gebietsverträglichkeit im Gewerbegebiet FSt 253, 858
- Gebietsverträglichkeit einer Umnutzung eines Altenheims in eine Flüchtlingsunterkunft im allgemeinen Wohngebiet FSt 253, 860
- „Dringlicher Bedarf“ im Sinne des § 246 Abs. 13a BauGB FSt 253, 861
- Das gemeinsame Aufmaß ist ausschließliche Tatsachenfeststellung GK 85, 237
- Der Nachfolgeunternehmer hat zu prüfen, ob die Leistung des Vorunternehmers oder eine vorhandene Leistung geeignet ist, dass er daran anknüpft GK 110, 305
- Prüfpflicht des Auftragnehmers GK 110, 305
- Zu Umfang und Tiefe der Prüfung GK 110, 305
- Entgangener Gewinn als Schaden GK 110, 306
- Zu den Voraussetzungen, unter denen der Auftragnehmer die Kosten für Sanierungsmaßnahmen auch dann zu tragen hat, wenn sie sich nachträglich als nicht notwendig erweisen GK 213, 547

Baumschutzverordnung

- Erteilung einer Fällgenehmigung wegen einer Gefahr durch einen Baum für Sachen des Nachbarn von bedeutendem Wert FSt 45, 152
- Rechtsgrundlage für eine Baumschutzverordnung FSt 45, 152
- Schutzbereich der Baumschutzverordnung FSt 45, 152
- Verbot der Fällung eines von der BaumSchVO geschützten Baumes FSt 45, 153
- Gefahr für Sachen von bedeutendem Wert FSt 45, 153
- Keine Möglichkeit, die Gefahr mit zumutbarem Aufwand anders als durch Fällung des Baumes zu beseitigen; Interessenabwägung FSt 45, 154

Bauordnung

- Vollzugshinweise des StMB zu Art. 44a BayBO (Pflicht zum Bau von Solaranlagen auf Nichtwohngebäuden) FSt 68, 239
- Verfassungsmäßigkeit der Rauchwarmmelderpflicht FSt 94, 321
- Ob und inwieweit es im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens einer eigenen Tatsachenermittlung bedarf, ist eine autonome Entscheidung der Abgeordneten FSt 94, 321
- Die Sozialbindung des Eigentums kann gesetzliche Verpflichtungen des Eigentümers wie auch des Mieters einer Wohnung rechtfertigen FSt 94, 322

- Mit der Rauchwarmmelderpflicht verfolgt der Gesetzgeber einen verfassungsrechtlich legitimen Zweck FSt 94, 322
- Der Betrieb von Rauchwarmmeldern stellt eine zur Gefahrenabwehr geeignete Maßnahme dar FSt 94, 323
- Die gesetzliche Rauchwarmmelderpflicht verstößt nicht gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit FSt 94, 324
- Keine Verletzung des Wohnungsgrundrechts FSt 94, 325
- In der unterschiedlichen Pflichtenstellung von Eigentümern und unmittelbaren Besitzern der Wohnungen liegt keine unzulässige Ungleichbehandlung FSt 94, 326

Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2023 GK 31, 71

Bauvertrag

- Das selbständige Beweisverfahren hemmt die Verjährung der Ansprüche des Auftraggebers bis zum Abschluss der Beweisaufnahme aller im Verfahren enthaltenen Mängel FSt 18, 60
- Beendigung des Beweisverfahrens mit der sachlichen Erledigung der beantragten Beweissicherung FSt 18, 60
- Aufgabe der früheren Rechtsprechung, wonach die Unterbrechung der Verjährung bei voneinander unabhängigen Mängeln mit dem Abschluss der Beweissicherung hinsichtlich eines jeden dieser Mängel endete FSt 18, 61
- Wortlaut von § 204 Abs. 2 Satz 1 BGB und Wille des Gesetzgebers FSt 18, 61
- Die eigenständige Verjährung der Mängel steht der einheitlichen Hemmung bis zum Ende des Beweisverfahrens nicht entgegen FSt 18, 62
- Anforderungen an die schlüssige Darlegung eines Anspruchs auf Entschädigung aus § 642 BGB der Höhe nach wegen verzögerten Baubeginns FSt 52, 173
- Bestehen eines Anspruchs aus § 642 BGB dem Grunde nach beim Fehlen von Vorleistungen eines Vorunternehmers FSt 52, 174
- Die Gegenüberstellung der im Verzugszeitraum geplanten und tatsächlichen Erlöse ist keine schlüssige Darlegung eines Anspruchs aus § 642 BGB der Höhe nach und auch keine Grundlage für eine Schätzung FSt 52, 175
- § 642 BGB erfordert konkreten Vortrag des Auftragnehmers zu den unproduktiv vorgehaltenen Produktionsmitteln FSt 52, 175
- Ohne konkreten Vortrag des Auftragnehmers zu nutzlos aufgewendeten Produktionsmitteln ist eine Schätzung (selbst eines Mindestanspruchs) nicht möglich FSt 52, 177

- Umfassen Nachtragsvereinbarungen nach § 2 Abs. 5, 6 VOB/B auch Kosten, die sich aus einem aus der Änderungsanordnung resultierenden Ausführungsstillstand ergeben?
FSt **87**, 293
- Vergütungsanspruch bei Leistungsänderung
FSt **87**, 294
- Auslegung der Nachtragsvereinbarung erforderlich
FSt **87**, 294
- Ersatz einer Unterdeckung der AGK über § 2 Abs. 5 VOB/B?
FSt **87**, 295
- Die Erhöhung des Einheitspreises nach § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B wegen Unterschreitung des Mengensatzes erfolgt unter kalkulatorischer Fortschreibung des Einheitspreises
FSt **182**, 621
- Preisberechnung bei § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B
FSt **182**, 621
- Preisberechnung bei Nullmengen
FSt **182**, 622
- Anspruchsgrundlagen bei leistungsändernden Anordnungen des Auftraggebers und bei Teilkündigung
FSt **182**, 622
- Außerordentliches Kündigungsrecht des Bauherrn bei Arbeitseinstellung des Auftragnehmers; Abrechnung von Gerüstbauarbeiten
GK **77**, 211
- Außerordentliches Kündigungsrecht des Bauherrn, wenn der Auftragnehmer die Fortführung der Arbeiten von einer unberechtigten Mehrvergütungsforderung abhängig macht
GK **77**, 211
- Zur Frage, wie die Ausschreibung verschiedener Gerüstbauarbeiten zu verstehen ist und wie sie abzurechnen sind
GK **77**, 212

Beamtenbesoldung

- Vergütung von Mehrarbeit bei Ruhestandsversetzung infolge eines Dienstofffalls
GK **166**, 451
- Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten zum 1.11.2024 und 1.2.2025 sowie Inflationsausgleichszahlungen (einmalig) und für die Monate Januar bis einschließlich Oktober 2024
GK **182**, 489
- Eckpunkte der Besoldungsanpassungen 2024 und 2025
GK **182**, 489
- Die Besoldungsanpassung 2024/2025 im Einzelnen
GK **182**, 490
- Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte – gültig ab 1.11.2024 (Anlage 3 BayBesG)
GK **183**, 492
- Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte – gültig ab 1.2.2025 (Anlage 3 BayBesG)
GK **184**, 493

- Tabelle der Strukturzulagen, Stellenzulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen – gültig ab 1.11.2024 (Anlage 4 BayBesG)
GK **185**, 494
- Tabelle der Strukturzulagen, Stellenzulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen – gültig ab 1.2.2025 (Anlage 4 BayBesG)
GK **186**, 496
- Orts- und Familienzuschlag – gültig ab 1.11.2024 (Anlage 5 BayBesG)
GK **187**, 498
- Orts- und Familienzuschlag – gültig ab 1.2.2025 (Anlage 5 BayBesG)
GK **188**, 499
- Tabelle der Mehrarbeitsvergütungen – gültig ab 1.11.2024
GK **189**, 500
- Tabelle der Mehrarbeitsvergütungen – gültig ab 1.2.2025
GK **190**, 500
- Tabelle der Anwärtergrundbeträge – gültig ab 1.11.2024 (Anlage 10 BayBesG)
GK **191**, 501
- Tabelle der Anwärtergrundbeträge – gültig ab 1.2.2025 (Anlage 10 BayBesG)
GK **192**, 501

Bebauungsplan

- Entgegenstehen artenschutzrechtlicher Verbots- tatbestände, Verstoß gegen Ziele der Raumord- nung
FSt **17**, 57
- Der Eigentümer eines außerhalb des Plange- biets gelegenen Grundstücks ist dann antrags- befugt, wenn er eine mögliche Verletzung des Abwägungsgebots geltend machen kann
FSt **17**, 57
- Fehlende Erforderlichkeit eines Bebauungs- plans bei unüberwindbaren artenschutzrecht- lichen Hindernissen
FSt **17**, 58
- Im Bebauungsplanverfahren ist lediglich eine überschlägige Ermittlung und Bewertung in Bezug auf den Artenschutz erforderlich
FSt **17**, 58
- Kein genereller Vorrang ökologischer Belange bei Konflikten zwischen Raumnutzungsansprü- chen und ökologischer Belastbarkeit
FSt **17**, 59
- (Keine) Verletzung des Abwägungsgebots
FSt **17**, 59
- Das Verbot, die Nahversorgung der Bevölke- rung im Einzugsbereich eines Vorhabens wes- sentlich zu beeinträchtigen, ist als Ziel der Raumordnung unzulässig
FSt **29**, 94
- Das auf die Nahversorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich bezogene Beeinträchti- gungsverbot ist als Ziel der Raumordnung unzulässig, wenn ein Bezug zum System zentraler Orte fehlt
FSt **29**, 95

- Einschränkung der gemeindlichen Planungshoheit durch ein raumordnungsrechtlich unzulässiges Verbot, die Nahversorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich wesentlich zu beeinträchtigen **FSt 29, 97**
- Pflicht zur Ermittlung der durch die Planung ausgelösten zusätzlichen Verkehrsbelastung **FSt 51, 169**
- Umfang der Pflicht der Gemeinde zur Ermittlung des durch den Bebauungsplan zusätzlich zu erwartenden Verkehrslärms **FSt 51, 170**
- Maßgeblicher Zeitpunkt für die Berücksichtigung der Lärmauswirkungen bei der Abwägung ist die Beschlussfassung **FSt 51, 172**
- Gesamtunwirksamkeit des Bebauungsplans **FSt 51, 173**
- Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen durch den Begriff der Traufhöhe **FSt 86, 290**
- Der weder in der Planzeichenverordnung noch sonst näher definierte Begriff Traufhöhe ist grundsätzlich ohne weitere Erläuterungen hinreichend bestimmt bzw. bestimmbar **FSt 86, 291**
- § 2 Abs. 4 PlanZV zwingt nicht dazu, dem Begriff Traufhöhe im Plan eine Definition beizufügen **FSt 86, 292**
- Ob eine Planaussage dem Bestimmtheitsgebot genügt, ist eine Frage des nicht revisiblen Rechts und somit keiner rechtsgrundsätzlichen Klärung zugänglich **FSt 86, 292**
- Mit § 1 Abs. 10 BauNVO können bauliche Anlagen, deren (Nutzungs-)Änderung formell und materiell unzulässig ist, nicht legalisiert werden **FSt 100, 344**
- Zweck und Reichweite der Regelung in § 1 Abs. 10 BauNVO **FSt 100, 344**
- § 1 Abs. 10 BauNVO darf nicht dazu benutzt werden, dem an sich festgesetzten Baugebiet ein Gepräge zu verleihen, nach dem sich der betroffene Bereich in Wahrheit als ein anderes Baugebiet darstellt **FSt 100, 345**
- § 1 Abs. 10 BauNVO setzt voraus, dass die durch die Festsetzung legalisierte Anlage zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bebauungsplans bzw. bei dessen Änderung Bestandsschutz genießt **FSt 100, 346**
- Gesamtunwirksamkeit eines Änderungsbebauungsplans wegen der Unwirksamkeit einer Fremdkörperfestsetzung **FSt 100, 348**
- Abwägung von Lärmschutzbelangen bei der Aufstellung eines isolierten Straßenbebauungsplans **FSt 134, 457**
- Bekanntmachung der verfügbaren Arten umweltbezogener Informationen **FSt 134, 457**
- Planrechtfertigung gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB **FSt 134, 458**
- Legitimes städtebauliches Ziel **FSt 134, 459**
- Keine „Vollzugsunfähigkeit“ des Bebauungsplans **FSt 134, 459**
- Keine unmittelbare Geltung der 16. BImSchV außerhalb des Plangebiets **FSt 134, 459**
- Schutz der Anwohner vor Verkehrslärm **FSt 134, 460**
- Wohnen bei geöffneten Fenstern und Außenwohnbereiche **FSt 134, 460**
- Keine Verletzung des Trennungsgebots **FSt 134, 461**
- Abwägung der Belange der Verkehrssicherheit **FSt 134, 461**
- Prüfung von Alternativlösungen **FSt 134, 462**
- Verzicht auf das Vorhaben (sog. Nullvariante) **FSt 134, 462**
- Ausgleich der widerstreitenden Belange **FSt 134, 463**
- Gebot der Konfliktbewältigung **FSt 134, 463**
- Prägung eines Dorfgebiets durch landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe **FSt 180, 613**
- Ein landwirtschaftlicher Betrieb im Sinne von § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO (Dorfgebiete) kann grundsätzlich auch ein Nebenerwerbsbetrieb sein **FSt 180, 614**
- Die in § 5 Abs. 1 Satz 2 BauNVO normierte Pflicht zur vorrangigen Rücksichtnahme begünstigt jeglichen landwirtschaftlichen Betrieb **FSt 180, 614**
- Systematische Auslegung des § 5 BauNVO **FSt 180, 615**
- Begriff der Nebenerwerbsstelle **FSt 180, 616**
- Antrag der Nachbargemeinde und eines Zweckverbands auf vorläufige Außervollzugsetzung eines Bebauungsplans zur Festsetzung von Biogasanlagen wegen befürchteter Beeinträchtigung der Wasserqualität eines nahe gelegenen Sees **FSt 203, 687**
- Außervollzugsetzung eines Bebauungsplans nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen **FSt 203, 688**
- Nachbargemeinde kann sich nur gegen unmittelbare Auswirkungen gewichtiger Art des Bebauungsplans auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung in ihrem Gemeindegebiet zur Wehr setzen **FSt 203, 688**
- Muss die Ausbringung von Gärresten einer Biogasanlage im Bebauungsplan geregelt werden? **FSt 203, 689**
- Kein Verstoß gegen das Konfliktbewältigungsgebot **FSt 203, 690**
- Zu den Anforderungen an die Sicherung der ordnungsgemäßen Entwässerung des Plangebiets **FSt 215, 725**

- Belange der Abwasserbeseitigung sind regelmäßig in die nach § 1 Abs. 7 BauGB geübte Abwägung einzustellen FSt 215, 726
- Zulässigkeit der Konfliktverlagerung hinsichtlich der detaillierten Entwässerung auf einen städtebaulichen Vertrag FSt 215, 727
- Funktionsfähigkeit eines ins Auge gefassten Entwässerungskonzepts muss hinreichend nachgewiesen sein FSt 215, 727
- Berücksichtigung sachverständiger Stellungnahmen und der konkret im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen FSt 215, 728
- Planungsrechtliche Anforderungen an vorhabenbezogenen Bebauungsplan für einen Solarpark im Außenbereich FSt 228, 773
- Besonderheiten des Abwägungsgebots und der städtebaulichen Erforderlichkeit beim vorhabenbezogenen Bebauungsplan FSt 263, 895
- Auch im Verfahren nach § 47 Abs. 6 VwGO kommt es in erster Linie auf die Erfolgsaussichten in der Hauptsache an FSt 263, 896
- Städtebauliche Erforderlichkeit der Festsetzung eines allgemeinen Wohngebiets; „Etikettenschwindel“ FSt 263, 897
- Berücksichtigung des Durchführungsvertrags in seiner Fassung zum Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung FSt 263, 897
- Abgrenzung von Gesamt- zur Teilunwirksamkeit eines Bebauungsplans FSt 263, 898

Befristung von Arbeitsverträgen

- Befristungsabrede – Schriftformerfordernis FSt 131, 447

Beihilfe

- Bek des StMFH vom 21.12.2023 – Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung: Abführung von Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen GK 48, 120
- Bek des StMFH vom 15.1.2024 – Neunzehnte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 55, 144
- Beihilfe bei Überschreiten des Schwellenwertes in Arztrechnung GK 93, 254
- Angemessenheit von abgerechneten Gebührenpositionen GK 93, 254
- Fälligkeit des Honoraranspruchs GK 93, 256
- Anforderungen an die Begründung für die Überschreitung des Schwellenwertes GK 93, 257
- Anschaffungskosten für „Insulin-Smartphone“ sind nicht beihilfefähig GK 145, 402
- Zum Verwendungszweck des Smartphones im konkreten Fall GK 145, 402

- Wer ist nach welchen Vorschriften beihilfeberechtigt? GK 145, 403
- Definition von Gegenständen, die der allgemeinen Lebenshaltung im Sinne von § 21 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 2 BayBhV unterliegen GK 145, 404
- Smartphone ist auch im vorliegenden Fall ein Gegenstand der allgemeinen Lebenshaltung GK 145, 404
- Offen, ob „Insulin-Smartphone“ von Anlage 4 zu § 21 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 1 BayBhV erfasst GK 145, 405
- Technologieoffenheit kein Argument GK 145, 406
- Anschaffungskosten für Allergikerbettwäsche sind nicht beihilfefähig GK 174, 468
- Allergikerbettwäsche wird von Anlage 4 zu § 21 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 1 BayBhV nicht erfasst GK 174, 469
- Offen, ob Aufwendungen für auch nicht von Anlage 4 erfasste Hilfsmittel und Geräte überhaupt beihilfefähig sein können GK 174, 469
- Keine Beihilfefähigkeit von Gegenständen, die der allgemeinen Lebenshaltung im Sinne von § 21 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 2 BayBhV unterliegen GK 174, 469
- Allergikerbettwäsche ist ein Gegenstand der allgemeinen Lebenshaltung GK 174, 470
- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung vom 27.8.2024 GK 179, 480

Beihilfen

- EU-Kommission veröffentlicht die überarbeitete allgemeine De-minimis-Verordnung sowie die De-minimis-Verordnung für DAWI FSt 214, 724

Beiträge

- Vertrauensschutz nach Festsetzungsverjährung von Anschlussbeiträgen GK 73, 194
- Der Grundsatz des Vertrauensschutzes kann auch eine Gebührenfinanzierung der Herstellungskosten erfassen GK 73, 196
- Die Beitrags- und die Gebührenfinanzierung einer Einrichtung sind nach dem KAG mit einander verknüpft GK 73, 196
- Vertrauensschutz trotz zukünftiger Änderungsmöglichkeiten am Finanzierungssystem GK 73, 197
- Unterschiede zwischen Anschlussbeiträgen und Benutzungsgebühren GK 73, 197
- Grundsatz der Abgabengerechtigkeit GK 73, 198
- Haushaltsinteresse des Einrichtungsträgers GK 73, 198
- Vermeidung einer Doppelbelastung der Gebührenschuldner GK 73, 199

- Sachliche Zuständigkeit zum Erlass eines Beitragsbescheids für eine Entwässerungseinrichtung durch in der Rechtsform eines kommunalen Eigenbetriebs organisierte Stadtwerke
GK 171, 460
- Verwaltungsprozessual ist ein kommunaler Eigenbetrieb weder beteiligungsfähig noch nach dem Rechtsträgerprinzip passivlegitimiert
GK 171, 460
- Kommunale Eigenbetriebe sind keine Behörde der sie tragenden Gebietskörperschaft im Sinne von Art. 1 Abs. 2 BayVwVfG
GK 171, 461
- Eine besondere Übertragung der Befugnis zum Erlass von Beitragsbescheiden auf den kommunalen Eigenbetrieb ist zwingend erforderlich
GK 171, 462
- Der Verstoß gegen die Zuständigkeitsregelung ist weder heilbar noch unbeachtlich
GK 171, 463

Bekanntgabe

- Zur Widerlegung der Bekanntgabevermutung beim Bestreiten des Zugangs eines Verwaltungsakts
FSt 143, 481
- Der Nachweis des tatsächlichen Ausgangs eines Schreibens ist notwendige Voraussetzung für die Bekanntgabevermutung nach § 41 Abs. 2 Satz 1 VwVfG
FSt 143, 481
- Nichtzugang bei Postrücklauf
FSt 143, 482
- Das einfache Bestreiten des Zugangs eines Verwaltungsaktes genügt im Regelfall
FSt 143, 482
- Tatbestandliche Voraussetzungen der Bekanntgabevermutung
FSt 143, 483
- Bestreiten als reine Schutzbehauptung
FSt 143, 484

Bekanntmachung

- Die Bekanntmachung eines Flächennutzungsplans muss den räumlichen Geltungsbereich fehlerfrei erkennen lassen
FSt 169, 592

Bekanntmachungsverordnung

- Digitale amtliche Bekanntmachungen und ihre rechtliche Umsetzung
FSt 60, 206
- Digitale Bekanntmachungsarten
FSt 60, 206
- Ausschließlich digital veröffentlichtes Amtsblatt
FSt 60, 207
- Ausschließlich digital veröffentlichtes Amtsblatt des Landkreises/des Landratsamts
FSt 60, 209
- Niederlegung und deren Bekanntgabe auf der Internetseite der Gemeinde
FSt 60, 209
- Niederlegung und deren Bekanntgabe durch Anzeige an digitaler Gemeindetafel
FSt 60, 210

- Amtliche Bekanntmachungen anderer Körperschaften und der Kommunalunternehmen
FSt 60, 212

Besitzeinweisung

- Planfeststellung für Höchstspannungsleitung: Vorläufiger Rechtsschutz gegen eine vorzeitige Besitzeinweisung
FSt 226, 766
- Zuständigkeit des BVerwG für Streitigkeiten über eine auf § 44b Abs. 1 Satz 1 EnWG gestützte vorzeitige Besitzeinweisung
FSt 226, 766
- Muss die nach § 44b Abs. 2 Satz 1 EnWG i. V. m. § 18 Abs. 5 NABEG geforderte mündliche Verhandlung erneut erfolgen, wenn der Vorhabenträger seinen ursprünglichen Antrag ändert?
FSt 226, 767
- Wann ist der „sofortige Beginn von Bauarbeiten geboten“ (erste Voraussetzung für die sofortige Besitzeinweisung)?
FSt 226, 768
- Anfechtungsklage gegen Planfeststellungsbeschluss hindert die Besitzeinweisung nicht
FSt 226, 769
- Wann liegt eine Weigerung der Besitzübergabe im Sinne von § 44b Abs. 1 Satz 1 EnWG vor?
FSt 226, 769
- Hinreichende Bestimmtheit des Besitzeinweisungsbeschlusses
FSt 226, 770
- Werden die Grundstücke im Sinne des § 43 EnWG benötigt?
FSt 226, 770
- Berücksichtigung einer Verschlechterung des ökologischen Zustands durch die erforderliche Rodung von Bäumen
FSt 226, 771

Bestattungswesen

- Aufgaben der Gemeinden beim Vollzug des Bestattungsgesetzes
GK 195, 504

Betäubungsmittel

- Gesetz zur Begrenzung der Folgen des Cannabiskonsums
FSt 243, 824
- Änderungen des Gesundheitsschutzgesetzes
FSt 243, 825
- Änderung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes
FSt 243, 827

Betriebsveranstaltungen

- Lohnsteuerpauschalierung bei Betriebsveranstaltungen, die nicht allen Betriebsangehörigen offenstehen
GK 152, 425
- Lohnsteuerpauschalierung bei Betriebsveranstaltungen
GK 152, 426

- Das Tatbestandsmerkmal der Betriebsveranstaltung in § 40 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EStG ist entsprechend der Legaldefinition des § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a Satz 1 EStG auszulegen

GK 152, 427

Beurteilung

- Bei Beurteilungen kommen bei Bestimmung einer Vergleichsgruppe grundsätzlich nur Beamte aus der gleichen Laufbahn in Frage
FSt 40, 136

Bewerbungen

- Schwerbehinderter Bewerber; Vorstellung; Ersatztermin
FSt 213, 721
- Grundsätze für das Anbieten eines Ersatztermins für ein Vorstellungsgespräch
FSt 213, 722
- Keine Pflicht zum Anbieten eines Ersatztermins im konkreten Fall
FSt 213, 723
- Organisationsfreiheit des Arbeitgebers hinsichtlich der Befristung einer Arbeitsstelle; Bewerberauswahl
FSt 262, 892
- Grundsatz der Bestenauslese und Einschränkung
FSt 262, 892
- Ein Arbeitgeber kann bei der Organisationsentscheidung der Gefahr eines institutionellen Rechtsmissbrauchs Rechnung tragen
FSt 262, 893
- Reichweite des Organisationsermessens; hier eingehalten
FSt 262, 894

Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2023
GK 24, 54
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise
GK 24, 55
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke
GK 24, 56
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze
GK 24, 57

Bildschirmarbeitsplätze

- Gemeinsame Bek des StMFH und des StMAS vom 25.9.2024 – Hinweise zur Beschaffung von speziellen Sehhilfen am Bildschirmarbeitsplatz (Bildschirmbrillenbekanntmachung – HBSBBek)
GK 204, 528

Biotope

- Biotopregistrierung (§ 30 Abs. 7 BNatSchG) als widerlegliches Indiz für das Vorliegen eines Biotops i.S.v. § 30 Abs. 1 BNatSchG
FSt 114, 397
- Folgen der Eintragung in ein Biotopverzeichnis (§ 30 Abs. 7 BNatSchG)
FSt 114, 397

- Nichteinholung eines Sachverständigengutachtens zulässig, wenn die indizielle Wirkung der Biotopregistrierung durch einen gerichtlichen Augenschein bestätigt wird
FSt 114, 398

Brandschutz

- Nutzungsuntersagung wegen Brandschutzmängeln (erster und zweiter Rettungsweg) auf Grundlage von Art. 54 Abs. 4 BayBO
FSt 120, 421
- Indikation einer erheblichen Gefahr im Sinne des Art. 54 Abs. 4 BayBO bei Vorliegen von Mängeln innerhalb der Rettungswege
FSt 120, 421
- Richtiger Adressat einer vorläufigen Nutzungsuntersagung
FSt 120, 422

Brücken

- Schäden an Edelstahlrollenlagern von Brückenbauwerken
FSt 122, 426

Brückenbau

- Walzträger in Beton WIB-Bauweise; Hinweise zu konstruktiven Anforderungen an Tragwerke in WIB-Bauweise
FSt 148, 500

Bürgermeister

- Veränderungssperre und Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans durch den Bürgermeister im Wege einer Dringlichkeitsanordnung nach Art. 37 Abs. 3 GO
FSt 97, 334
- Erlass einer Veränderungssperre und Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans können per dringlicher Anordnung erfolgen
FSt 97, 335
- Wann ist eine Angelegenheit dringlich?
FSt 97, 335
- Zeitliche Dringlichkeit
FSt 97, 336
- Sachliche Dringlichkeit
FSt 97, 336

Bürgermeister, ehrenamtliche

- Monatliche Entschädigungen für die ehrenamtlichen ersten Bürgermeister und Bürgermeisterinnen ab 1.11.2024 (Anlage 3 zu Art. 53 Abs. 2 KWBG)
GK 193, 503

D

Datenschutz

- Versand von Hybridbriefen durch bayerische öffentliche Stellen
FSt 2, 2
- Verarbeitung personenbezogener Daten beim Hybridbrief
FSt 2, 3
- Normative Übermittlungsregelungen
FSt 2, 5

- Informationspflichten FSt 2, 5
- Auftragsverarbeitung und bereichsspezifische Sonderregelungen FSt 2, 6
- Nachweis eines angemessenen Schutzniveaus FSt 2, 7
- E-Tickets im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) FSt 22, 73
- Unzulässige Veröffentlichung von personenbezogenen Daten im Internet FSt 25, 81
- Datenschutzkonformität einer kommunalen Sportfördermaßnahme FSt 44, 149
- Melderegisterauskunft durch die Meldebehörde – zulässig nur aus dem örtlichen Melderegister FSt 46, 156
- Unterschied zwischen örtlichem Melderegister und zentralem Melde Datenbestand FSt 46, 157
- Unterschied zwischen einfacher und erweiterter Melderegisterauskunft FSt 46, 158
- Die Auskunft über bei der Meldebehörde nie gemeldete Personen ist keine öffentliche Aufgabe FSt 46, 158
- Auftragsverarbeitung bei bayerischen öffentlichen Krankenhäusern FSt 53, 179
- Änderung schulrechtlicher Vorschriften FSt 64, 222
- Verdeckte Tonaufzeichnung einer Videokonferenz FSt 71, 244
- Einsatz von Ortungssystemen in Dienstfahrzeugen zur Dienstaufsicht FSt 98, 337
- Verarbeitung personenbezogener Ortungsdaten FSt 98, 339
- Rechtmäßigkeit der Überwachung FSt 98, 339
- Datenschutzrechtliche Anforderungen für Penetrationstests FSt 105, 361
- Drohneneinsatz zur Ermittlung der Geschossfläche als Grundlage für die Beitrags- und Gebührenerhebung im Rahmen der Abwasserbeseitigung FSt 109, 380
- Hoheitlicher Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung FSt 109, 381
- Keine Rechtfertigung der Maßnahmen durch die Luftverkehrsordnung FSt 109, 382
- Gemeindeordnung und Kommunalabgabengesetz nebst aufgrund dieser Gesetze erlassenen Satzungen als Rechtsgrundlage? FSt 109, 383
- Eröffnung des Anwendungsbereichs der DSGVO FSt 109, 384
- Keine Erforderlichkeit der Maßnahmen zur Erfüllung einer der Gemeinde obliegenden Aufgabe i.S.d. Art. 4 BayDSG; Selbstauskunftsverfahren als milderer geeignetes Mittel FSt 109, 384
- Verstoß gegen den Grundsatz der Speicherbegrenzung FSt 109, 386

- Drei Urteile des EuGH zum Thema Schadensersatz wegen Verstoßes gegen die DSGVO FSt 129, 442
- Beweislast für die Geeignetheit von Sicherungsmaßnahmen, Befürchtung missbräuchlicher Verwendung als immaterieller Schaden FSt 129, 442
- Keine Bagatelgrenze FSt 129, 444
- Beweislast für Verstoß gegen DSGVO und Bestehen eines Schadens FSt 129, 444
- Datenschutzaufsicht und Kommunalaufsicht FSt 261, 888
- Verhältnis von Datenschutzaufsicht und Kommunalaufsicht FSt 261, 889
- Hinweise für die Verwaltungspraxis FSt 261, 890

Datenübermittlung

- Verordnung zur Datenübermittlung zwischen den für das Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz und den für den Kinderzuschlag zuständigen Stellen (Kinderzuschlag-Datenabrufverordnung – KiZDAV) vom 15.12.2023 GK 32, 72

Demonstrationen

- Darf ein Bürgermeister die städtischen Bediensteten zur Teilnahme an einer „Gegen die AfD“-Demonstration aufrufen? FSt 118, 413
- Verletzung des Neutralitätsgebots durch ein Stadtamt wegen Unterstützung einer Veranstaltung „D..... leuchtet für Demokratie“ FSt 144, 485
- Verletzung des Grundsatzes der Chancengleichheit (bejaht) FSt 144, 487
- Wiederholungsgefahr (bejaht) FSt 144, 489
- Anordnungsgrund für öffentlich-rechtlichen Unterlassungsanspruch (bejaht) FSt 144, 489
- Anspruch auf Folgenbeseitigung (verneint) FSt 144, 489
- Erforderlichkeit der Androhung eines Ordnungsgeldes (bejaht) FSt 144, 490
- Zulässigkeit der Aufforderung zur Teilnahme an einer Demonstration für Demokratie FSt 145, 491
- VGH Baden-Württemberg: Verwendung der Parole „From the river to the sea“ im Rahmen einer Versammlung FSt 265, 902
- Voraussetzungen einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Sinne von § 15 Abs. 1 VersammlG FSt 265, 903
- Bei Unaufklärbarkeit der Rechtmäßigkeit der behördlichen Maßnahme findet im einstweiligen Rechtsschutzverfahren eine Interessensabwägung statt FSt 265, 903

- Die Parole „From the river to the sea“ wird im politischen Bewusstsein der Öffentlichkeit den gewaltsam verfolgten Zielen der Hamas zugeordnet FSt 265, 904
- Die Anliegen der Versammlung können auch ohne Verwendung der streitigen Parole ausreichend vorgebracht werden FSt 265, 905
- Bis zur Klärung der Strafbarkeit der Parole überwiegt das öffentliche Interesse FSt 265, 905
- BayVGH: Verwendung der Parole „From the river to the sea“ im Rahmen einer Versammlung FSt 266, 905
- Ein Verbot oder eine Beschränkung einer Versammlung im Hinblick auf den Inhalt von Aussagen ist auch an Art. 5 GG zu messen FSt 266, 906
- Die Strafbarkeit der Parole „From the river to the sea“ hängt von den Umständen des Einzelfalls ab FSt 266, 907
- Ein pauschales Verbot der Parole „From the river to the sea“ ist unverhältnismäßig FSt 266, 908
- Keine Legalisierungswirkung der Entscheidung des VGH im Hinblick auf die Parole – deren Verwendung auf der Versammlung kann eine strafbare Handlung darstellen FSt 266, 909

Deponien

- Bauschuttdeponie in „faktischem“ Trinkwasserschutzgebiet? FSt 220, 747
- Zur Zuständigkeitsregelung des § 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 Alt. 2 VwGO FSt 220, 748
- Pflicht zur bestmöglichen Gefahrenabwehr und Risikoversorge zum Schutz des Trinkwassers vor Verunreinigungen durch eine Deponie FSt 220, 749
- Bedeutung eines Wechsels von einer bereits genehmigten, aber nicht realisierten Verfüllung zu einer Deponie DK I FSt 220, 750
- Anforderungen an die Dichtigkeit des Deponiekörpers nach unten FSt 220, 750
- Beachtung der Regelungen der Deponieverordnung nicht ausreichend im Trinkwasserschutzgebiet FSt 220, 751
- Errichtung einer Deponie in einem faktischen Trinkwasserschutzgebiet nur zulässig, wenn Gefahren für den Trinkwasserschutz mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können FSt 220, 751
- Bedeutung einer Kostenersparnis durch die geplante Deponie? FSt 220, 752
- Generelle Unzulässigkeit einer Bauschuttdeponie im Trinkwassereinzugsgebiet? FSt 220, 752

Dienstgebäude

- Kein Anspruch auf Entfernung von Kreuzen in Dienstgebäuden des Freistaats Bayern FSt 159, 537

Dienstunfall

- Anerkennung einer Corona-Infektion als Dienstunfall? FSt 39, 124
- Dienstunfallsschutz bei Verletzung eines Beamten durch einen körperlichen Angriff eines Kollegen nach scherzhafter oder provozierender Bemerkung FSt 190, 647

Dienstvergehen

- Entfernung aus dem Beamtenverhältnis wegen Diebstahls zu Lasten von Kollegen; kein einmaliger Zugriff mit begrenztem Schaden FSt 119, 416
- Der Diebstahl zu Lasten von Kollegen ist ein schwerwiegendes Dienstvergehen FSt 119, 416
- Konkrete Tatumstände können erschwerend ins Gewicht fallen FSt 119, 417
- Ein Täter, der seine Entdeckung „konkret“ befürchten muss, handelt nicht mehr „aus freien Stücken und eigenem Antrieb“, wie es der Milderungsgrund der freiwilligen Offenbarung voraussetzt FSt 119, 417
- Ein nachträgliches Geständnis sowie eine spätere Begleichung des Schadens führen i.d.R. nicht zu einer mildernden Disziplinarmaßnahme FSt 119, 418
- Die beanstandungsfreie Diensterfüllung stellt grundsätzlich keinen Grund dar, von der Verhängung der Höchstmaßnahme abzusehen FSt 119, 418
- Zur Frage einer auf eigene Initiative begonnenen therapeutischen Aufarbeitung als Milderungsgrund FSt 119, 418
- Zur Möglichkeit des Absehens von einer Entfernung bei einem einmaligen Zugriff mit einem begrenzten Schaden FSt 119, 419
- Kein einmaliger Zugriff bei drei selbstständigen Diebstahlhandlungen innerhalb von zwei Tagen FSt 119, 419
- Berücksichtigung erst im Gerichtsverfahren bekannt gewordener weiterer Diebstahlstaten im Rahmen der Zumessungserwägungen FSt 119, 420

Disziplinarrecht

- Wiederholte Kernzeitverletzungen bei ausgeglichtem Arbeitszeitkonto; disziplinarische Ahndung FSt 99, 342
- Entfernung aus dem Beamtenverhältnis nach strafgerichtlicher Verurteilung; Reichweite der Bindungswirkung eines Strafurteils FSt 142, 480

- Abgrenzung von innerdienstlichem und außerdienstlichem Verhalten; Bewertung von Aussagen eines (leitenden) Beamten FSt 250, 845
- Ein disziplinarrechtlich relevantes innerdienstliches Fehlverhalten liegt bei mehreren Einzelakten nur dann vor, wenn deren Gesamtschau einen innerdienstlichen Charakter aufweist FSt 250, 847
- Außerdienstliches Fehlverhalten kann nur bei einer gewissen Schwere disziplinarrechtlich geahndet werden FSt 250, 850

E

Eingliederungshilfe

- Aktuelle Entwicklungen im Recht der Eingliederungshilfe FSt 16, 54
- Verhältnis von „neuer“ zu „alter“ Eingliederungshilfe FSt 16, 54
- Rückgriff auf die Prinzipien des intertemporalen Rechts; Geltung des Leistungsprinzips FSt 16, 55
- Persönliches Budget FSt 16, 55
- Hilfe zur Beschaffung eines Kraftfahrzeuges FSt 16, 56

Eingruppierung

- einheitlicher Arbeitsvorgang FSt 61, 213
- Überleitung in die neue Entgeltordnung; Antragerfordernis; Frist für Höhergruppierungsantrag; Vereinbarkeit mit dem Gleichheitssatz FSt 84, 285
- Eingruppierung eines Service Agenten; eingehende fachliche Einarbeitung FSt 223, 760

Einkommensteuer

- Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) GK 101, 276
- Regelungen im Bereich des Einkommensteuergesetzes GK 101, 276

Einvernehmen

- Notunterkunft für Asylbewerber in einem Gewerbegebiet; Nichteintritt der Fiktion des gemeindlichen Einvernehmens nach § 246 Abs. 15 BauGB FSt 147, 496
- Erforderlichkeit des Einvernehmens der Gemeinde, wenn eine Ausnahme von Festsetzungen des Bebauungsplans zugelassen wird FSt 147, 497
- Beginn der Monatsfrist nach § 246 Abs. 15 BauGB für die Fiktion des gemeindlichen Einvernehmens FSt 147, 497

- Obliegenheit der Gemeinde, bei unvollständigen Bauunterlagen vor Ablauf eines Monats auf deren Vervollständigung hinzuwirken FSt 147, 498
- Die Erteilung einer Baugenehmigung ohne Ersetzung oder Fiktion des gemeindlichen Einvernehmens führt ohne weitere Prüfung der Rechtmäßigkeit des Vorhabens zu ihrer Aufhebung FSt 147, 499

Elternschaft

- Gesetzliche Regelung über die Vaterschaftsanfechtung durch leibliche Väter ist mit dem Elterngrundrecht (Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG) unvereinbar FSt 236, 800

Energieeinsparung

- EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden FSt 241, 812
- Einführung der Nullemissionsgebäude, Art. 7 EPBD FSt 241, 812
- Solarenergie bei Neubauten, Art. 10 EPBD FSt 241, 813
- Mindestvorgaben für die Gesamtenergieeffizienz von Nichtwohngebäuden, Art. 9 EPBD FSt 241, 813
- Schrittweise Renovierung der Wohngebäude, Art. 9 EPBD FSt 241, 814
- Solarenergie bei Bestandsgebäuden, Art. 10 EPBD FSt 241, 814
- Infrastruktur für nachhaltige Mobilität, Art. 14 EPBD FSt 241, 815
- Verpflichtende Einführung von Gebäudeautomation, Art. 13 EPBD FSt 241, 816
- Anforderungen an die Effizienz gebäudetechnischer Systeme, Art. 13 EPBD FSt 241, 817
- Inspektionspflicht für gebäudetechnische Systeme, Art. 23, 24 EPBD FSt 241, 817
- Renovierungspässe, Art. 12 EPBD FSt 241, 818
- Intelligenzfähigkeit von Gebäuden, Art. 15 EPBD FSt 241, 818
- Zentrale Anlaufstellen für die Gesamtenergieeffizienz in Gebäuden, Art. 18 EPBD FSt 241, 819
- Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz, Art. 19 und Anhang V EPBD FSt 241, 819
- Datenbanken für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, Art. 22 EPBD FSt 241, 820

Energieversorgung

- Ausbau erneuerbarer Energien: Abwägungsvorhang beeinflusst auch gerichtliche Folgenabwägung im Eilrechtsschutzverfahren FSt 206, 701
- Erneuerbare Energien liegen im überragenden öffentlichen Interesse FSt 206, 702

- Gesetzlicher Abwägungsvorrang steht im Einklang mit Europarecht FSt 206, 702
- Abwägungsvorrang auch zugunsten kleinerer Wasserkraftanlagen FSt 206, 703
- Keine Verkürzung der Rechtsschutzgarantie (Art. 19 Abs. 4 GG) FSt 206, 703
- Abschluss des Hauptsacheverfahrens muss nicht abgewartet werden FSt 206, 704

Energiewirtschaft

- Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften vom 22.12.2023 GK 42, 96

Entgeltfortzahlung

- Ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung GK 68, 186

Entwässerung

- Unwirksamkeit der Stammsatzung schlägt auf die auf ihrer Grundlage erlassene Beitrags- und Gebührensatzung durch FSt 237, 801
- Nichtigkeit der Stammsatzung wegen fehlender Gründe des öffentlichen Wohls für einen festgelegten Benutzungszwang FSt 237, 801
- Ohne wirksame Stammsatzung, die den Zugang zu einer Einrichtung und das Benutzungsverhältnis im Sinne von Art. 24 Abs. 1 Nr. 1 GO regelt, kann wirksames Beitragsrecht nicht entstehen FSt 237, 802

Erbbaurecht

- Erbbaurechtlicher Heimfallanspruch wegen nicht fristgerechter Fertigstellung einer Moschee FSt 181, 617
- Zulässige Vereinbarung einer Bauverpflichtung in einem Erbbaurechtsvertrag FSt 181, 618
- Zulässiger Ausschluss der Heimfallvergütung FSt 181, 619
- Verhältnismäßigkeit der Geltendmachung des Heimfallanspruchs FSt 181, 620

Erschließungsbeitrag

- Erschließungsbeitrag: Erfordernis der vollständigen straßenrechtlichen Widmung GK 57, 151
- Widmung als Voraussetzung für das Entstehen der sachlichen Beitragspflichten GK 57, 151
- Unvollständige Widmung im Einzelfall GK 57, 152
- Beginn der erstmaligen technischen Herstellung bei Altanlagen GK 74, 200
- Heilung des ursprünglich rechtswidrigen Beitragsbescheids GK 74, 201
- Beitragsfähige Erschließungsanlage auch bei nur einseitiger Anbaubarkeit GK 74, 201

- Straßenentwässerung als Voraussetzung für endgültige Herstellung und Eintritt der Vorteils-lage GK 74, 202
- Beginn der erstmaligen technischen Herstellung einer Anbaustraße meint erste sichtbare Baumaßnahme, mit der das gemeindliche Bauprogramm für diese Anlage verwirklicht werden soll GK 74, 203
- Anlagenbegriff und Bedeutung des Bauprogramms für den Beginn der erstmaligen technischen Herstellung GK 150, 411
- Zum Anlagenbegriff bei einer Anbaustraße GK 150, 412
- Beginn der erstmaligen technischen Herstellung GK 150, 413
- Heilung eines verfrüht erlassenen Beitragsbescheids GK 150, 417
- Rechtmäßige Herstellung einer Anbaustraße mit Engstelle GK 198, 509
- Keine Funktionsunfähigkeit einer Anbaustraße wegen Engstelle (2,90 m) GK 198, 509
- Rechtmäßige Herstellung einer Erschließungsanlage im unbeplanten Innenbereich GK 198, 509
- Abwägungsentscheidung bei einer Anbaustraße mit Engstelle GK 198, 510

Erschließungspflicht

- Gemeindliche Erschließungspflicht nach Treu und Glauben; Verjährung des Anspruchs auf Erschließung FSt 30, 97
- Ausnahmeweise Verdichtung der gemeindlichen Erschließungslast zur Erschließungspflicht aus Treu und Glauben FSt 30, 98
- Treuwidrigkeit des Berufens einer Gemeinde auf die (Un-)Wirksamkeit ihres Bebauungsplans FSt 30, 101
- Verjährung des Anspruchs gegen die Gemeinde auf Herstellung der Erschließung? FSt 30, 101

F

Fahrerlaubnis

- Folgen der Angabe einer unzutreffenden Rechtsgrundlage in der Aufforderung zur Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens FSt 9, 33
- Inzidente Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Anordnung zur Beibringung eines Fahreignungsgutachtens FSt 9, 33
- Verhältnis zwischen § 13 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b FeV und der Auffangvorschrift des § 13 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a Alt. 2 FeV FSt 9, 34

- Beruht die Entziehung der Fahrerlaubnis auf einer Anordnung, die auf eine falsche Rechtsgrundlage gestützt ist, hat dies die Rechtswidrigkeit der Entziehung der Fahrerlaubnis zur Folge FSt 9, 35
- Verwertbarkeit von Alteintragungen für eine Entziehung der Fahrerlaubnis auf der Grundlage des Fahreignungs-Bewertungssystems FSt 47, 159
- § 3 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) regelt die Anforderungen an die Eignung zum Führen von fahrerlaubnisfreien Fahrzeugen nicht hinreichend bestimmt und kann daher als Rechtsgrundlage für behördliche Untersuchungen nicht herangezogen werden FSt 56, 192
- Inhalt des Bestimmtheitsgebots für Rechtsnormen FSt 56, 192
- Untersagung des Führens erlaubnisfreier Fahrzeuge als erheblicher Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit FSt 56, 193
- Lückenhafte Regelung der materiellen Voraussetzungen in § 3 FeV FSt 56, 193
- Unterschiedliche Anforderungen an das Führen fahrerlaubnispflichtiger und fahrerlaubnisfreier Fahrzeuge FSt 56, 193
- Fehlende Begutachtungsleitlinien zu Eignungsmängeln beim Führen fahrerlaubnisfreier Fahrzeuge FSt 56, 195
- Unwirksamkeit des § 3 Abs. 1 Satz 1 FeV FSt 56, 196

Fernwärmeeinrichtungen

- Bundesgerichtshof zum Streit um das Fernwärmenetz Stuttgart GK 212, 544

Feuerwehr

- Aufwendersersatz für Feuerwehr, Abgrenzung „Ausrücken“ von „Einsatz“; rein verkehrsregelnde Maßnahmen sind kein Einsatz FSt 242, 821
- Rechtsgrundlage für den Kostenersatz für Feuerwehreinsätze FSt 242, 821
- Zum Begriff des „Einsatzes“ im Sinne des BayFwG in Abgrenzung zum „Ausrücken“ FSt 242, 822
- Rein verkehrsregelnde Maßnahmen unterfallen nicht dem Einsatzbegriff des Art. 28 Abs. 2 Nr. 2 BayFwG FSt 242, 823

Finanzausgleich

- Finanzausgleich 2024 FSt 166, 562
- Ausgangslage FSt 166, 562
- Finanzausgleichsvolumen 2024 FSt 166, 563

- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen FSt 166, 563
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 BayFAG FSt 166, 565
- Einkommensteuersersatz nach Art. 1b BayFAG FSt 166, 565
- Finanzausweisungen nach Art. 7 und 9 BayFAG FSt 166, 565
- Kraftfahrzeugsteuersatzverbund FSt 166, 566
- Kommunalen Hochbau (Art. 10 BayFAG) FSt 166, 571
- Bedarfszuweisungen (Art. 11 BayFAG) FSt 166, 576
- Krankenhausfinanzierung FSt 166, 583
- Investitionspauschale nach Art. 12 BayFAG FSt 166, 586
- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung FSt 166, 586
- Zuweisungen an die Bezirke FSt 166, 587
- Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen FSt 167, 587
- Kommunalinvestitionsförderungsgesetz verfassungsgemäß GK 116, 314

Finanzen, öffentliche

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2022 GK 56, 145
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2022 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 56, 145
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2022 GK 56, 146
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2022 GK 100, 269
- Ausführliches Datenangebot GK 100, 275
- Schlüsselzuweisungen für 2024 GK 142, 385
- Gemeindegemeinschaftszuweisungen GK 142, 387
- Landkreisschlüsselzuweisungen GK 142, 388
- Gemeinde- und Landkreisschlüsselzuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung GK 142, 388
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2024 nach Größenklassen GK 142, 389
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2024 nach Größenklassen GK 142, 389
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2024 nach Regierungsbezirken GK 142, 390
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2024 nach Regierungsbezirken GK 142, 390
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2024 nach Regierungsbezirken GK 142, 391

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2022 für Bayern GK 156, 433
- Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Gemeindefinanzreformgesetz vom 2.7.2024 GK 169, 456
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2023; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik GK 205, 529
- Bayerische Wirtschaft im Jahr 2023 leicht gewachsen GK 205, 529
- Finanzierungssaldo negativ GK 205, 529
- Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 205, 530
- Weitere Zunahme bei der Gewerbesteuer GK 205, 530
- Steuereinnahmen – Übersicht GK 205, 530
- Höhere Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb GK 205, 531
- Gestiegene Zuweisungen, höhere Kreis- und Bezirksamlagen GK 205, 531
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 205, 532
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke GK 205, 532
- Erhöhte Gewerbesteuerumlage seit 2020 entfallen GK 205, 532
- Steigende Ausgaben für Sozialhilfe und Sonstige soziale Leistungen GK 205, 533
- Bauausgaben stark gestiegen GK 205, 533
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2022 und 2023 GK 206, 534
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2022 und 2023 GK 207, 535
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2023 nach Gemeindegrößenklassen GK 208, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2023 nach Gemeindegrößenklassen GK 209, 537

Flächennutzungsplan

- Die Bekanntmachung eines Flächennutzungsplans muss den räumlichen Geltungsbereich fehlerfrei erkennen lassen FSt 169, 592

Flüchtlingsverwaltung

- Nachträgliche Festsetzung von Unterbringungsgebühren gegen anerkannte mittellose Flüchtlinge FSt 133, 456
- Baurechtliche Hinweise des StMB zu Unterküften für Flüchtlinge und Asylbegehrende (Stand 1.2.2024) FSt 140, 479

Fremdenverkehrsbeitrag

- Gemeindlicher Eigenanteil; Kostenkalkulation; mittelbarer wirtschaftlicher Vorteil; strukturelles Vollzugsdefizit; Schätzung der Bemessungsgrundlagen; standesrechtliche Verschwiegenheitspflicht GK 117, 318
- Bei der Ermittlung des gemeindlichen Aufwands für die Fremdenverkehrsförderung muss kein (nicht beitragsfähiger) Eigenanteil angesetzt werden GK 117, 318
- Es bedarf nicht zwingend einer Kostenkalkulation, um sicherzustellen, dass es zu keiner Kostenüberdeckung kommt GK 117, 319
- Bei einer Steuerkanzlei unterliegen der Beitragspflicht alle Einnahmen aufgrund von steuerlichen Dienstleistungen, die für einen ortsansässigen Fremdenverkehrsbetrieb erbracht wurden GK 117, 320
- Eine fehlerhafte Gestaltung der für die Beitragspflicht verwendeten Formblätter führt noch nicht zur Rechtswidrigkeit der Beitragssetzung GK 117, 321
- Wer sich gegen eine behördliche Schätzung gerichtlich zur Wehr setzen will, muss grundsätzlich eine eigene Schätzung vornehmen GK 117, 322
- Die berufsrechtliche Verschwiegenheitspflicht von Steuerberatern steht der Erfüllung ihrer abgabenrechtlichen Mitwirkungspflichten nicht grundsätzlich entgegen GK 117, 323
- Private Vermietung und Verpachtung; Bestimmung des Vorteilssatzes; Doppelbelastung GK 170, 457
- Der Fremdenverkehrsbeitragspflicht unterliegen auch Einnahmen, die keine Gewinneinkünfte im einkommensteuerrechtlichen Sinne sind GK 170, 457
- Zur Schätzung des Vorteilssatzes des nur mittelbar durch den Fremdenverkehr Begünstigten GK 170, 458
- Von einer unzulässigen beitragsrechtlichen Doppelbelastung kann nur bei Personenidentität gesprochen werden GK 170, 459

G

Gastschulbeiträge

- Bek des StMUK vom 28.11.2023 – Änderung der Bekanntmachung über Gastschulbeiträge und Kostenersatz für Schüler mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb Bayerns (Art. 10 Abs. 5, Art. 19 Abs. 1 und 2 BaySchFG) GK 32, 72

Gasversorgung

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2023 GK 109, 303
- Verordnung zur Anpassung der Stromgrundversorgungsverordnung und der Gasgrundversorgungsverordnung zur befristeten Verlängerung der Regelung zur Aussetzung der monatlichen Ratenzahlungsvereinbarungen während der Dauer einer Abwendungsvereinbarung vom 14.6.2024 GK 132, 360

Gebühren

- Wertgebühr für Genehmigung eines Grabmals; Gebührenbemessung anhand des Vorteils; vertragliche Kompetenzübertragung; isolierte Anfechtung eines Kostenbescheids GK 65, 172
- Grabmalgenehmigungsgebühren dürfen sich nach einem festen Vomhundertsatz der Herstellungskosten des Grabmals bemessen GK 65, 172
- Eine Wertgebühr für die Erteilung einer Genehmigung orientiert sich an dem für den Genehmigungsempfänger entstandenen Vorteil, der sich allein nach seinem finanziellen Aufwand bemisst GK 65, 173
- Die öffentlich-rechtliche Kompetenzordnung ist zwingend und lässt es nicht zu, dass sich ein unzuständiger Rechtsträger durch freiwillige Übernahme eine ihm nicht gesetzlich zugewiesene Befugnis zu eigen macht GK 65, 174
- Ohne gesetzliche Grundlage können Kompetenzen auch im Vertragswege nicht auf eine andere Körperschaft übertragen werden GK 65, 175
- Die Verwaltungsgebühr für einen bestandskräftigen und vom Adressaten in Anspruch genommenen Verwaltungsakt kann nicht mehr wegen der Rechtswidrigkeit des Grundverwaltungsakts infrage gestellt werden GK 65, 176
- Ermessensfehler bei Rücknahme eines bestandskräftigen rechtswidrigen Abwassergebührenbescheids GK 66, 178
- Es trägt dem Äquivalenzprinzip Rechnung, wenn die Schmutzwassergebühr nach der Schmutzwassermenge berechnet wird, die der Einrichtung zugeführt wird GK 66, 179
- Vom Frischwasserverbrauch als Wahrscheinlichkeitsmaßstab für die Schmutzwassermenge ist bei einem groben Missverhältnis zur Entsorgungsleistung abzuweichen GK 66, 180
- Wenn das Frischwasser wegen Wasserrohrbruchs überwiegend versickert, ist die Festsetzung der Schmutzwassergebühr mittels Frischwassermaßstab rechtswidrig GK 66, 181

- Bei Anwendung des § 130 Abs. 1 AO ist zunächst davon auszugehen, dass die Richtigkeit des Bescheids grundsätzlich im Rechtsbehelfsverfahren zu verwirklichen ist GK 66, 181
- Wird eine gravierende Störung des Äquivalenzprinzips nicht in die Abwägung eingestellt, ist die Ablehnung der Rücknahme nach § 130 Abs. 1 AO ermessensfehlerhaft GK 66, 182
- Selbst wenn die exakte Überschreitung nicht feststeht, liegt im Falle einer extremen Relation zur üblichen Einleitungsmenge ein beachtliches grobes Missverhältnis vor GK 66, 183
- Verzichtet der Gebührgläubiger auf die satzungsmäßige Regelung des unbeabsichtigten Wasserverlusts, ist dieser Umstand bei § 130 Abs. 1 AO zu berücksichtigen GK 66, 183
- Einen gebundenen Rücknahmeanspruch begründet § 130 Abs. 1 AO nur, wenn die Aufrechterhaltung des rechtswidrigen Bescheids „schlechthin unerträglich“ wäre GK 66, 184
- Ein offensichtlicher Rechtsmangel liegt nicht vor, wenn ein Wasserrohrbruch bei Bescheiderlass nicht bekannt war und der hohe Verbrauch nicht unmöglich erscheint GK 66, 184
- Zur Möglichkeit, bei einem Wasserrohrbruch die der Abwasserentsorgungsanlage zugeführte Abwassermenge zu schätzen GK 66, 185
- Vertrauensschutz nach Festsetzungsverjährung von Anschlussbeiträgen GK 73, 194
- Der Grundsatz des Vertrauensschutzes kann auch eine Gebührenfinanzierung der Herstellungskosten erfassen GK 73, 196
- Die Beitrags- und die Gebührenfinanzierung einer Einrichtung sind nach dem KAG mit einander verknüpft GK 73, 196
- Vertrauensschutz trotz zukünftiger Änderungsmöglichkeiten am Finanzierungssystem GK 73, 197
- Unterschiede zwischen Anschlussbeiträgen und Benutzungsgebühren GK 73, 197
- Grundsatz der Abgabengerechtigkeit GK 73, 198
- Haushaltsinteresse des Einrichtungsträgers GK 73, 198
- Vermeidung einer Doppelbelastung der Gebührenschuldner GK 73, 199

Gehwege

- Kein Anspruch der Anlieger auf Rückgängigmachung der Erhöhung eines Gehwegs und Beseitigung eines geringfügigen Überbaus FSt 91, 309
- Grundsätze und Reichweite des Anliegergebrauchs FSt 91, 309
- Keine erhebliche Erschwerung der Grundstückszufahrt FSt 91, 310

- Abwägung im Rahmen einer nichtförmlichen Straßenplanung FSt 91, 312
- Ein grobes Missverhältnis zwischen den Kosten eines Rückbaus und dem Leistungsinteresse am Rückbau kann den Folgenbeseitigungsanspruch selbst bei grob fahrlässigem Überbau entfallen lassen FSt 91, 313

Gemeindebeamte

- Schmerzensgeldanspruch einer Beamtin wegen Mobbing FSt 108, 375
- Aus der Verletzung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn kann ein Schmerzensgeldanspruch eines Beamten entstehen FSt 108, 376
- Mit der Bezeichnung als „Mobbing“ soll ein bestimmtes Gesamtverhalten als Verletzungshandlung im Rechtssinne qualifiziert werden FSt 108, 377
- Das Absehen von Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Dienstherrn führt nicht zum Anspruchsverlust FSt 108, 379
- Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten ist irrelevant für die Festsetzung ihrer Versorgungsbezüge FSt 165, 561
- Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften FSt 251, 852
- Fachkräftemangel erfordert Anpassung der Auswahlverfahren im LbG: Neues Zweite-Chance-Verfahren FSt 251, 852
- Schulnoten als Differenzierungskriterium im Zweite-Chance-Verfahren FSt 251, 853
- Keine erneute Teilnahme bei Nicht-Eignung im besonderen Auswahlverfahren FSt 251, 854
- Einstellung mit sonstigem Qualifikationserwerb nach Art. 38 ff. LbG FSt 251, 855
- Vergütung von Mehrarbeit bei Ruhestandsversetzung infolge eines Dienstunfalls GK 166, 451
- Verordnung zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes vom 23.9.2024 GK 218, 552

Gemeinden

- Wissen zur Smart City: aus Kommunen für Kommunen FSt 73, 250

Gemeindeordnung

- Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften zum 1.1.2024 FSt 13, 41
- Sprachliche Anpassung der Gesetzestexte, um alle Personen unabhängig von ihrem Geschlecht in gleicher Weise anzusprechen FSt 13, 41
- Änderung der Regelung zum Funkwasserzähler, Art. 24 Abs. 4 GO FSt 13, 44

- Ermächtigung für Livestreams von kommunalen Gremiensitzungen und für Mediatheken, Art. 52 GO, Art. 46 LKRÖ, Art. 43 BezO FSt 13, 45
- Einführung der Möglichkeit, Bürgerversammlungen in hybriden Formaten durchzuführen, Art. 18 Abs. 4 GO FSt 13, 46
- Absenkung der Einwohnergrenze für die regelmäßige Hauptamtlichkeit des ersten Bürgermeisters, Art. 34 GO FSt 13, 47
- Möglichkeit der Erstattung mandatsbedingter Betreuungskosten, Art. 20a Abs. 2 Nr. 4 GO FSt 13, 49
- Abschaffung der Unterscheidung zwischen teilszeit- und vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern im Rahmen der Inkompatibilitätsregelungen, Art. 31 GO FSt 13, 50

Gemeinderat

- Gemeinderat; Sitzungsprotokoll; Mindestinhalt; namentliche Abstimmung; Mandatsgleichheit FSt 224, 761
- Das Sitzungsprotokoll darf über den gesetzlich normierten Mindestinhalt hinaus weitere Angaben über den Verhandlungsverlauf enthalten FSt 224, 761
- Im Sitzungsprotokoll darf auch das individuelle Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder festgehalten werden FSt 224, 762
- Die namentliche Erfassung nur der Nein-Stimmen greift in die verfassungsrechtlich garantierte Mandatsgleichheit ein FSt 224, 763
- Kein Rechtfertigungsgrund für die Ungleichbehandlung FSt 224, 764

Gesundheitswesen

- Nichtgeltung der pandemiebedingten Maskenpflicht für Fahrzeuginsassen auf dem Anfahrtsweg zur Arbeitsstätte FSt 183, 623
- Der Begriff der „Arbeitsstätte“ in § 24 Abs. 1 Nr. 3 der 9. BayIfSMV ist im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes und der Arbeitsstättenverordnung zu verstehen FSt 183, 624
- Fahrzeug als Arbeitsstätte? (verneint für Transport von Mitarbeitern zur Baustelle) FSt 183, 625
- Möglicher Verstoß gegen die Kontaktbeschränkung FSt 183, 626
- Aktuelle Rechtsprechung zur Nachweispflicht für eine Masernimpfung nach § 20 Infektionsschutzgesetz (IfSG) FSt 218, 735
- Anordnung zur Beibringung eines Nachweises zum Impfschutz gegen Masern als Verwaltungsakt; Beweislast für Vorliegen einer Kontaktindikation; Erforderlichkeit einer einzelfallbezogenen Ermessensausübung vor Zwangsvollstreckung FSt 218, 735

- Unverhältnismäßigkeit der Androhung eines zweiten Zwangsgelds wegen der bewussten Nichterfüllung der Nachweispflicht für eine Masernimpfung durch eine schulpflichtige Person **FSt 218, 736**
- Angemessene Frist zur Vorlage einer Impfdokumentation oder eines ärztlichen Zeugnisses über einen ausreichenden Impfschutz **FSt 218, 738**
- Zulässigkeit der erstmaligen Androhung eines Zwangsgelds **FSt 218, 739**
- Wirksame Verhängung einer Geldbuße wegen vorsätzlicher Nichtbeibringung eines Impfnachweises für schulpflichtige Kinder **FSt 218, 739**

Gewerbsteuer

- Rechtsschutz gegen die Heheberechtigung einer Gemeinde **GK 34, 74**
- Bedeutung der Angabe der heheberechtigten Gemeinde in einem Gewerbesteuermessbescheid **GK 34, 74**
- Klärung der Heheberechtigung einer Gemeinde im Verwaltungsrechtsweg **GK 34, 75**
- Zusammenfassendes Ergebnis hinsichtlich des Rechtsschutzes **GK 34, 77**
- Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) **GK 101, 276**
- Regelungen im Bereich der Gewerbesteuer (Art. 19 Wachstumschancengesetz) **GK 101, 281**

Gewerbsteuerzerlegung

- Gewerbesteuerzerlegung bei Batteriegroßspeicheranlagen von Wind- und Solarenergie **GK 143, 394**
- Zerlegung eines Gewerbesteuermessbetrags bei mehrgemeindlicher Betriebsstätte **GK 197, 506**
- Haupt- und Unterzerlegung des Gewerbesteuermessbetrags **GK 197, 506**
- Die Auswahl der Zerlegungsfaktoren für die Zerlegung bei einer mehrgemeindlichen Betriebsstätte muss der Eigenart der Betriebsstätte und den Interessen der beteiligten Gemeinden nur in typisierter Form Rechnung tragen **GK 197, 507**

Gewerbeuntersagung

- Zurechnung des Verschuldens eines Steuerberaters; Beweislast für Zusammenhang der Schulden mit pandemiebedingten Mindereinnahmen **FSt 256, 872**

- Überschuldung und wirtschaftliche Leistungsunfähigkeit begründen grundsätzlich die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden **FSt 256, 872**
- Der Gewerbetreibende muss sich das Verschulden seines Steuerberaters zurechnen lassen **FSt 256, 873**
- Berücksichtigung eines Zusammenhangs zwischen pandemiebedingten Mindereinnahmen und der wirtschaftlichen Situation **FSt 256, 874**
- Erforderlichkeit einer Abmahnung vor der Gewerbeuntersagung? **FSt 256, 874**

GmbH

- Gültigkeit von Rechtsgeschäften des bereits abberufenen Geschäftsführers einer GmbH? **GK 167, 452**

Gräber

- Rechtliche Einordnung von Kriegsgräberstätten **FSt 32, 106**
- Wer ist jeweils Eigentümer des Grundstücks, auf dem sich die Kriegsgräberstätten befinden? **FSt 32, 106**
- Wer ist jeweils zuständig für den Unterhalt der Kriegsgräberstätten? **FSt 32, 107**

Grundsicherung

- Erstattung von Kosten für die Anschaffung eines Therapie-/Begleithundes sowie von Haltungskosten? **FSt 41, 138**
- Die Hundehaltung gehört nicht zu dem vom SGB II zu gewährleistenden Existenzminimum **FSt 41, 138**
- Hundehaltung begründet in der Regel keinen unabweisbaren, besonderen Bedarf im Sinne des § 21 Abs. 6 SGB II **FSt 41, 139**
- Bürgergeldberechtigung von Ausländern **FSt 146, 492**
- EU-Ausländer bei Ruhen und Beendigung des Arbeitsverhältnisses **FSt 146, 493**
- Leistungsberechtigung nach befristeter Beschäftigung **FSt 146, 493**
- Fortwirkendes Aufenthaltsrecht bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit **FSt 146, 493**
- Kein fortwirkendes Aufenthaltsrecht bei Sperrzeit **FSt 146, 494**
- Leistungsberechtigung bei schulpflichtigen Kindern **FSt 146, 494**
- EU-Ausländer in Familienkonstellationen **FSt 146, 495**
- Leistungen an Drittstaatsangehörige **FSt 146, 495**
- Flüchtlinge aus der Ukraine **FSt 146, 495**
- Ausländische Studenten aus der Ukraine **FSt 146, 496**

- Jobcenter darf Geldgeschenk für Pilger-Reise auf Bürgergeld anrechnen FSt 252, 856
- Anspruch einer Optionskommune gegen den Bund auf Erstattung von Personalkosten für zum Vollzug des SGB II eingesetztes Personal GK 64, 169
- § 6b Abs. 2 Satz 1 SGB II als Rechtsgrundlage für die Personalkostenerstattung GK 64, 169
- Keine abweichende Bewertung aufgrund der KoA-VV GK 64, 170
- Verordnung zur Festlegung und Anpassung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2024 (Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2024 – BBFestV 2024) vom 8.7.2024 GK 141, 384
- Zwölfte Verordnung zur Änderung der Bürgergeld-Verordnung vom 20.8.2024 GK 169, 456

Grundsteuer

- Bek des StMFH vom 22.3.2024 – Änderung der Bekanntmachung über die Vordrucke und Ausfüllanleitungen für die Grundsteuererklärung Bayern GK 97, 264
- Finanzgericht Nürnberg: Bayerisches Grundsteuergesetz begegnet keinen ernstlichen (verfassungs-)rechtlichen Zweifeln GK 125, 349
- Bek des StMFH vom 20.9.2024 – Änderung der Bekanntmachung über die Vordrucke und Ausfüllanleitungen für die Grundsteuererklärung Bayern GK 204, 528

Grundstückskaufvertrag

- Nicht öffentliche Gemeinderatssitzung; geheimzuhaltende Angelegenheit; unbefugte Verwertung; Schadensersatzpflicht des Ratsmitglieds; Drittschadensliquidation; Mitverschulden FSt 49, 161
- Die Bereitschaft eines Eigentümers, ein bestimmtes Grundstück an die Gemeinde zu verkaufen, kann eine geheimzuhaltende Angelegenheit im Sinne des Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GO darstellen FSt 49, 162
- Eine unbefugte Verwertung geheimzuhaltender Angelegenheiten liegt vor, wenn das Gemeinderatsmitglied sich oder einem Dritten persönliche Vorteile materieller oder immaterieller Art verschafft, die ohne dieses Insiderwissen nicht zu erlangen gewesen wären FSt 49, 162
- Ein Ratsmitglied, das Informationen aus einer nicht öffentlichen Sitzung eigennützig verwertet, handelt im Regelfall schuldhaft FSt 49, 163
- Die Ermittlung des Schadens erfolgt auch im öffentlichen Dienstrecht durch einen Vermögensvergleich im Rahmen der sog. Differenzhypothese FSt 49, 164

- Bei einer schuldhaft verursachten Preissteigerung kann sich der Schädiger nicht darauf berufen, dass der gezahlte Kaufpreis dem objektiven Wert entsprochen habe FSt 49, 165
- Bewirkt die schuldhaft verursachte Preissteigerung eine entsprechende Erhöhung von Kostenerstattungsansprüchen der Gemeinde gegenüber Dritten, bleibt der Schädiger auch insoweit gegenüber der Gemeinde zum Ersatz nach den Grundsätzen der Drittschadensliquidation verpflichtet FSt 49, 165
- Dem Geschädigten kann nicht schon deshalb ein Mitverschulden vorgeworfen werden, weil er sich nicht auf Verhandlungen mit dem Schädiger eingelassen hat FSt 49, 166

Grundstücksverkehr

- Gescheiterter Verkauf eines landwirtschaftlichen Grundstücks für den Bau einer Photovoltaikanlage aufgrund eines groben Missverhältnisses zwischen Kaufpreis und Grundstückswert FSt 255, 867
- Auch bei einem freihändigen Verkauf eines landwirtschaftlichen Grundstücks ist in der Regel davon auszugehen, dass ein grobes Missverhältnis vorliegt, wenn der vereinbarte Kaufpreis den Marktwert des Grundstücks um mehr als die Hälfte überschreitet FSt 255, 868
- Der in § 9 Abs. 4 GrdstVG vorgesehene Abschluss einer Versagung der Genehmigung nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 GrdstVG setzt voraus, dass das außerlandwirtschaftliche Vorhaben nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften gegenwärtig oder wenigstens in Kürze zulässig ist FSt 255, 869
- Bau und Betrieb einer Photovoltaik-Freiflächenanlage als volkswirtschaftlicher Belang im Sinne von § 9 Abs. 6 GrdstVG? FSt 255, 870

GWB

- Zeitliche Verzögerungen durch ein Vergabenaachprüfungsverfahren rechtfertigen nicht einen vorzeitigen Zuschlag GK 54, 142
- Vergabe öffentlicher Aufträge: Für nationale Vergaben unterhalb der Schwellenwerte gilt die Informations- und Wartepflicht des § 134 GWB nicht GK 69, 187
- Vergabe öffentlicher Aufträge: Die zweite Chance GK 103, 286

H

Haftung

- Mindestlohn: Durchgriffshaftung gegen GmbH-Geschäftsführer? GK 28, 64

- Haftung des Tiefbauunternehmers, der bei Bauarbeiten an öffentlichen Straßen Versorgungsleitungen beschädigt GK 30, 69
- Zur Frage, ob sich der Schadensersatzanspruch des Geschädigten aus § 823 Abs. 1 BGB oder aus Amtshaftung nach § 839 Abs. 1 BGB i.V. mit Art. 34 GG ergibt GK 30, 69
- Tiefbauunternehmen haben besondere Pflichten GK 30, 70

Haushaltswesen

- Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2021; Übertragung von Kreditermächtigungen auf das Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ FSt 128, 441
- Finanzausgleich 2024 FSt 166, 562
- Bek des StMI vom 18.12.2023 – Änderung der Vorschriften über die kommunale Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der Kameralistik GK 48, 120
- Bek des StMI vom 18.12.2023 – Änderung der Vorschriften über die kommunale Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung GK 48, 120
- Einsatz und Relevanz von haushaltswirtschaftlichen Sperren in Zeiten von angespannten Kommunalfinanzen GK 49, 121
- Verlängerung der Laufzeiten von Kreditermächtigungen; Ausgestaltung der Haushaltsatzung GK 89, 241
- Bek des StMI vom 12.4.2024 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen GK 97, 264
- Änderung der Verwaltungsvorschriften über die kommunale Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der Kameralistik bzw. nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung; Geldbußen und Verwarnungsgelder GK 98, 265

Hausverbot

- Rechtmäßigkeit eines öffentlich-rechtlichen Hausverbots FSt 141, 480

HOAI

- Wann ist der Architekt/Ingenieur gehindert, sich auf die Mindestsatzfiktion des § 7 HOAI 2009/2013 wegen fehlender schriftlicher Auftragserteilung zu berufen? FSt 63, 220
- Das zwingende Preisrecht der HOAI 2013 ist auch bei Aufstockungsklagen gegenüber öffentlichen Auftraggebern weiterhin anwendbar FSt 171, 594
- Keine unmittelbare Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie zugunsten der öffentlichen Hand FSt 171, 595

- Geltung der Mindestsätze auch bei fehlender schriftlicher Honorarvereinbarung FSt 171, 595
- Die Mindestsätze der HOAI sind die übliche Vergütung i.S. des § 632 Abs. 2 BGB GK 45, 117
- Wird im Rahmen eines Gebäudeumbaus eine technische Anlage neu geplant, ist dies kein Anlass für einen Umbauschlag des Fachplanners GK 95, 262

Hunde

- Leinenzwang für große Hunde; konkrete Gefahr, Bestimmtheit, Ermessen; Gleichheitssatz FSt 124, 428
- Konkrete Gefahr bei frei herumlaufenden großen Hunden; Anordnung eines Leinenzwangs auch ohne vorherigen Beißvorfall FSt 124, 429
- Bestimmtheit des angeordneten Leinenzwangs bezüglich der Örtlichkeit FSt 124, 429
- Ermessensausübung und Gleichbehandlung FSt 124, 430

Hundesteuer

- Erhöhte Steuer für Kampfhunde; Tatbestands- und Bindungswirkung eines Bescheids; Verbot der Doppelbelastung; örtliche Zuständigkeit bei wechselnden Aufenthaltsorten des Hundes GK 25, 58
- Die Tatbestands- bzw. Bindungswirkung eines Bescheids umfasst nicht die der getroffenen Regelung zugrundeliegenden Vorfragen GK 25, 59
- Eine nach Art. 105 Abs. 2a Satz 1 GG unzulässige Doppelbelastung kann es im Verhältnis mehrerer Gemeinden untereinander nicht geben GK 25, 60
- Ein deutlich erhöhter Steuersatz für alle Arten von Kampfhunden ist nach ständiger Rechtsprechung zulässig GK 25, 60
- Beim regelmäßigen Aufenthalt eines Hundes in verschiedenen Gemeinden hängt die Zuständigkeit zur Erhebung der Hundesteuer davon ab, wo der Schwerpunkt der Beziehungen des Hundes zum Hundehalter liegt; das ist im Regelfall der Haushalt des Hundehalters GK 25, 61

I

Ingenieure

- Schadensersatzpflicht des Ingenieurs, der wirtschaftliche Belange des Bauherrn nicht berücksichtigt GK 94, 258
- Ein Ingenieurvertrag kann Werk- oder Dienstvertrag sein GK 94, 258

- Vorliegen eines mangelhaften Werkes GK 94, 259
- Mangelhaftigkeit des Werkes im Zeitpunkt der Abnahme, Nacherfüllung, Verschulden GK 94, 260
- Die mangelhafte Beratung des Ingenieurs muss adäquat kausal für die fehlgeschlagene Investition des Bauherrn sein GK 94, 260

J

Jagdrecht

- Befugnisse des gemäß § 9 Abs. 2 Satz 3 BJagdG an die Stelle des Jagdvorstandes tretenden Bürgermeisters FSt 136, 465
- Beschränkung der Vertretungsmacht des Jagdvorstehers ist möglich FSt 136, 466
- Klarheit des Satzungsmusters für Jagdgenossenschaften hinsichtlich der Beschränkung der Vertretungsmacht FSt 136, 466
- Die Beschränkung der Vertretungsmacht des Jagdvorstehers schränkt auch die Befugnisse des an Stelle des Jagdvorstandes handelnden Gemeindevorstandes (sog. Notjagdvorstand) ein FSt 136, 467
- Folge des Überschreitens der wirksam beschränkten Vertretungsmacht des Notjagdvorstandes FSt 136, 468
- Kein Dringlichkeitsgeschäft mangels unaufschiebbarer Angelegenheit FSt 136, 468
- Aktuelle Entwicklungen im Jagdrecht FSt 207, 705
- Jagdgenossenschaft: Geltendmachung des Reinertrags FSt 207, 705
- Nochmals: Befriedung von Grundflächen aus ethischen Gründen FSt 207, 705
- Eigenjagdbezirk: Feststellungsbescheid FSt 207, 706
- Hundesteuer: Jagdgebrauchshunde FSt 207, 706
- Wildunfälle: Wildwarnreflektoren an Straßen FSt 207, 706
- Umgang mit dem Wolf: Kontrolle der Ausbreitung und Bestandsmanagement FSt 207, 707

Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2022 für Bayern GK 156, 433
- Weitere Zunahme der bayerischen Wirtschaftsleistung GK 156, 433
- Kommunale Einnahmen weiter gestiegen GK 156, 433
- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt gestiegen GK 156, 434

- Neuaufnahmen von Krediten wesentlich höher als die Tilgung GK 156, 435
- Rückgang bei den kommunalen Investitionen GK 156, 435
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben GK 156, 436
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 156, 436
- Umlagebelastung wiederum gewachsen GK 156, 437
- Vervielfältiger der Gewerbesteuerumlage unverändert GK 156, 438
- Sozialausgaben gesunken GK 156, 438
- Zunahme bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 156, 439
- Gewerbesteuereinnahmen deutlich angestiegen GK 156, 440
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer eingebrochen; Mehrung bei den Grundsteuereinnahmen GK 156, 440
- Die Ist-Einnahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2022 nach Aufgabenbereichen GK 157, 441
- Die Ist-Ausgaben des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2022 nach Aufgabenbereichen GK 158, 442
- Die Ist-Einnahmen des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2022 nach Arten GK 159, 443
- Die Ist-Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2022 nach Arten GK 160, 444
- Personalausgaben im Haushaltsjahr 2022 nach Einzelplänen bzw. Gruppen und Untergruppen GK 161, 446
- Die Ist-Einnahmen des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2022 nach Arten GK 162, 447
- Die Ist-Ausgaben des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2022 nach Arten GK 163, 448
- Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2022 gliedert nach Aufgabenbereichen GK 164, 449
- Steuereinnahmen, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen im Haushaltsjahr 2022 GK 165, 450

Jugendamt

- Unionsrecht schützt unbegleitete Minderjährige aus dem Ausland: Anspruch auf einen Verfahrensbestand bereits während der Altersfeststellung FSt 179, 612

Jugendhilfe

- Einkommensmindernde Berücksichtigung von Kfz-Kosten bei der Erhebung eines jugendhilferechtlichen Kostenbeitrags FSt 168, 590

- Zweite Änderungsverordnung zur Verordnung zur Festsetzung der Kostenbeiträge für Leistungen und vorläufige Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe vom 20.12.2023 GK 42, 95

K

Kanalisation

- Wasser- und Entwässerungsgebühren: Nur ordnungsgemäß geeichte Wasserzähler dürfen einer Gebührenabrechnung zugrunde gelegt werden GK 12, 35
- Verwendet der Einrichtungsträger in seinem Versorgungsgebiet Wasserzähler, die dem gesetzlichen Verwendungsverbot wegen Ablaufs der Eichfrist widersprechen, gilt ein durch sie ermittelter Wasserverbrauch nicht als festgehalten GK 12, 35
- Bei ungeeichten Zählern muss der Wasserverbrauch nach Art. 13 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. b Doppelbuchst. aa KAG i.V.m. § 162 Abs. 1 AO geschätzt werden GK 12, 36
- Schätzbefugnis der Behörde GK 12, 37
- Gebührenschuldner nach Eigentumsübergang im Rahmen einer Zwangsversteigerung GK 51, 131
- Keine Bedenken gegen die Rechtsgrundlagen, die den Eigentümer als gebührenpflichtig festlegen GK 51, 131
- Rechtmäßige Gebührenfestsetzung gegen den Eigentümer ab dem Zeitpunkt, in dem er in der Zwangsversteigerung den Zuschlag erhalten hat GK 51, 132
- Abgrenzung der vorliegenden Gebührenschaft zu anderen Konstellationen GK 51, 133
- Keine Beitragspflicht hinsichtlich fest überdachter Terrassen GK 107, 290
- Ermittlung der beitragspflichtigen Grundstücksfläche im Außenbereich GK 210, 538
- Die Beitragsschuld entsteht mit der Möglichkeit, das Grundstück an die Wasserversorgungseinrichtung anzuschließen GK 210, 538
- Im Außenbereich ist bei Ermittlung der Grundstücksfläche neben der Grundfläche anschlussbedürftiger Gebäude ein Umgriff um diese Bebauung zu berücksichtigen GK 210, 539
- Die Abstandsflächen von Gebäuden, die keinen Anschlussbedarf haben, werden nicht in den Umgriff einbezogen GK 210, 540

Katastrophenschutz

- Bek des StMI vom 19.3.2024 – Bestimmung des jährlichen Gesamtbeitrags zum Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes für das Jahr 2024 GK 88, 240

Kiesabbau

- Abtragungsgenehmigung zum Kiesabbau; Lärmschutz FSt 102, 352
- Berücksichtigung eines nach der erstinstanzlichen Entscheidung ergangenen Ergänzungsbefehls im Beschwerdeverfahren FSt 102, 352
- Auch ein Kiesabbau, der im Außenbereich privilegiert zulässig ist, darf keine für die Nachbarn schädlichen Umwelteinwirkungen hervorrufen FSt 102, 353
- Zielorientierte Festlegungen zur Sicherstellung des Lärmschutzes sind unter nachbarrechtlichen Gesichtspunkten grundsätzlich zulässig FSt 102, 354
- Keine grenzwertüberschreitenden Immissionen auf dem Nachbargrundstück FSt 102, 354
- Berücksichtigung der Warnsignale eines Radladers beim Rückwärtsfahren in der Emissionsprognose FSt 102, 355
- Das Gebot der größtmöglichen Schonung des Außenbereichs ist nicht drittschützend FSt 102, 355
- Abtragungsgenehmigung für Kiesabbau FSt 160, 539
- Eine Vorschrift, die die Rodung von Wald gestattet, hat umweltbezogen zur Folge, dass ihre Verletzung von einem anerkannten Umweltverband geltend gemacht werden kann FSt 160, 539
- Die Erteilung einer Rodungserlaubnis für Bannwald steht, auch wenn die Tatbestandsvoraussetzungen der Gestattungsvorschrift erfüllt sind, im behördlichen Ermessen FSt 160, 539
- Hohe Anforderungen an die Gestattung der Rodung von Bannwald FSt 160, 540
- Aus der Stellungnahme der Forstbehörde muss sich unzweifelhaft ergeben, ob die Tatbestandsvoraussetzungen für die Rodung von Bannwald vorliegen FSt 160, 540
- Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an der Walderhaltung und den Interessen des die Erlaubnis Beantragenden notwendig FSt 160, 541

Kindergärten, Kinderbetreuung

- Anspruch auf Nachweis eines Betreuungsplatzes, zumutbare Entfernung, Berücksichtigung des Schulwegs eines Geschwisterkinds, langer Arbeitsweg der Mutter FSt 19, 63

- Kein Anspruch auf einen Platz in einer bestimmten Einrichtung FSt 19, 63
- Zumutbare Entfernung des angebotenen Betreuungsplatzes FSt 19, 63
- Berücksichtigung des Schulwegs eines Geschwisterkindes bei der Zumutbarkeit des angebotenen Betreuungsplatzes FSt 19, 64
- Anspruch auf Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung für ein Kind unter drei Jahren, rechtzeitige Bedarfsmeldung, Kapazitätserschöpfung FSt 31, 104
- Rechtzeitige Bedarfsmeldung FSt 31, 104
- Eine Kapazitätserschöpfung lässt den gesetzlichen Anspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung nicht entfallen FSt 31, 105
- Zwei-Wochen-Frist zur Umsetzung einer gerichtlichen Anordnung (§ 123 VwGO), vorläufig einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen FSt 31, 106
- Bek des StMAS vom 27.12.2023 – Vollzug der Kinderbildungsverordnung (AVBayKiBiG); Anrechenbarkeit erworbener Qualifikationen im Anstellungsschlüssel (§ 17 AVBayKiBiG) sowie im Rahmen der Anforderungen an pädagogische Fachkräfte in der Großtagespflege (Art. 9 Abs. 2, Art. 20a Satz 1 Nr. 2 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes – BayKiBiG) GK 48, 120
- Bek des StMAS vom 27.11.2023 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswerts gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG GK 63, 168
- Nr. 100/2024: Bek des StMAS vom 27.11.2023 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 3 BayKiBiG GK 63, 168
- Coronabedingte (Teil-)Schließung eines Kinderhorts; Gebührenerstattung GK 91, 246
- Die coronabedingte Beschränkung einer kommunalen Kindertageseinrichtung auf eine Notbetreuung für bestimmte Personengruppen stellt keine ersatzlose Schließung der Einrichtung dar GK 91, 247
- Die wegen der Pandemie erfolgte landesweite (Teil-)Schließung der Kindertageseinrichtungen ist nicht als betriebsbedingt anzusehen GK 91, 248
- Dass bei der zeitweiligen Nichtinanspruchnahme eines Kinderhorts für die Besuchsgebühren und für das Verpflegungsgeld unterschiedliche Erstattungsregelungen bestehen, verstößt nicht gegen den Gleichheitssatz GK 91, 249

- Hat ein Benutzer die satzungsgemäß geforderten Gebühren gezahlt, kann er bei zeitweiliger Nichtinanspruchnahme der Einrichtung nicht aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs die teilweise Rückzahlung verlangen GK 91, 250

Klimaschutz

- Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KANg) FSt 65, 226
- Ziel des Gesetzes: § 1 KANg FSt 65, 227
- Begriffsbestimmungen: § 2 KANg FSt 65, 227
- Berücksichtigungsgebot: § 8 KANg FSt 65, 227
- Klimaanpassung der Länder: § 10 KANg FSt 65, 229
- Berichte der Länder: § 11 KANg FSt 65, 229
- Klimaanpassungskonzepte: § 12 KANg FSt 65, 229
- Schlussvorschriften: § 13 KANg FSt 65, 231
- Aktuelle Rechtsprechung zum Berücksichtigungsgebot des § 13 Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) FSt 219, 741
- Inhalt des Berücksichtigungsgebots; Anwendungsbereich; Klagemöglichkeit anerkannter Umwelt- und Naturschutzvereinigungen FSt 219, 742
- Keine Anwendbarkeit des § 13 KSG bei einer Abtragungsgenehmigung FSt 219, 743
- Keine Anwendbarkeit des § 13 KSG bei der Bauleitplanung FSt 219, 743
- Keine Anwendbarkeit des § 13 KSG beim Ausbau einer Kreisstraße FSt 219, 745
- Anwendbarkeit des § 13 KSG bei einem laufenden Planfeststellungsverfahren gemäß § 35 Abs. 2 KrWG zur Errichtung und zum Betrieb einer öffentlich zugänglichen Deponie; Verhältnis des § 13 KSG zum UVPG FSt 219, 746
- Zweites Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes FSt 230, 777
- Beitrag technischer Senken, Verordnungsermächtigung: § 3b KSG n.F. FSt 230, 777
- Jahresemissionsgesamtmengen, Verordnungsermächtigungen: § 4 KSG n.F. FSt 230, 778
- Monitoring, Jahresemissionsmengen, Verordnungsermächtigungen: § 5 KSG n.F. FSt 230, 778
- Projektionsdaten: § 5a KSG n.F. FSt 230, 778
- Durchführungsvorschriften zur Europäischen Klimaschutzverordnung: § 7 Abs. 3 KSG n.F. FSt 230, 779
- Vorgehen bei Überschreitung der Jahresemissionsgesamtmengen: § 8 KSG n.F. FSt 230, 779
- Klimaschutzprogramme: § 9 Abs. 1 KSG n.F. FSt 230, 780

- Aufgaben des Expertenrats für Klimafragen:
§ 12 KSG n.F. FSt 230, 780

Kommunalabgaben

- Rechtmäßigkeit einer Bewohnerparkgebühren-satzung GK 2, 5
- Kostendeckung und Vorteilsausgleich als legiti-me Gebührenzwecke GK 2, 6
- Keine Verfolgung weiterer Gebührenzwecke GK 2, 6
- Abschließende bundesrechtliche Regelung der bei der Gebühren-bemessung zu berücksichti-genden Kriterien GK 2, 7
- Keine klimapolitischen Lenkungs-zwecke oder sozialen Zwecke GK 2, 8
- Anforderungen des Äquivalenzprinzips GK 2, 9
- Zulässige Gebührenhöhe von 360 € jährlich GK 2, 9
- Keine Abkopplung von den Kosten der Amts-handlung GK 2, 10
- Unzulässige Gebührenstaffelung nach der Fahr-zeuglänge GK 2, 11
- Keine Ermäßigungs- und Erlassregelungen für einzelne Personengruppen GK 2, 12
- Nochmals: Kommunale Wettbürosteuer unzu-lässig GK 136, 375
- Eigenständige Bedeutung des Gleichartigkeits-verbots bei örtlichen Verbrauch- und Aufwand-steuern GK 136, 376
- Unterscheidung zwischen allgemeinen (flächenartigen) und speziellen Steuern GK 136, 376
- Rennwett- und Sportwettensteuer als spezielle Bundessteuer GK 136, 377
- Maßgebliche Bedeutung des Besteuerungs-gegenstands GK 136, 378
- Keine eigenständige Bedeutung der Mitverfol-gungsmöglichkeit von Wettereignissen GK 136, 378

Kommunale Unternehmen

- Energetische Sanierung: Abgrenzung von Er-haltungsaufwand und Herstellungskosten bei Gebäuden in der Handelsbilanz GK 37, 85
- Verordnung über das Register über Unterneh-mensbasisdaten (UBRegV) vom 1.7.2024 GK 141, 384
- Gültigkeit von Rechtsgeschäften des bereits aberbundenen Geschäftsführers einer GmbH? GK 167, 452

Kommunale Wahlbeamte

- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rah-mensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.11.2024 GK 193, 502

- Rahmensätze der monatlichen Dienstaufwands-entschädigungen für Beamte auf Zeit ab 1.2.2025 (Anlage 2 zu Art. 46 Abs. 1 KWBG) GK 193, 502
- Monatliche Entschädigungen für die ehrenamt-lichen ersten Bürgermeister und Bürgermeiste-rinnen ab 1.11.2024 (Anlage 3 zu Art. 53 Abs. 2 KWBG) GK 193, 503
- Monatliche Entschädigungen für die ehrenamt-lichen ersten Bürgermeister und Bürgermeiste-rinnen ab 1.2.2025 (Anlage 3 zu Art. 53 Abs. 2 KWBG) GK 193, 503
- Jährliche Sonderzahlung nach Art. 55 KWBG GK 193, 503
- Ehrensold nach Art. 60 Abs. 2 KWBG GK 193, 503

Kommunalhaushaltsverordnung

- Verlängerung der Laufzeiten von Krediter-mächtigungen; Änderung des Art. 71 Abs. 3 GO, Art. 65 Abs. 3 LKrO, Art. 63 Abs. 3 BezO; Änderung der KommHV-Kameralistik und -Doppik GK 81, 217

Kommunalwahlrecht

- Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahl-gesetzes und weiterer Rechtsvorschriften zum 1.1.2024 FSt 13, 41
- Abschaffung der Möglichkeit der Verdopplung der sich bewerbenden Personen auf einem Wahlvorschlag in Gemeinden bis zu 3.000 Ein-wohnern, Art. 25 Abs. 2 Satz 2 GLKrWG FSt 13, 42
- Änderung der Regelungen zur Mehrheitswahl, Art. 38 Abs. 1 GLKrWG FSt 13, 42
- Änderung der Regelungen zur Nachwahl, Art. 52 GLKrWG FSt 13, 43
- Aufhebung der Höchstaltersgrenze für berufs-mäßige Bürgermeister, Landräte sowie berufs-mäßige Gemeinderatsmitglieder, Art. 39 Abs. 2 Satz 2 GLKrWG FSt 13, 47
- Erweiterung der Wählbarkeitshindernisse für erste Bürgermeister und Landräte nach einer Freiheitsstrafe, Art. 39 Abs. 2 Nr. 5, 6 GLKrWG FSt 13, 48

Körperschaftsteuer

- Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art wegen Gleichartigkeit GK 58, 155
- Legaldefinition des Begriffs BgA und körperschaftsteuerliche Zusammenfassungsgrundsätze GK 58, 156
- Voraussetzungen für die allein in Betracht kommende Zusammenfassung „gleichartiger“ Betriebe; hier: nicht erfüllt GK 58, 157

- Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) GK 101, 276
- Regelungen im Bereich des Körperschaftsteuergesetzes (Art. 18 Wachstumschancengesetz) GK 101, 281

Kostenerstattung

- Erstattung von Aufwendungen einer Krankenbehandlung als Nothelfer FSt 110, 386
- Anspruch auf Kostenerstattung als Nothelfer FSt 110, 387
- Leistungsausschluss nach § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 SGB XII dem Grundsatz nach FSt 110, 387
- Rückausnahme nach § 23 Abs. 3 Satz 7 SGB XII kann offenbleiben FSt 110, 388
- Anspruch auf Überbrückungsleistung nach § 23 Abs. 3 Satz 5 Nr. 3 SGB XII FSt 110, 389
- Nothelferanspruch bei objektiver Unmöglichkeit, den Sozialhilfeträger in Kenntnis zu setzen FSt 110, 390
- Vorliegen sonstiger Voraussetzungen für die Gewährung von Sozialhilfe FSt 110, 390
- Rechtzeitiger Antrag des Nothelfers auf Erstattung gebotener Aufwendungen FSt 110, 390

Krankenhäuser

- (Erfolgreicher) Antrag eines Krankenhauses auf Ausweisung als Spezialversorger; (keine) zwingende Erforderlichkeit für die Gewährleistung der Notfallversorgung FSt 205, 696
- Gesetzliche Regelungen zum gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern FSt 205, 696
- § 26 Nfst-R verstößt nicht gegen höherrangiges Recht FSt 205, 697
- Kriterien des Krankenhausplanungsausschusses (KPA), wann ein Krankenhaus für die Notfallversorgung zwingend erforderlich ist FSt 205, 698
- (Nicht-)Erfüllung der Kriterien für die Feststellung der zwingenden Erforderlichkeit für die Gewährleistung der Notfallversorgung FSt 205, 700
- GemBek des StMGP sowie des StMFH vom 30.11.2023 – Änderung des 49. Jahreskrankenhausbauprogramms 2023 des Freistaates Bayern GK 19, 48
- Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser vom 8.12.2023 GK 32, 72
- Zum Zweckbetrieb „Krankenhaus“ i.S. des § 67 Abgabenordnung (AO) GK 151, 417

- Rechtsgrundlagen und Grenzen für die Steuerbefreiung von Körperschaften, speziell von Krankenhäusern GK 151, 419
- Die Einkünfte von Krankenhäusern aus der Personal- und Sachmittelgestellung an ermächtigte Ärzte gehören nicht zum Zweckbetrieb GK 151, 421
- Zur Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb von Cafeterien GK 151, 422
- Gemeinsame Bek des StMGP und StMFH vom 4.7.2024 – 50. Jahreskrankenhausbauprogramm 2024 des Freistaates Bayern GK 155, 432

Krankenpflegekräfte

- Verordnung über die Grundsätze der Personalbedarfsbemessung in der stationären Krankenpflege (Pflegepersonalbemessungsverordnung – PPBV) vom 12.6.2024 GK 132, 360

Kreditwesen

- Kreditwürdigkeitsprüfung öffentlich-rechtlicher Körperschaften GK 33, 73
- Verlängerung der Laufzeiten von Kreditermächtigungen; Änderung des Art. 71 Abs. 3 GO, Art. 65 Abs. 3 LKrO, Art. 63 Abs. 3 BezO; Änderung der KommHV-Kameralistik und -Doppik GK 81, 217
- Verlängerung der Laufzeiten für Kreditermächtigungen nach Art. 71 Abs. 3 GO, Art. 65 Abs. 3 LKrO, Art. 63 Abs. 3 BezO GK 81, 217
- Änderung der KommHV-Kameralistik bzw. KommHV-Doppik GK 81, 220
- Verlängerung der Laufzeiten von Kreditermächtigungen; Ausgestaltung der Haushaltsatzung GK 89, 241

Kreisumlage

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2023 GK 20, 49
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden GK 20, 49
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2023 GK 21, 52
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2023 GK 22, 53
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2023 GK 23, 54

Kündigung

- Schadensminderungspflicht des Auftraggebers bei der Vergabe von Restleistungen nach berechtigter Kündigung des bisherigen Auftragnehmers FSt 112, 394

L

Landesstraf- und Verordnungsgesetz

- Sicherheitsrechtliche Anordnung zur Beseitigung von Straßensperren (Warnbake, Metallzaun) an einem gewidmeten beschränkt-öffentlichen Geh- und Radweg FSt 186, 636
- Sicherheitsrechtliche Anordnung bei Sperrung von Verkehrsflächen im Wege unerlaubter Selbsthilfe FSt 186, 637
- Öffentlicher Verkehrsraum i.S.d. § 32 Abs. 1 Satz 1 StVO FSt 186, 637
- Zustimmung des Voreigentümers zur Widmung wirkt fort FSt 186, 638
- Gegenstände, die den Verkehr im Sinne des § 32 StVO zumindest erschweren FSt 186, 638
- § 32 Abs. 1 StVO erfordert keine konkrete Gefahr FSt 186, 638
- Einschränkung des Eigentumsrechts (insbesondere § 903 BGB) durch Widmung FSt 186, 639
- Sicherheitsrechtliche Anordnungen gegen Mitglied der Ultra-Szene eines Fußball-Bundesligisten; Aufenthalts- und Betretungsverbot bei Heimspielen; Meldeauflage bei Auswärtsspielen FSt 197, 669
- Sicherheitsrechtliche Generalklausel als Rechtsgrundlage FSt 197, 670
- Konkrete Gefahr als tatbestandliche Voraussetzung des Art. 7 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 3 LStVG FSt 197, 671
- Verhältnismäßigkeit FSt 197, 673
- Folgenabwägung FSt 197, 675

Lärmschutz

- Lärmaktionsplanung auf Straßen des überörtlichen Verkehrs FSt 54, 182
- Zeitliche Beschränkung des Einsatzes von Herdenschutzhunden zum Schutz vor Lärm in einem ausgewiesenen Wolfsgebiet FSt 90, 307
- Verletzung nachbarschützender Vorschriften durch die von einer Wärmepumpe ausgehenden Lärmemissionen FSt 192, 650
- Es ist nicht erforderlich, dass die Baugenehmigung auch alle für die Immissionsprognose wesentlichen Kenngrößen und Konstruktionsmerkmale der (marktgängigen) Wärmepumpe angibt FSt 192, 651
- Die Wärmepumpe wird von der Genehmigungswirkung der angefochtenen Baugenehmigung erfasst FSt 192, 651
- Der Maßstab für die Ermittlung der Zumutbarkeitsgrenze ergibt sich aus § 22 BImSchG in Verbindung mit der TA Lärm FSt 192, 651

- Für die Ermittlung, ob Grundeigentum über die Richtwerte der TA Lärm hinaus belastet wird, sind die Richtwerte der TA Lärm für ein reines Wohngebiet – tags 50 dB(A) und nachts 35 dB(A) – zugrunde zu legen FSt 192, 652
- Eine Schallberechnung, die auf einem frei zugänglichen Schallrechner des Herstellers der Wärmepumpe erstellt wurde, ist im Gerichtsverfahren nicht hinreichend belastbar FSt 192, 652
- Interessenabwägung FSt 192, 653
- Erfolgreicher Eilantrag von Nachbarn gegen einen Kinderspielplatz FSt 229, 774
- Kein von konkreten Beeinträchtigungen unabhängiger gebietsübergreifender Schutz der Nachbarn vor (behaupteten) gebietsfremden Nutzungen im lediglich angrenzenden Plangebiet FSt 229, 775
- Kein Verstoß gegen das Rücksichtnahmegebot durch Kinderlärm FSt 229, 775
- Maßgeblichkeit der (Lärm-)Auswirkungen der bestimmungsgemäßen Nutzung FSt 229, 776
- Kein Anspruch auf Aufstellung eines (geänderten) verbindlichen Bauleitplans oder Durchführung einer Umweltpflichtprüfung FSt 229, 777

Lichtzeichenanlage

- Technische Lieferbedingungen für transportable Lichtsignalanlagen (TL transportable LSA), Ausgabe 2022 GK 46, 117
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für transportable Lichtsignalanlagen (ZTV transportable LSA 2023) GK 146, 406
- Technische Lieferbedingungen für transportable Lichtsignalanlagen, TL transportable LSA, Ausgabe 2023 GK 153, 428

Lohnsteuer

- Keine inzidente Anfechtung einer Lohnsteuer-Anmeldung durch Anfechtung eines Lohnsteuer-Haftungsbescheids GK 92, 251
- Lohnsteuerpauschalierung bei Betriebsveranstaltungen, die nicht allen Betriebsangehörigen offenstehen GK 152, 425
- Lohnsteuerpauschalierung bei Betriebsveranstaltungen GK 152, 426
- Das Tatbestandsmerkmal der Betriebsveranstaltung in § 40 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EStG ist entsprechend der Legaldefinition des § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a Satz 1 EStG auszulegen GK 152, 427

M

Mängelbeseitigung

- Aufwendungsersatz für Mängelbeseitigungskosten: Der Auftraggeber muss nicht die billigste Firma beauftragen FSSt 170, 593
- Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber auf erforderliche Mitwirkungshandlungen bei der Mängelbeseitigung hinzuweisen GK 53, 140

Mietrecht

- Die Erneuerung von Rauchwarnmeldern, auch solchen, deren Kosten seinerzeit nicht als Modernisierungsmaßnahme auf die Mieter umgelegt worden sind, rechtfertigt keine Mieterhöhung GK 61, 164
- Modernisierungsmaßnahmen setzen eine bauliche Veränderung voraus GK 61, 165
- Die Beurteilung, ob es sich um eine Modernisierungsmaßnahme handelt, hängt nicht davon ab, ob der Vermieter sie anschließend zum Gegenstand einer Mieterhöhung macht GK 61, 166
- Der Auskunftsanspruch des Mieters gegen den Vermieter nach den Vorschriften zur sog. Mietpreisbremse (§ 556g Abs. 3 BGB) verjährt in drei Jahren GK 86, 238
- Eine außerordentliche Kündigung des Mietverhältnisses wegen Zerrüttung setzt zusätzlich voraus, dass sich der gekündigte Vertragsteil pflichtwidrig verhalten hat GK 112, 309
- Voraussetzungen für eine außerordentliche Kündigung GK 112, 309
- Fristlose Kündigung bei Dauerkonflikt? GK 112, 310
- Der Vermieter muss einem neuen Mieter nach § 556g BGB die Höhe der Vormiete mitteilen, aber nicht belegen, dass die Höhe zulässig war GK 201, 525

Mietspiegel

- Neue Praxishilfe gibt Empfehlungen für die Erstellung von Mietspiegeln FSt 270, 920

Mobilfunk

- Flächennutzungsplan zu „Konzentrationsflächen für Mobilfunkanlagen“, Verkündigungsmangel, Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabuzonen FSt 77, 265
- Die Bekanntmachung im Amtsblatt muss einen Hinweis enthalten, dass der Flächennutzungsplan Konzentrationszonen (für Mobilfunkanlagen) mit einer Ausschlusswirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB umfasst FSt 77, 266

- Der Planungsträger muss sich für eine fehlerfreie Abwägung den Unterschied zwischen sog. harten und weichen Tabuzonen bewusstmachen, ihn dokumentieren und sachgerecht handhaben FSt 77, 267
- Erheblichkeit des Abwägungsfehlers FSt 77, 269

N

Namensrecht

- Änderung des Ehenamens- und Geburtsnamensrechts und des Internationalen Namensrechts FSt 185, 630
- Doppelname als Ehefrau (§ 1355 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BGB) FSt 185, 630
- Zum Zeitpunkt der Ehenamensbestimmung bestehende Doppel- oder Mehrfachnamen eines oder beider Ehegatten sowie bestehende Ehenamen mit Begleitnamen eines Ehegatten, § 1355 Abs. 3 BGB FSt 185, 631
- Geschlechtsangepasste Form des Ehenamens nach sorbischer Tradition und ausländischen Rechtsordnungen, § 1355b BGB FSt 185, 632
- Geburtsname bei Eltern ohne Ehenamen und gemeinsamer Sorge, § 1617 BGB FSt 185, 632
- Geburtsname bei Eltern ohne Ehenamen und Alleinsorge, § 1617a BGB FSt 185, 633
- Name bei nachträglicher gemeinsamer Sorge oder Scheinvaterschaft, § 1617b BGB FSt 185, 633
- Name nach Scheidung der Eltern oder Tod eines Elternteils, § 1617d BGB FSt 185, 633
- Erweiterung der Namensänderungsmöglichkeiten des Kindes um die sogenannte Rückbenennung nach Einbenennung, § 1617e Abs. 3 BGB FSt 185, 634
- Geschlechtsangepasste Form des Geburtsnamens nach sorbischer Tradition und ausländischen Rechtsordnungen, § 1617f BGB FSt 185, 634
- Name des Kindes bei Annahme Minderjähriger als Kind, § 1757 BGB FSt 185, 635
- Name des Kindes bei Annahme eines volljährigen Kindes, § 1767 BGB FSt 185, 635
- Überleitungsvorschriften, Art. 229 EGBGB § 67 FSt 185, 635
- Namenseinbenennung eines Kindes; Ersetzung der Einwilligung des Kindesvaters FSt 231, 780
- Namenseinbenennung gemäß § 1618 BGB FSt 231, 781
- Erforderlichkeit einer Namenseinbenennung als Voraussetzung für die Ersetzung der Einwilligung eines Elternteils FSt 231, 781
- Würdigung des konkreten Falls FSt 231, 783

- Zusammenfassende Entscheidung des BGH und Hinweise für das weitere Verfahren
FSt 231, 785

Normenkontrolle

- Statthaftigkeit eines Normenkontrollantrags gegen technische Baubestimmungen FSt 116, 401
- Ein Normenkontrollantrag gegen untergesetzliche Rechtsvorschriften ist nur ausnahmsweise statthaft FSt 116, 401
- Verwaltungsvorschriften, die nicht strikt gelten, sondern Ausnahmen zulassen, kommt keine generelle Verbindlichkeit zu, so dass sich der Charakter einer Rechtsvorschrift insoweit nicht bejahen lässt FSt 116, 403

Nutzungsuntersagung

- Zulässigkeit einer Betriebswohnung im Gewerbegebiet FSt 217, 733

O

Obdachlose

- Gemeindliche Pflicht zur Obdachlosenunterbringung; freiwillige Obdachlosigkeit; Familiennachzug von Ausländern; Unterbringungsverpflichtung auch bei neu Zugezogenen; Fortdauer der Zuständigkeit trotz Ortswechsels
FSt 150, 504
- „Freiwillige“ Obdachlosigkeit liegt nicht schon dann vor, wenn ihr Eintritt für den Betroffenen vorhersehbar war FSt 150, 505
- Die Verpflichtung der Gemeinden zur Unterbringung von Obdachlosen entfällt auch dann nicht, wenn für das Entstehen der Obdachlosigkeit eine andere staatliche Ebene (mit-)ursächlich war FSt 150, 506
- Anders als bei Asylbewerbern trifft den Staat bei sonstigen ins Bundesgebiet eingereisten Ausländern keine originäre Unterbringungsverpflichtung FSt 150, 507
- Der Unterbringungsanspruch hängt nicht davon ab, dass der Obdachlose einen speziellen Bezug zu der Gemeinde seines Aufenthaltsorts hat FSt 150, 508
- Lehnt die Gemeinde einen Unterbringungsantrag zu Unrecht ab, so bleibt sie örtlich zuständig, wenn der Obdachlose trotz eines zwischenzeitlichen Ortswechsels weiterhin in ihrem Gebiet Aufenthalt nehmen will FSt 150, 509
- Klage auf Erstattung der Kosten einer Notunterkunft gegen den Untergebrachten als öffentlich-rechtliche Streitigkeit FSt 188, 641

- Streitentscheidend ist auch bei Vorliegen eines zivilrechtlichen Vertrages das öffentlich-rechtliche Kostenrecht FSt 188, 642
- Vertrag zwischen dem Untergebrachten und dem die Notunterkunft bietenden Unternehmen?
FSt 188, 642
- Kostenbeteiligung des Untergebrachten an den Kosten der Unterbringung FSt 188, 642
- Die öffentliche Hand kann nicht durch privatrechtliche Gestaltungen die öffentlich-rechtlichen Kostengesetze umgehen FSt 188, 643
- Empfehlungen für das Obdach- und Wohnungslosensein FSt 211, 719

Öffentlichkeitsarbeit

- Nochmals: Grenzen des Betriebs eines kommunalen Internetportals FSt 96, 332
- Zulässigkeit der Anzeigenwerbung in einem kommunalen Internetportal FSt 96, 333
- Anforderungen an die vorzunehmende Gesamtwürdigung des Angebots auf einem kommunalen Internet-Portal FSt 96, 333
- Neutralitätsgebot: Zulässigkeit der Beteiligung am allgemeinen kommunalpolitischen Diskurs in amtlicher Funktion FSt 260, 884
- Eine Kultur- und Tourismusreferentin unterliegt bei in dieser amtlichen Eigenschaft getätigten politischen Äußerungen dem Neutralitätsgebot FSt 260, 885
- Handeln in amtlicher Eigenschaft bei einem Post auf dem privaten Facebook-Profil
FSt 260, 886
- Keine Befugnis einer ehrenamtlichen gemeindlichen Kultur- und Tourismusreferentin zur Beteiligung am allgemeinen kommunalpolitischen Diskurs in amtlicher Funktion
FSt 260, 886

ÖPNV

- Bek des StMB vom 22.1.2024 – Richtlinien über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2024 im Freistaat Bayern (Richtlinien Deutschlandticket ÖPNV Bayern 2024) GK 55, 144

P

Parkplätze

- Bewohnerparkgebührensatzung: Zulässige Gebührenehöhe, Staffelung nach Fahrzeulängen und sozialen Gesichtspunkten FSt 35, 114

- Empfehlungen für Anlagen des ruhenden Verkehrs – EAR 23 – FSt 78, 269

Parkrecht

- Rechtmäßigkeit einer Bewohnerparkgebührensatzung GK 2, 5
- Kostendeckung und Vorteilsausgleich als legitime Gebührenzwecke GK 2, 6

Passwesen

- Kein gegriffenes Datum bei unbekanntem Geburtsmonat und -tag im Reisepass und Personalausweis FSt 187, 640

Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.3.2024 GK 108, 293
- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 1.3.2024 GK 108, 297
- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.3.2024 GK 108, 299
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 1.3.2024 GK 108, 302
- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich GK 108, 302
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte GK 108, 302
- Personaldurchschnittskosten für kommunale Arbeitnehmer ab 1.3.2024; Korrekturen GK 139, 382
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.1.2024 GK 199, 513
- Durchschnittliche Stufen der Besoldungsgruppe GK 199, 513
- Berechnung der jährlichen Personaldurchschnittskosten GK 199, 513
- Versorgungszuschlag GK 199, 514
- Berechnung der Stundenwerte GK 199, 515
- Kosten des Arbeitsplatzes GK 199, 515
- Tabellen der Personaldurchschnittskosten und Kosten des Arbeitsplatzes ab 1.1.2024 GK 199, 516
- Tabellen der Durchschnittskosten zusammengefasster Besoldungsgruppen GK 199, 522
- Teilzeitkräfte GK 199, 523

Personalvertretung

- Unzulässiger Wahlenfechtungsantrag, wenn dieser nicht durch drei Wahlberechtigte gestellt ist FSt 74, 252
- Fehlende Antragstellung durch drei Wahlberechtigte FSt 74, 252
- Maßgeblicher Zeitpunkt für die Anfechtungsberechtigung FSt 74, 252
- Gekündigte Arbeitnehmer: Differenzierung zwischen aktiver Wahlberechtigung und Wählbarkeit FSt 74, 252
- Erstellung von Anforderungsprofilen für Bewerber; keine Beteiligung des Personalrats FSt 93, 320
- Kein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Handyverbot während der Arbeitszeit FSt 201, 682

Personenstandsgesetz

- Ein abgeschlossener Eintrag im Geburtenbuch kann nur berichtigt werden, wenn die Unrichtigkeit nachgewiesen ist FSt 34, 112

Petition

- Das Petitionsrecht nach Art. 17 GG FSt 95, 326
- Geschichte des Petitionswesens FSt 95, 327
- Gesetzliche Ausgestaltung FSt 95, 327
- Das Grundrecht aus Art. 17 GG FSt 95, 327
- Persönlicher Schutzbereich FSt 95, 327
- Juristische Personen des öffentlichen Rechts FSt 95, 328
- Sachlicher Schutzbereich FSt 95, 328
- Adressat der Petition FSt 95, 328
- Volksvertretungen FSt 95, 328
- Geltung des Gewaltenteilungsprinzips FSt 95, 329
- Unterscheidung zwischen Bitten und Beschwerden FSt 95, 329
- Abwehrgehalt des Grundrechts FSt 95, 330
- Leistungsgehalt des Grundrechts FSt 95, 330
- Prüfung des Anliegens FSt 95, 331
- Bescheidung der Petition FSt 95, 331
- Kein Anspruch auf Abhilfe FSt 95, 332

Pfändung

- Unpfändbarkeit der Corona-Überbrückungshilfe III GK 10, 25
- Bekanntmachung zu den Pfändungsfreigrenzen 2024 nach § 850c der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2024) vom 10.5.2024 GK 114, 312
- Eine vom Arbeitgeber gezahlte Inflationsausgleichsprämie ist pfändbares Arbeitseinkommen GK 149, 409

- Kein Pfändungsschutz nach § 850i Abs. 1 Satz 1 Fall 1 ZPO GK 149, 409
- Inflationsausgleichsprämie ist nicht als Erschweriszulage nach § 850a Nr. 3 ZPO unpfändbar GK 149, 410
- Die Inflationsausgleichsprämie ist auch nicht als Aufwandsentschädigung im Sinne des § 850a Nr. 3 ZPO unpfändbar GK 149, 410
- Die Unpfändbarkeit des Anspruchs auf Auszahlung der Prämie folgt auch nicht aus § 851 Abs. 1 ZPO GK 149, 410

Pflege

- Vierte Verordnung zur Änderung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung vom 3.11.2023 GK 9, 24

Postwesen

- Zustellvermerk des § 180 Satz 3 ZPO ist zwingende Zustellungsvorschrift i.S.d. § 189 ZPO FSt 12, 40
- Ab 2025: Verlängerung der Zugangsfiktion bei Verwaltungsakten von drei auf vier Tage FSt 258, 880

Praktikanten

- Diskriminierung wegen einer Behinderung – Anwendung des AGG für Praktikanten – Zeitpunkt der Gleichstellung FSt 269, 919

Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2023 GK 8, 23
- Der Verbraucherpreisindex im Oktober 2023 GK 18, 47
- Der Verbraucherpreisindex im November 2023 GK 47, 119
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr 2023 und im Dezember 2023 GK 70, 189
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2024 GK 87, 239
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2024 GK 96, 263
- Der Verbraucherpreisindex im März 2024 GK 104, 287
- Der Verbraucherpreisindex im April 2024 GK 147, 407
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2024 GK 178, 479
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2024 GK 194, 504
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2024 GK 202, 527
- Der Verbraucherpreisindex im August 2024 GK 216, 551

Prüfungsverband

- Geschäftsbericht 2023 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV) FSt 174, 600

R

Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2023 GK 50, 125
- Grundsteuer A GK 50, 126
- Grundsteuer B GK 50, 126
- Gewerbesteuer GK 50, 127
- Realsteuern nach Regierungsbezirken GK 50, 128
- Endgültige Realsteuerhebesätze für das Jahr 2023 GK 106, 289

Rechnungsprüfung

- Verordnung zur Änderung der Rechnungsprüfungsstellen-Gebührenverordnung und der Verordnung über den fachlichen Schwerpunkt feuerwehrtechnischer Dienst vom 10.6.2024 GK 141, 384

Regionalplan

- Normenkontrolle gegen Festsetzung eines Regionalen Grünzugs im Regionalplan FSt 254, 863
- Ziele der Raumordnung können mit der Normenkontrollklage angegriffen werden FSt 254, 864
- Eine Änderung des Regionalplans entfaltet gegenüber im unbeplanten Innenbereich gelegenen Grundstücken keine unmittelbare Wirkung FSt 254, 865
- Eine Antragsbefugnis besteht auch dann, wenn das Interesse des Antragstellers an der Abwehr planbedingter Folgemaßnahmen zum notwendigen Abwägungsmaterial gehört FSt 254, 866
- Die raumplanerische Zielfestlegung „Regionaler Grünzug“ bedarf regelmäßig in besonderer Weise der Konkretisierung und Ausgestaltung durch die nachfolgende Planung FSt 254, 866

Register

- Verordnung zur Änderung der Unternehmensregisterverordnung vom 8.10.2024 GK 204, 528

Rentenversicherung

- Bekanntmachung der Beitragssätze in der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung für das Jahr 2024 vom 14.11.2023 GK 9, 24

- Verordnung zur Bestimmung des Rentenwerts in der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Bestimmung weiterer Werte zum 1. Juli 2024 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2024 – RWBestV 2024) vom 17.6.2024
GK 132, 360

Rückforderung

- Verordnung zur Rückforderung überzahlter Entlastungen nach dem Strompreisbremsengesetz und dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz sowie zum Übergang von Rückforderungsansprüchen auf den Bund (Preisbremsen-Entlastungsrückforderungsverordnung – PBRüV) vom 25.3.2024
GK 88, 240

Rückstellungen

- Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen in Papier oder digitaler Form
GK 119, 327

S

Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie Mahlzeiten und freie Unterkunft ab 1.1.2024
GK 36, 84

Satzungen

- Sanierungssatzung: Fortschreibung und Erweiterung eines früher festgelegten Gebiets, Bestimmtheit des räumlichen Geltungsbereichs, städtebauliche Missstände, Abwägung, Ermittlungen zu den Kosten der Gesamtmaßnahme
FSt 240, 806
- Bestimmtheit des räumlichen Geltungsbereichs der Sanierungssatzung
FSt 240, 807
- Vorliegen städtebaulicher Missstände
FSt 240, 808
- Sind Sanierungsmaßnahmen geboten?
FSt 240, 809
- Werden die in § 136 Abs. 4 BauGB genannten Ziele verfolgt?
FSt 240, 809
- Anforderungen an die Abwägung öffentlicher und privater Belange
FSt 240, 810
- Eine Sanierungssatzung kann für ein Gebiet erneut erlassen werden, wenn die Sanierung an veränderte Rahmenbedingungen und neue Zielsetzungen angepasst werden soll; auch ist die Weiterführung begonnener Projekte damit möglich
FSt 240, 811
- Ausreichende Ermittlungen zu den Kosten der Gesamtmaßnahme?
FSt 240, 811

- Unwirksamkeit einer auf § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB gestützten Vorkaufssatzung wegen fehlender Zuständigkeit der Gemeinde für die Straßenbaulast
FSt 244, 827
- Städtebauliche Maßnahme im Sinn des § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB kann grundsätzlich auch der Bau von Straßen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen ebenso wie kommunale Verkehrspolitik sein
FSt 244, 828
- Gemeinde muss beim Erlass einer Vorkaufssatzung Trägerin der Straßenbaulast sein
FSt 244, 829
- Notwendige Konkretisierung der intendierten Maßnahme
FSt 244, 830
- Vorkaufssatzung darf nicht zur Bodenbeurteilung dienen
FSt 244, 831
- Unwirksamkeit der Satzung
FSt 244, 831

Säumniszuschläge

- Gegen die Höhe des Säumniszuschlags nach § 240 Abs. 1 Satz 1 AO bestehen auch für Zeiträume nach dem 31.12.2018 keine verfassungsrechtlichen Bedenken
GK 83, 234
- Aussetzung der Vollziehung nur bei ernstlichen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit eines Bescheids
GK 83, 234
- Keine ernstlichen Zweifel an Rechtmäßigkeit hinsichtlich der Säumniszuschläge
GK 83, 235

Schadensersatz

- Schlichtungserfordernis vor Klageerhebung bei Streit über Ehrverletzungen
FSt 189, 645
- Kalkulationsirrtum des Bieters als Ausschlussgrund?
FSt 204, 690
- Voraussetzungen für Schadensersatzanspruch eines zu Unrecht ausgeschlossenen Bieters
FSt 204, 691
- Kalkulationsirrtum berechtigt nicht zur Anfechtung
FSt 204, 692
- Anfechtbarkeit des Angebots ist kein Ausschlussgrund
FSt 204, 693
- Bestätigung eines versehentlich falsch kalkulierten angebotenen Preises als unzulässige Nachverhandlung?
FSt 204, 693
- Ausschluss wegen Mischkalkulation?
FSt 204, 694
- Nachteil des Auftraggebers bei Mengenerhöhungen?
FSt 204, 694
- Bestehen eines Schadensersatzanspruchs dem Grunde nach
FSt 204, 695
- Voraussetzungen für den Erlass eines Grundurteils
FSt 204, 695
- Schadensersatzpflicht des Ingenieurs, der wirtschaftliche Belange des Bauherrn nicht berücksichtigt
GK 94, 258

- Ein Ingenieurvertrag kann Werk- oder Dienstvertrag sein GK 94, 258
- Vorliegen eines mangelhaften Werkes GK 94, 259
- Mangelhaftigkeit des Werkes im Zeitpunkt der Abnahme, Nacherfüllung, Verschulden GK 94, 260
- Die mangelhafte Beratung des Ingenieurs muss adäquat kausal für die fehlgeschlagene Investition des Bauherrn sein GK 94, 260
- Eingetretener Schaden GK 94, 261

Schlüsselzuweisungen

- Schlüsselzuweisungen für 2024 GK 142, 385
- Gemeindeschlüsselzuweisungen GK 142, 387
- Landkreissschlüsselzuweisungen GK 142, 388
- Gemeinde- und Landkreissschlüsselzuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung GK 142, 388
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2024 nach Größenklassen GK 142, 389
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2024 nach Größenklassen GK 142, 389
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2024 nach Regierungsbezirken GK 142, 390
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2024 nach Regierungsbezirken GK 142, 390
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2024 nach Regierungsbezirken GK 142, 391
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2024 GK 142, 391

Schriftform

- Reicht eine E-Mail oder eine WhatsApp-Nachricht zur Einhaltung einer vertraglich vereinbarten Schriftform aus? FSt 101, 348
- Die Schriftform der Mängelrüge ist zwingende Voraussetzung für die Verjährungsverlängerung nach § 13 Abs. 5 Nr. 1 Satz 2 VOB/B FSt 101, 349
- Wahrung der durch Rechtsgeschäft bestimmten schriftlichen Form durch telekommunikative Übermittlung? Unterscheidung zwischen WhatsApp-Nachricht und E-Mail erforderlich FSt 101, 349

Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2022 GK 56, 145
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2022 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 56, 145

- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2022 GK 56, 146

Schulen

- Gestattung eines Gastschulverhältnisses FSt 212, 720
- Bek des StMuK vom 25.3.2024 – Änderung der Bekanntmachung über die Hinweise zur Nutzung der IT-Infrastruktur und des Internetzugangs an Schulen (Schulische IT-Infrastruktur und Internetzugang) GK 97, 264
- Bek des StMAS vom 26.9.2024 – Richtlinie zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS-Richtlinie – JaS-RL) GK 218, 552

Schulfinanzierungsgesetz

- Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Schulfinanzierungsgesetz vom 15.1.2024 GK 55, 143
- Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Schulfinanzierungsgesetz vom 26.4.2024 GK 114, 312
- Verordnung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 25.6.2024 GK 155, 432
- Verordnung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 1.7.2024 GK 155, 432

Schulsprengel

- Rechtsschutz einer Gemeinde gegen die Entscheidung des Schulamts als Widerspruchsbehörde über einen Gastschulantrag? FSt 195, 664
- Entscheidungsbefugnisse zwischen dem abgebenden und dem aufnehmenden Schulaufwandsträger FSt 195, 664
- Inhalt und Grenzen der Befugnisse von Ausgangs- und Widerspruchsbehörde im Gastschulantragsverfahren FSt 195, 665
- Keine Klagebefugnis der Gemeinde aufgrund des Wortlauts des Art. 43 Abs. 1 Satz 3 EUG FSt 195, 666

Schwimmbäder

- Zur Verkehrssicherungspflicht einer Kommune in einem von ihr betriebenen Freibad FSt 83, 281
- Verletzung der Pflicht des Freibadbetreibers zur räumlichen Trennung des Kinderplanschbeckens von anderen Becken FSt 83, 282
- Keine Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Badeunfall FSt 83, 282
- Keine Pflicht zur Abschirmung der Liegewiese von den Becken; Aufsichtspflicht der Eltern FSt 83, 283

- Keine Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht durch das Fehlen eines Aufsichtshochsitzes **FSt 83, 283**
- Keine schadensursächliche Pflichtverletzung aufgrund mangelnder Notfallsausrüstung des Freibades **FSt 83, 284**

Selbstverwaltungsrecht

- Keine Verpflichtung einer Kommune zur Fortführung eines Großmarkts **FSt 238, 803**

Sozialgesetzbuch

- Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht 2024 **FSt 76, 255**
- Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung, Bürgergeld und Regelbedarfe **FSt 76, 255**
- Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Tarifautonomie, Mindestlohn **FSt 76, 258**
- Sozialversicherung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch **FSt 76, 259**
- Teilhabe, Belange von Menschen mit Behinderungen, soziale Entschädigung, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz **FSt 76, 262**

Sozialgesetze, Ausführungsgesetz

- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze vom 11.4.2024 **GK 105, 288**

Sozialhilfe

- Die Übernahme von Bestattungskosten in der Sozialhilfe **FSt 28, 89**
- Unbestimmte Rechtsbegriffe auf Tatbestands- und Rechtsfolgende **FSt 28, 89**
- Wunsch- und Wahlrecht des § 9 SGB XII **FSt 28, 90**
- Bindung der Sozialhilfeträger durch die Grundrechte **FSt 28, 90**
- Anspruchsinhaber ist der Kostenverpflichtete **FSt 28, 90**
- Unzumutbarkeit der Kostentragung **FSt 28, 91**
- Wirtschaftliche Bedürftigkeit **FSt 28, 92**
- Nachrang der Sozialhilfe **FSt 28, 92**
- Übernahme der erforderlichen Kosten **FSt 28, 93**
- Rechtsprechungsmaterial zu § 74 SGB XII **FSt 28, 93**
- Sonderfall: Muslimische Bestattung **FSt 28, 93**
- Anspruchsüberleitung nach § 93 SGB XII; Ausübung des Ermessens bei Schenkungsrückforderung **FSt 85, 286**
- Verzicht auf Wohnrecht als überleitungsfähiger Anspruch **FSt 85, 287**
- Ermessensfehler bei der Überleitungsanzeige durch fehlende Anhörung des Schuldners **FSt 85, 288**
- Anhörung der Schenker notwendig, um alle ermessensrelevanten Gesichtspunkte bei der Rückforderung zu ermitteln **FSt 85, 289**

- Ausübung des Ermessens durch Leistungsträger kann nicht durch Gerichte erfolgen **FSt 85, 290**
- Absetzung der Beiträge zu einer noch abzuschließenden Sterbegeldversicherung vom Einkommen bei Bezug von Grundsicherung nach dem SGB XII **FSt 239, 804**
- Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2024 – RBSFV 2024 vom 24.10.2023 **GK 9, 23**
- Verordnung zur Bestimmung der für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a und für die Fortschreibung des Teilbetrags nach § 34 Absatz 3a Satz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch maßgeblichen Prozentsätze sowie zur Ergänzung der Anlage zu §§ 28 und 34 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für das Jahr 2025 (Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2025 – RBSFV 2025) vom 18.10.2024 **GK 218, 552**

Sozialversicherung

- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2024 (Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2024) vom 24.11.2023 **GK 19, 47**

Staatsangehörigkeit

- Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG) **FSt 137, 469**

Standesamt

- Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) **FSt 232, 785**

Statistik

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2023 **GK 24, 54**
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise **GK 24, 55**
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke **GK 24, 56**
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze **GK 24, 57**
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2022 und 2023 **GK 206, 534**
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2022 und 2023 **GK 207, 535**
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2023 nach Gemeindegrößenklassen **GK 208, 536**

Steuereinnahmen

- Steuerschätzung Oktober 2023 **GK 11, 25**
- Erwartetes Steueraufkommen 2023 bis 2028 in Mrd. € **GK 11, 28**

- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 11, 29
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 11, 32
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2022 GK 100, 269
- Steuerschätzung Mai 2024 GK 123, 337
- Erwartetes Steueraufkommen 2023 bis 2028 in Mrd. € GK 123, 340
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 123, 340
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 123, 343
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2023 nach Gemeindegrößenklassen GK 208, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2023 nach Gemeindegrößenklassen GK 209, 537

Steuerkraftzahlen

- Bek des StMFH vom 15.5.2024 – Steuerekraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2025 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2025 – StKraftBek 2025) GK 122, 336
- Die endgültigen Steuerekraftzahlen 2024 GK 134, 362
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerekraftzahlen seit 2016 GK 134, 362
- Anstieg der Steuerekraft GK 134, 363

Steuerrecht

- Verlängerung der steuerlichen Maßnahmen zur Unterstützung der vom Krieg in der Ukraine Geschädigten GK 13, 37
- Steuerrechtsänderungen in 2024 GK 43, 97
- Änderungen im Bereich des Einkommensteuer- und Vermögensbildungsgesetzes (EStG und VermBG) GK 43, 97
- Änderungen im Bereich des Körperschaftsteuergesetzes (KStG) GK 43, 98
- Änderungen im Bereich der Abgabenordnung (AO) GK 43, 99
- Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) GK 43, 99
- Änderung des Stromsteuergesetzes (StromStG) GK 43, 100
- Erneutes BMF-Schreiben zur Mitteilungsverordnung (MV) GK 67, 186
- Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) vom 27.3.2024 GK 80, 216

- Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) GK 101, 276
- Anwendung von bis zum 14.3.2024 ergangenen BMF-Schreiben GK 137, 379
- Bilanzsteuerliche Behandlung von Baukostenzuschüssen sowie Zuschüssen zu Hausanschlusskosten bei Versorgungsunternehmen, die nicht über das wirtschaftliche Eigentum an den Versorgungsleitungen verfügen GK 172, 464
- Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen Eintritt eines rückwirkenden Ereignisses (§ 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 2 AO) GK 181, 486
- Beispiele für das Nichtvorliegen von rückwirkenden Ereignissen GK 181, 487
- § 175 Abs. 2 AO GK 181, 488
- Nachträgliche Erteilung oder Vorlage einer Bescheinigung oder Bestätigung; § 175 Abs. 2 Satz 2 AO GK 181, 488

Strafgesetzbuch

- Bestechung und Bestechlichkeit bei Zulassung der Errichtung einer Windenergieanlage FSt 14, 50

Straßen

- Richtlinien zur Ermittlung der Luftqualität an Straßen ohne und mit lockerer Randbebauung – RLuS 2023 GK 60, 163
- Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Vergütung für die Verwaltung der Kreisstraßen durch den Freistaat Bayern vom 10.5.2024 GK 122, 336

Straßenausbau

- Klage einer Gemeinde gegen den Ausbau einer ihr Gemeindegebiet durchschneidenden Bundesstraße FSt 151, 510
- Vorliegen der Planrechtfertigung FSt 151, 510
- Keine Verletzung der Planungshoheit der Gemeinde FSt 151, 511
- Keine Verletzung des Selbstgestaltungsrechts der Gemeinde FSt 151, 513
- Sachgerechte Alternativenprüfung FSt 151, 514

Straßenausbaubeitrag

- Ablauf der Abrechnungsfrist für Vorauszahlungen auf Straßenausbaubeiträge am 31.12.2024 (Art. 19 Abs. 8 KAG) GK 90, 245
- Gemeindliche Erstattungsansprüche wegen entgenerer Beiträge nur bei Veranschlagung im Vermögenshaushalt GK 180, 481

- Gesetzliche Voraussetzungen eines Erstattungsanspruchs nach Art. 19 Abs. 9 Satz 1 KAG
GK 180, 482
- Beitragsfähigkeit der Straßenausbaumaßnahme nach altem Recht
GK 180, 482
- Qualifizierte haushaltsrechtliche Veranschlagung als zwingende Erstattungsvoraussetzung
GK 180, 483
- Keine erweiternde Auslegung des Art. 19 Abs. 9 Satz 3 Nr. 2 KAG
GK 180, 483
- Keine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Beschränkung des Erstattungsanspruchs
GK 180, 485

Straßenbau

- Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Teil Güteüberwachung, TL G SoB-StB 20/23
FSt 5, 18
- Berücksichtigung von großräumigen Klimawirkungen bei Straßenbauvorhaben (AP Klimaschutz Straße)
FSt 104, 359
- Duldung von Straßenbaumaßnahmen auf Privatgrundstück
FSt 125, 431
- Voraussetzungen des Art. 13 Abs. 1 BayStrWG
FSt 125, 431
- Fehlende Anwendbarkeit des Art. 29 Abs. 1 BayStrWG
FSt 125, 433
- Keine Inanspruchnahme als Zustandsstörer (Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 LStVG)
FSt 125, 434
- Verwirkung des Folgenbeseitigungsanspruchs
FSt 125, 434
- Zum Anspruch eines Eigentümers gegen die Gemeinde, die Wasserzufuhr aus einem in der Straßensaulast der Gemeinde liegenden Stichweg auf sein Grundstück zu unterbinden
FSt 138, 473
- Unterlassungsanspruch aus § 1004 Abs. 1 Satz 2 BGB
FSt 138, 474
- Abschließender Charakter eines Vergleichs
FSt 138, 475
- Inhalt des Anspruchs aus § 1004 Abs. 1 Satz 2 BGB
FSt 138, 475
- Beulverhalten älterer Stahl- und Stahlverbundbrücken – Ergänzungsregelungen
FSt 158, 536
- Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2020 (TL SoB-StB 20)
GK 29, 66
- Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau, Ausgabe 2004/Fassung 2023 (TL Gestein-StB 04/23)
GK 39, 89
- Änderung der Technischen Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau, Ausgabe 2004/Fassung 2023 (TL Gestein-StB 04/23)
GK 102, 286

- Änderung der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (ZTV FRS 2013, Fassung 2017)
GK 111, 307
- Merkblatt für Bankettbefestigungen mit vorgefertigten Befestigungselementen – M BB, Ausgabe 2024
GK 129, 355
- Herstellung von Oberflächentexturen auf Verkehrsflächen aus Beton; Merkblatt M OB – Ausgabe 2024
GK 200, 523

Straßenverkehr

- Verpflichtung zur Führung eines Fahrtenbuchs nach § 31a StVZO
FSt 222, 756
- Verpflichtung zur Führung eines Fahrtenbuchs nach § 31a StVZO als Maßnahme zur vorbeugenden Gefahrenabwehr
FSt 222, 757
- Fahrzeughalter muss an der Ermittlung des Fahrzeugführers mitwirken
FSt 222, 758
- Fahrtenbuchauflage nach § 31a StVZO setzt keine Verletzung der Mitwirkungsobliegenheiten des Fahrzeughalters voraus
FSt 222, 758
- Der Ermittlungsbehörde ist bei einer Übermittlungssperre für die Halterdaten ein längerer Bearbeitungszeitraum zuzubilligen
FSt 222, 758
- Behörden müssen sich die verursachten Verzögerungen gegenseitig zurechnen lassen
FSt 222, 759

Straßenverkehrsgesetz

- Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG)
FSt 245, 832
- Änderung des § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 15 und 16 StVG
FSt 245, 832
- Neuer § 6 Abs. 4a StVG
FSt 245, 833

Straßenverkehrsordnung

- Vorfahrtsregeln auf öffentlichen Parkplätzen
FSt 8, 31
- Anwendbarkeit der StVO auf öffentlichen Parkplätzen
FSt 8, 31
- § 8 Abs. 1 Satz 1 StVO findet auf öffentlichen Parkplätzen ohne ausdrückliche Vorfahrtsregelung keine Anwendung, soweit den dort vorhandenen Fahrspuren kein eindeutiger Straßencharakter zukommt
FSt 8, 32
- „Rechts vor links“ gilt auch nicht im Rahmen der Pflichtenkonkretisierung nach § 1 Abs. 2 StVO
FSt 8, 32
- Verkehrsversuch mit einer Fahrradstraße
FSt 175, 600
- Unfall beim Passieren eines im Einsatz befindlichen Müllfahrzeugs
FSt 199, 680

- Beschränkung der zulässigen Geschwindigkeit auf 30 km/h für einen Streckenabschnitt, den Grundschulkind als Schulweg benutzen
FSt 210, 715
- Rechtsgrundlage für Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs und
FSt 210, 716
- Besondere örtliche Verhältnisse im Sinn von § 45 Abs. 9 Satz 3 StVO
FSt 210, 716
- Gefahrenlage im Sinn von § 45 Abs. 9 Satz 3 StVO
FSt 210, 717
- Ermessensentscheidung der Straßenverkehrsbehörde
FSt 210, 718
- Klage gegen ein Radfahrverbot auf einer Gemeindestraße; Gefahrenlage i.S.d. § 45 Abs. 9 Satz 3 StVO
FSt 233, 787
- Voraussetzungen für Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs auf Grundlage von § 45 Abs. 9 Satz 3 StVO
FSt 233, 787
- Gefälle des betroffenen Streckenabschnitts als mögliche Gefahrenquelle
FSt 233, 788
- Ausbauzustand der Straße als mögliche Gefahrenquelle
FSt 233, 789
- Unübersichtlichkeit als mögliche Gefahrenquelle
FSt 233, 790
- Verkehrsbelastung der Straße als mögliche Gefahrenquelle
FSt 233, 791
- Unfallzahlen als Indiz für das Bestehen einer Gefahrenlage
FSt 233, 791
- Gesamtbetrachtung der konkreten Umstände
FSt 233, 792
- Verhältnismäßigkeit der Anordnung eines Verkehrsverbots
FSt 233, 793
- Anspruch auf Entfernung der Verkehrszeichen
FSt 233, 793
- Zulässigkeit eines Durchfahrverbots für Lkw über 7,5 t
FSt 267, 910
- Klagebefugnis eines Unternehmens gegen ein Durchfahrverbot wegen Eingriffs in die Berufs- bzw. Gewerbefreiheit
FSt 267, 910
- Gefahrenlage im Sinne des § 45 Abs. 9 Satz 3 i.V.m. § 45 Abs. 1 StVO
FSt 267, 912
- Anforderungen an eine sachgerechte Ausübung des Ermessens
FSt 267, 912
- Abwägung zwischen den wirtschaftlichen Interessen des vom Durchfahrverbot betroffenen Unternehmens und der Verkehrssicherheit
FSt 267, 913
- Pflicht zur Prüfung weniger belastender Alternativen
FSt 267, 914

Stromlieferungsvertrag

- Zuordnung eines Stromlieferungsvertrags durch Netzbetreiber
GK 5, 17

Stromversorgung

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2023
GK 109, 303
- Verordnung zur Anpassung der Stromgrundversorgungsverordnung und der Gasgrundversorgungsverordnung zur befristeten Verlängerung der Regelung zur Aussetzung der monatlichen Ratenzahlungsvereinbarungen während der Dauer einer Abwendungsvereinbarung vom 14.6.2024
GK 132, 360

T

Tarifverträge

- Anspruch auf tarifvertragliche Jahresonderzahlung sowie Corona-Sonderzahlung in der Freistellungsphase eines Altersteilzeitarbeitsverhältnisses (TVöD/TV Corona-Sonderzahlung)
GK 4, 15

Teilzeitarbeit

- Lohngleichheit bei Teilzeitbeschäftigung
GK 76, 209

Telekommunikationsgesetz

- Kostentragung für die Verlegung einer Telekommunikationslinie (§§ 130, 133 Telekommunikationsgesetz – TKG)
FSt 132, 450
- Keine Kostenerstattung nach § 130 TKG
FSt 132, 450
- Kein Verkehrsinteresse bei Hochwasserschutzmaßnahme
FSt 132, 451
- § 133 TKG als Rechtsgrundlage der Kostenerstattung
FSt 132, 452
- Durchlass für Flutmulde als spätere besondere Anlage i.S.d. § 133 Abs. 2 Satz 1 TKG
FSt 132, 453
- Verhältnismäßigkeit der Kosten
FSt 132, 454
- Kostenerstattung trotz Selbstvornahme
FSt 132, 455
- Konkurrenz zu anderen Kostenerstattungsanspruchsgrundlagen
FSt 132, 455

Tiefbau

- Merkblatt für Flächenbefestigungen mit Pflasterdecken und Plattenbelägen in ungebundener Ausführung (M FP), Ausgabe 2024
GK 120, 332

Tierschutz

- Tierschutzrechtliche Fortnahme und anderweitige Unterbringung von Greifvögeln
FSt 55, 185
- Tierhalter als richtiger Adressat des Fortnahmebescheids
FSt 55, 185

- Die Einstellung eines Strafverfahrens hindert die auf § 16 TierSchG gestützte Anordnung der Fortnahme von Tieren nicht FSt 55, 186
- Bedeutung von Gutachten beamteter Tierärzte FSt 55, 187
- Anforderungen an die Ausgestaltung von Volieren, Bedeutung der Leitlinien für eine tier-schutzgerechte Haltung von Wild in Gehegen FSt 55, 188
- Erhebliche Vernachlässigung eines Tieres im Sinne des § 16a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 i.V.m. § 2 TierSchG FSt 55, 189
- Verhältnismäßigkeit der sofortigen Wegnahme der Tiere FSt 55, 191

TVöD

- Tarifabschluss 2023 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3.2024 GK 44, 100

U

Umsatzsteuer

- Umsatzsteuerbefreiung für eng mit der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit verbundene Leistungen GK 3, 13
- Nochmals: Umsatzsteuersatz auf die Lieferung von Holzhackschnitzeln – Änderung der Rechtsprechung GK 26, 62
- Umsatzsteuerliche Organschaft: Steuerschuldner und finanzielle Eingliederung GK 35, 78
- Die sich aus dem Umsatzsteuerrecht ergebende Steuerschuldnerschaft des Organträgers für die Umsätze der Organschaft ist unionsrechtskonform GK 35, 79
- Erfüllung der Voraussetzungen für das Vorliegen einer Organschaft i.S. des Umsatzsteuerrechts GK 35, 80
- Zur Steuerbarkeit der Leistungen der Organgesellschaft gegenüber dem Organträger GK 35, 83
- Besteuerung von in Kindertageseinrichtungen und Schulen erzielten Umsätzen im zeitlichen Anwendungsbereich von § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) GK 75, 205
- Elternbeiräte GK 75, 206
- Schulfirmen/Schulprojekte GK 75, 208
- Schülerfirmen GK 75, 209
- Fördervereine GK 75, 209
- Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) GK 101, 276

- Änderungen im Bereich der Umsatzsteuer (Art. 20 bis 24 Wachstumschancengesetz) GK 101, 282
- Zum Vorsteuerabzug bei kommunalen Kuranlagen; Anschlussurteil des Bundesfinanzhofs zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 13.7.2023 GK 118, 325
- Umsatzsteuerrechtliche Voraussetzung für den Vorsteuerabzug GK 118, 325
- Unionsrechtliche Grundlagen für den Vorsteuerabzug GK 118, 325
- Wirtschaftliche Tätigkeiten zur Erbringung entgeltlicher Leistungen setzen einen Leistungsaustausch voraus GK 118, 326
- Zusammenhang zwischen der erbrachten Leistung und der entgeltlichen Gegenleistung erforderlich GK 118, 326
- Die Bereitstellung von Kureinrichtungen stellt keine Leistung gegen Entgelt dar GK 118, 326
- Information zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Verpflegungsleistungen in Schulen und Kindertagesstätten GK 126, 352
- Umsatzsteuerbefreiungen GK 126, 352
- Umsatzsteuerpflicht GK 126, 352
- Nochmals: Zum Vorsteuerabzug bei kommunalen Kuranlagen GK 144, 394
- Grundsätzliche Ausführungen zum Vorsteuerabzug, zum Leistungsaustausch sowie zum erforderlichen Zusammenhang von Leistung und entgeltlicher Gegenleistung GK 144, 396
- Unterschiede zwischen dem laufenden Verfahren und dem Verfahren, das zum EuGH-Urteil vom 13.7.2023 geführt hat GK 144, 396
- Die unentgeltliche Überlassung von Kureinrichtungen an die Einwohner ist eine nicht wirtschaftliche Tätigkeit GK 144, 401

Umweltschutz

- Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungs-gesetz – WPG) FSt 88, 296
- Ziel des Gesetzes: § 1 WPG FSt 88, 296
- Ziele für die leitungsgebundene Wärmeversorgung: § 2 WPG FSt 88, 297
- Pflicht zur Wärmeplanung; bestehender Wärmeplan: §§ 4, 5 WPG FSt 88, 298
- Aufgabe der planungsverantwortlichen Stelle: § 6 WPG FSt 88, 298
- Beteiligung der Öffentlichkeit, der Träger öffentlicher Belange, der Netzbetreiber sowie weiterer natürlicher oder juristischer Personen: § 7 WPG FSt 88, 299
- Energieinfrastrukturplanungen: § 8 WPG FSt 88, 299

- Berücksichtigung des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG); Berücksichtigung von Transformationsplänen; Beachtung allgemeiner Grundsätze: § 9 WPG FSt 88, 300
- Ablauf der Wärmeplanung: § 13 WPG FSt 88, 300
- Eignungsprüfung und verkürzte Wärmeplanung: § 14 WPG FSt 88, 301
- Bestandsanalyse: § 15 WPG FSt 88, 302
- Potenzialanalyse: § 16 WPG FSt 88, 302
- Zielszenario: § 17 WPG FSt 88, 302
- Einteilung des beplanten Gebiets in voraussichtliche Wärmeversorgungsgebiete: § 18 WPG FSt 88, 302
- Vereinfachtes Verfahren für die Wärmeplanung: § 22 WPG FSt 88, 303
- Wärmeplan: § 23 WPG FSt 88, 303
- Fortschreibung des Wärmeplans: § 25 WPG FSt 88, 304
- Verordnungsermächtigungen: § 33 WPG FSt 88, 304

Unterhalt

- Sechste Verordnung zur Änderung der Mindestunterhaltsverordnung vom 29.11.2023 GK 19, 48

Urheberrecht

- Recht einer Gemeinde zur Umgestaltung eines Platzes trotz Eingriffs in ein urheberrechtlich geschütztes Bauwerk FSt 194, 657
- Planung eines öffentlichen Platzes als urheberrechtlich geschütztes Werk der Baukunst im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 4 UrhG (bejaht) FSt 194, 658
- Erhebliche Beeinträchtigung der geschützten Planung eines Stadtplatzes durch die Errichtung eines Zauns (bejaht) FSt 194, 659
- Abwägung des Interesses des Urhebers an der Beibehaltung des unveränderten Bauwerks mit dem Interesse des Eigentümers an dessen Veränderung FSt 194, 660

Urlaub

- Verfall von Urlaub bei objektiv unmöglicher Mitwirkungsobliegenheit des Arbeitgebers FSt 75, 253
- Urlaubsansprüche bei Doppelarbeitsverhältnis während des Kündigungsprozesses FSt 225, 764

Urlaubsabgeltung

- Urlaub – 15 Monatsfrist – Langzeiterkrankung – Tilgung von Urlaubsansprüchen bei fehlender Tilgungsbestimmung des Arbeitgebers GK 84, 236

Urlaubsverordnung

- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Urlaubs- und Mutterschutzverordnung FSt 191, 649

V

Veränderungssperre

- Veränderungssperre nach § 16 NABEG zur Sicherung der Planfeststellung einer Höchstspannungsleitung; Abwägung mit dem Belang der Trinkwassersicherheit der Gemeinde FSt 149, 500
- Erschwernisse, die durch eine Veränderungssperre nach § 16 NABEG abgewehrt werden sollen FSt 149, 501
- Möglichkeit einer erheblichen Erschweris der Trassierung reicht für eine Veränderungssperre aus FSt 149, 502

Vergabe öffentlicher Aufträge

- HOAI: Die Leistungsphase 1 muss nicht stets mit ausgeschrieben werden FSt 10, 36
- Nachprüfungsverfahren: Bekommt der Auftraggeber im Falle des Obsiegens die ihm entstandenen Anwaltskosten erstattet? FSt 11, 37
- Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls FSt 11, 38
- Vorliegen tatsächlich und rechtlich nicht einfach zu beurteilender vergaberechtlicher Verstöße FSt 11, 39
- Notwendigkeit der Beiziehung eines Rechtsanwalts, obwohl der Auftraggeber eigenes juristisches Personal beschäftigt FSt 11, 40
- Sind die HOAI und Angebotspreise aus früheren Vergaben geeignete Grundlagen für die Schätzung des Auftragswerts? FSt 23, 77
- Die Honorarregelungen der HOAI sind für öffentliche Auftraggeber nicht (mehr) verbindlich FSt 23, 78
- Ordnet die Vergabestelle das Honorar des Fachplaners (freiwillig) einer Honorarzone der HOAI zu, ist zu prüfen, ob diese Zuordnung für die Auftragswertberechnung vertretbar ist FSt 23, 78
- Angebote aus früheren Vergabeverfahren als realistischer Ausgangspunkt für die Auftragswerterschätzung FSt 23, 79
- Zur Zulässigkeit einer Generalplanervergabe für ein Hallenbad, wenn fachplanungsübergreifende Lösungsvorschläge im Rahmen der Zuschlagswertung berücksichtigt werden sollen FSt 36, 117

- Ob statt einer losweisen Vergabe eine Generalplanervergabe möglich ist, setzt eine Interessenabwägung voraus FSt 36, 117
- Die Interessenabwägung Losvergabe/Generalplanervergabe muss fallspezifisch und im Detail erfolgen FSt 36, 119
- Das Interesse des Auftraggebers, fachplanungsübergreifende Lösungsvorschläge bereits im Rahmen der Vergabe als Zuschlagskriterium berücksichtigen zu können, als Grund für eine Gesamtvergabe FSt 36, 119
- Zulässigkeit negativer Preise FSt 57, 196
- Die Vorgabe im HVA B-StB EU, dass Hauptangebote mit negativen Einheitspreisen von der Wertung ausgeschlossen werden, soweit sie nicht ausdrücklich zugelassen sind, ist unwirksam FSt 57, 197
- Ein Verbot negativer Einheitspreise kann nicht dadurch gerechtfertigt werden, dass eine vertragsgerechte Leistung und fristgerechte Fertigstellung sichergestellt werden sollen FSt 57, 198
- Ein Angebot mit negativem Einheitspreis ist nicht als solches wegen „Unauskömlichkeit“ i. S. des § 16d EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A auszuschließen FSt 57, 199
- Ein negativer Einheitspreis darf nicht Resultat einer Mischkalkulation sein FSt 57, 199
- Der öffentliche Auftraggeber kann sich in der Aufforderung zur Angebotsabgabe die Aufgliederung der Einheitspreise von Nachunternehmern vorbehalten FSt 67, 236
- Es ist zulässig, im Formblatt 223 die Aufgliederung der Einheitspreise von Nachunternehmern zu verlangen FSt 67, 237
- Die Aufgliederung von Nachunternehmerpreisen dient der nach § 16d EU VOB/A zulässigen Preisprüfung FSt 67, 238
- Erklärungen des Bieters fehlen im vergaberrechtlichen Sinn nicht nur dann, wenn sie überhaupt nicht eingereicht sind, sondern auch, wenn sie unvollständig sind FSt 67, 238
- Eine Nachforderung von Unterlagen ist ausgeschlossen, wenn diese erst auf gesondertes Anfordern nach Angebotsabgabe einzureichen waren FSt 67, 239
- Der Ausschluss eines Angebots ist auch gerechtfertigt, wenn der Bieter eine vorgegebene Frist nicht einhält FSt 67, 239
- Vergabewesen: Neue Schwellenwerte für 2024/2025 FSt 69, 240
- Schätzung des Auftragswerts bei Planungsleistungen nach dem Wegfall des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV FSt 92, 314
- Grundsätzliches zur Schätzung des Auftragswerts FSt 92, 315
- Ob ein einheitlicher Auftrag vorliegt, erfordert eine „funktionale Betrachtung“ FSt 92, 315
- Eine Additionspflicht des Auftragswerts für Planungsleistungen besteht, wenn ein enger funktionaler Zusammenhang zwischen den Planungsleistungen vorliegt FSt 92, 316
- Beispiele für Planungsleistungen, für die keine Additionspflicht besteht FSt 92, 317
- Weitere Hinweise des StMB an die staatlichen Vergabestellen FSt 92, 317
- Hinweise des StMI an die staatlichen Rechtsaufsichtsbehörden bezüglich der Vergabe von Planungsleistungen durch kommunale Auftraggeber FSt 92, 318
- Gemeinsame Vergabe von Bau- und Planungsleistungen löst keine rechtsaufsichtlichen Schritte aus FSt 92, 318
- Auswirkungen der Streichung des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV auf laufende Beschaffungsmaßnahmen FSt 92, 318
- Voraussetzungen für die Heilung einer fehlenden europaweiten Bekanntmachung durch eine Ex ante-Transparenzbekanntmachung nach § 135 Abs. 3 GWB FSt 126, 435
- Voraussetzungen für eine Vergabe im Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen fehlenden Wettbewerbs aus technischen Gründen (§ 14 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. b VgV) FSt 126, 437
- Anforderungen an die Vertretbarkeit der Ansicht des Auftraggebers, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist FSt 126, 439
- Wann hat der Auftraggeber Anspruch, ungefragt über eine Vorstrafe des Planers aufgeklärt zu werden? FSt 139, 476
- Grundsätzliches zur Aufklärungspflicht des Bieters über Vorstrafen FSt 139, 476
- Aufklärungspflicht über Vorstrafe wegen Bestechlichkeit, wenn die Leistungsphase 7 der HOAI Vertragsgegenstand sein soll FSt 139, 478
- Unzulässigkeit der Vorgabe absehbar nicht marktgerechter Maximalstundensätze für den auf Stundenhonorarbasis zu vergütenden Teil des Auftrags bei gleichzeitig mehrjähriger Vertragslaufzeit FSt 152, 515
- Verbot von Vorgaben, die eine kaufmännisch vernünftige Angebotskalkulation unzumutbar machen FSt 152, 517
- Festlegung absehbar nicht marktgerechter Maximalstundensätze FSt 152, 517
- Bieter können niedrige Maximalstundensätze nicht durch einen entsprechenden Zuschlag auf das Gesamthonorar ausgleichen FSt 152, 518

- Bedeutsamkeit der Stundensatzvergütung für die Gesamtkalkulation FSSt 152, 518
- Unzumutbarkeit einer kaufmännisch vernünftigen Kalkulation; Abwägung der Interessen von Auftraggeber und Bieter FSSt 152, 519
- Wie ist mit Optionen bei der Ausschreibung und bei der Wertung umzugehen? FSSt 163, 557
- Sind Wartungsleistungen anzubieten, müssen die Preise dafür in die Wertung der Angebote einbezogen werden FSSt 173, 598
- Wann liegt bei mehreren Gebäuden eine Gesamtbaumaßnahme vor, so dass die Baukosten für die Auftragswertschätzung zu addieren sind? FSSt 234, 794
- Die Auftragswertschätzung des Auftraggebers muss auf sorgfältig ermittelten Grundlagen beruhen FSSt 234, 794
- Maßgeblicher Grundsatz für die schätzweise Gesamtermittlung ist bei mehreren Gebäuden eine funktionelle Betrachtungsweise FSSt 234, 795
- Beispiele für Baumaßnahmen mit und ohne funktionellen Zusammenhang FSSt 234, 795
- Anwendung des Vergaberechts im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden FSSt 235, 797
- Fristverkürzungen bei Verfahren oberhalb der EU-Schwellenwerte FSSt 235, 798
- Zulässigkeit des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb FSSt 235, 798
- Durchführung des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb FSSt 235, 799
- Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte FSSt 235, 799
- Ausweitung bestehender Verträge FSSt 235, 800
- Nachweis der Eignung; Vorlage der Kalkulation von Nachunternehmern; Nachforderung von Unterlagen FSSt 246, 834
- Anforderungen an den Nachweis der Eignung dürfen nicht zugunsten eines Bieters reduziert werden FSSt 246, 835
- Die Verpflichtung der Bieter, die Kalkulationsunterlagen von Nachunternehmern vorzulegen, ist zulässig FSSt 246, 836
- Auf gesonderte Anforderung nicht rechtzeitig vorgelegte Unterlagen dürfen nicht nochmals angefordert werden FSSt 246, 836
- Das Gebot produktneutraler Ausschreibung ist eine Grundsäule des diskriminierungsfreien Wettbewerbs FSSt 247, 838
- Rechtliche Vorgaben für eine produkt- bzw. herstellerneutrale Leistungsbeschreibung FSSt 247, 838
- Ausnahmen vom Grundsatz produktneutraler Ausschreibung FSSt 247, 838
- Dokumentation der Gründe für konkrete Produktvorgaben FSSt 247, 839
- Preisliche Ausreißer belegen noch keine Mischkalkulation; Mischkalkulationen erfordern unzulässige Preisverlagerungen FSSt 257, 875
- Aus gegebenem Anlass kann ein Auftraggeber eine Preisprüfung von Einheitspreisen auch unterhalb der sog. Aufgreifschwelle vornehmen FSSt 257, 876
- Eine Angebotsstruktur mit deutlich niedrigen Preisen einerseits und auffällig hohen Preisen andererseits gibt Anlass für die Prüfung einer Preisverlagerung FSSt 257, 877
- Sondersituation, wenn ein Bieter die ihm vom Subunternehmer angebotenen Preise übernimmt FSSt 257, 878
- Würdigung von Bagatellpreisen einzelner Positionen FSSt 257, 878
- Angebotsausschluss wegen Unauskömmlichkeit FSSt 257, 879
- Unzulässigkeit nachträglicher Zuschlagsunterkriterien FSSt 268, 914
- Bedeutung von Zuschlagskriterien für die Wertung FSSt 268, 915
- Ein Zuschlagsunterkriterium liegt vor, wenn die Regelung unmittelbar Einfluss auf das Wertungsergebnis hat FSSt 268, 917
- Würdigung des konkreten Falls, Unzulässigkeit des nachträglichen Zuschlagsunterkriteriums FSSt 268, 917
- Kausalität des Vergabeverstoßes FSSt 268, 918
- Zurücksetzung in den Stand vor Aufforderung zur Angebotsabgabe FSSt 268, 919
- Kommunale Auftragsvergaben; Einführung neuer elektronischer Standardformulare (eForms) für EU-Bekanntmachungen ab 25.10.2023 GK 7, 20
- Ausschluss des Bieters wegen früherer Verfehlungen GK 59, 159
- Auch wenn der Auftragnehmer Bedenken geltend macht, darf er davon unabhängige Arbeitsbereiche nicht einfach einstellen GK 59, 160
- Auch die Nichtwahrnehmung von Jour-fixe-Terminen ist ein wesentlicher Mangel GK 59, 160
- Eine wesentliche Vertragsverletzung liegt auch bei Auswirkungen auf parallele oder Folge-gewerke vor GK 59, 161
- Kündigung der vorhergehenden Aufträge GK 59, 162
- Ausschluss eines Bieters; Ermessensentscheidung GK 59, 162

- Prüfung der Verhältnismäßigkeit des Bieter-Ausschlusses GK 59, 162
- Verordnung zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften vom 7.2.2024 GK 63, 167
- Für nationale Vergaben unterhalb der Schwellenwerte gilt die Informations- und Wartepflicht des § 134 GWB nicht GK 69, 187
- Ein Bieter ist nicht verpflichtet, nach erhobener Rüge eine Frist bis zur Einreichung seines Nachprüfungsantrags einzuhalten GK 79, 215
- Die zweite Chance GK 103, 286
- Ausschluss des Bieters bei ungewöhnlich niedrigem Angebotspreis GK 121, 334
- Ermessensentscheidung bei § 60 Abs. 3 Satz 1 VgV GK 121, 334
- Gebundene Entscheidung bei § 60 Abs. 3 Satz 2 VgV GK 121, 335
- Drittschutz des § 60 VgV GK 121, 335
- Anforderungen an den Bieter im Rahmen der Preisprüfung GK 121, 335
- Nachforderung von Unterlagen außerhalb des Baubereichs GK 130, 357
- Unterlagen nachzufordern dient wirtschaftlicher Vergabe GK 130, 357
- Außerhalb der VOB/A steht die Nachforderung von Unterlagen im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle GK 130, 357
- Eignungs- und Preisprüfung sind originäre Aufgaben der Vergabestelle; regelmäßig keine Erstattung von Rechtsanwaltskosten GK 154, 430
- Sind die Vergabeunterlagen nicht eindeutig, kann das Angebot eines Bieters, der sich für eine mögliche Auslegung entscheidet, nicht ausgeschlossen werden GK 168, 454
- Sinn und Zweck des Verbots, Änderungen an den Vergabeunterlagen vorzunehmen GK 168, 454
- Ein Angebotsausschluss wegen Änderung der Vergabeunterlagen kommt nur in Betracht, wenn die Vergabeunterlagen klar und eindeutig sind GK 168, 455
- Unter verschiedenen Zuschlagskriterien hat der Auftraggeber die Wahl; Wertung im IT-Bereich GK 176, 474
- Grundsätzliches zur Festlegung der Zuschlagskriterien GK 176, 474
- Wertung im IT-Bereich nach der Einfachen Richtwertmethode GK 176, 475
- Sektorenverordnung: Auch nachträglich aufgestellte Unterkriterien sind bekannt zu machen GK 214, 548
- Die erforderliche Ausstattung des Bieters muss erst im Zeitpunkt des Ausführungsbeginns vorliegen GK 215, 550

Verjährung

- Mietrecht: Der Auskunftsanspruch des Mieters gegen den Vermieter nach den Vorschriften zur sog. Mietpreisbremse (§ 556g Abs. 3 BGB) verjährt in drei Jahren GK 86, 238

Verkehrsanlagen

- Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen, Ausgabe 2012/ Fassung 2024 (RSfO 12/24) FSt 135, 464
- Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen (RSfO 12/24) auch Kommunen empfohlen FSt 248, 840

Verkehrssicherungspflicht

- Strafbarkeit eines Bürgermeisters wegen Ertrinkens mehrerer Kinder in einem Teich der Gemeinde (verneint); Verletzung der Verkehrssicherungspflicht durch Unterlassen (bejaht) FSt 106, 364
- Der Umfang der strafrechtlich sanktionierten Verkehrssicherungspflicht bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalls FSt 106, 365
- Begrenzung der Verkehrssicherungspflicht durch das allgemeine Lebensrisiko FSt 106, 366
- Bestehen einer Verkehrssicherungspflicht im konkreten Fall (bejaht) FSt 106, 368
- Erforderliche Maßnahmen zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht im konkreten Fall FSt 106, 369
- Nicht erforderliche Maßnahmen zur Verkehrssicherung im konkreten Fall FSt 106, 369
- Kausalität des pflichtwidrigen Unterlassens erforderlicher Maßnahmen zur Verkehrssicherung für den Tod der Kinder (verneint) FSt 106, 370

Versammlungsrecht

- Allgemeinverfügung zur Beschränkung nicht angezeigter Versammlungen der Gruppierung „Letzte Generation“ FSt 7, 26
- Rechtlicher Maßstab für Versammlungsbeschränkungen FSt 7, 27
- Zulässigkeit der Beschränkung durch Allgemeinverfügung FSt 7, 28
- Unmittelbare konkrete Gefahren durch nicht angezeigte Straßenblockaden FSt 7, 28
- Flächendeckende Beschränkungen ohne Rücksicht auf Ort, Zeit und Form der Versammlung im Einzelfall sind nicht rechtmäßig FSt 7, 29
- Pauschale Verweise auf die Strafbarkeit einer Nötigung, den Verstoß gegen die Anzeigepflicht und frühere Übergriffe auf Teilnehmer rechtfertigen keine Einschränkung der Versammlungsfreiheit FSt 7, 30

- 40-tägige Versammlung zum Schutz des ungeborenen Lebens vor einer Beratungsstelle nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz FSt 21, 70
- Eine von Anfang an unfriedliche Versammlung muss nicht aufgelöst werden, bevor polizeiliche Maßnahmen gegenüber ihren Teilnehmern ergriffen werden können FSt 172, 596
- Verbot von Hupen als Kundgebungsmittel? FSt 221, 753
- Hinreichende Gefahrenprognose bezüglich der Lärmbelästigung FSt 221, 753
- Unverhältnismäßigkeit eines generellen Verbots von Hupen als Kundgebungsmittel FSt 221, 755

Versorgung

- Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten ist irrelevant für die Festsetzung ihrer Versorgungsbezüge FSt 165, 561
- Bek des StMFH vom 18.3.2024 – Änderung der Ergänzungsabfindungsbekanntmachung GK 88, 240

Vertrag

- Die Prüfung der Standsicherheit durch einen Prüfingenieur ist nicht Dienst-, sondern Werkleistung GK 78, 214

Vertragsstrafen

- Unwirksamkeit einer vom Auftraggeber in einem Einheitspreisvertrag verwendeten Vertragsstrafenklausel FSt 157, 532
- Grundsätze zur Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen FSt 157, 533
- „Auftragssumme“ im Sinne der Vertragsklausel ist die vor der Ausführung vereinbarte Vergütung FSt 157, 533
- 5 % der tatsächlich an den Auftragnehmer zu zahlenden Vergütung als Höchstgrenze einer Vertragsstrafenregelung in AGB FSt 157, 534
- „Auftragssumme“ als Bezugsgröße der Vertragsstrafe beeinträchtigt den Auftragnehmer im Einheitspreisvertrag unangemessen FSt 157, 535
- Auch ein praktisches Bedürfnis kann die Anknüpfung an die „Auftragssumme“ nicht rechtfertigen FSt 157, 535
- Auswirkungen auf die Vertragsstrafe, wenn es zu Verzögerungen der Bauausführung durch einen oder beide Vertragspartner kommt GK 38, 86
- Grundlegendes zum Verfall von Vertragsstrafen GK 38, 86
- Zum Vorliegen und zu den Folgen sogenannter Doppelkausalität GK 38, 88

Verwaltungsgerichtsordnung

- Passivlegitimation einer kreisfreien Gemeinde bei Ausübung des naturschutzrechtlichen Vorkaufsrechts FSt 58, 200
- Sorgfaltsanforderungen an eine Behörde bei Einreichung fristgebundener Schriftsätze; hier: Berufungsbegründungsfrist FSt 70, 241
- Grundsätze für die Wiedereinsetzung in eine Frist; unverschuldete Fristversäumnis einer Behörde FSt 70, 241

Video

- Erfolgreiche Klage auf Unterlassung der Videoüberwachung einer kommunalen Naherholungsfläche durch die Gemeinde FSt 117, 404
- Der Schutz der in Art. 24 Abs. 1 BayDSG bezeichneten Gebäude und Orte durch eine Videoüberwachung unterfällt der DSGVO FSt 117, 405
- Der Anspruch auf Unterlassung der Datenverarbeitung aus § 1004 Abs. 1 Satz 2 BGB analog ist nicht durch Art. 79 Abs. 1 DSGVO ausgeschlossen FSt 117, 406
- Klagebefugnis bei Identifizierbarkeit der beobachteten Personen FSt 117, 407
- Die gerichtliche Geltendmachung eines öffentlich-rechtlichen Unterlassungsanspruchs analog § 1004 Abs. 1 Satz 2 BGB setzt nicht die Durchführung eines Widerspruchsverfahrens voraus FSt 117, 408
- Anforderungen des Art. 24 Abs. 1 BayDSG an die Verarbeitung personenbezogener Daten mit Hilfe einer Videoüberwachung FSt 117, 408
- Gewidmete Grünanlagen als öffentliche Einrichtung FSt 117, 408
- Videoüberwachung zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe im Sinne von Art. 24 Abs. 1 BayDSG und Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO FSt 117, 409
- Geeignetheit und Erforderlichkeit der Videoüberwachung (verneint) FSt 117, 410
- Abwägung des Interesses der von der Videoüberwachung betroffenen Personen mit dem Interesse der Kommune an der Videoüberwachung FSt 117, 411

VOB

- Eine trotz sachgerechter Ausschreibung verbleibende Ungewissheit (hier bezüglich der Dicke des zu entfernenden mit Asbest kontaminierten Putzes) muss ein fachkundiger Beter bei seiner Kalkulation berücksichtigen FSt 43, 144

- Bei einer öffentlichen Ausschreibung ist für deren Verständnis das gesamte Vertragswerk zugrunde zu legen **FSt 43, 145**
- Bedeutung der Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (ATV) und der DIN-Vorschriften für die Auslegung von Ausschreibungen **FSt 43, 146**
- Zulässigkeit der Ausschreibung des Abbaus von Asbest nach m² und des Entfernens nach Tonnen **FSt 43, 147**
- Aufwendungsersatz für Mängelbeseitigungskosten: Der Auftraggeber muss nicht die billigste Firma beauftragen **FSt 170, 593**
- Ausnahmsweise Pflicht der Baufirma zur Selbstauführung **GK 16, 42**
- Nachtragsangebote umfassen grundsätzlich sämtliche Mehrkosten **GK 140, 382**

VOL

- Schreibt ein Sektorenauftraggeber die Vergabe eines Fahrradverleihsystems aus, unterfällt dies nicht der Sektorenverordnung, sondern der VOL **GK 113, 311**

Volksbegehren, Volksentscheid

- Volksbegehren „Radentscheid Bayern“ gescheitert **FSt 1, 1**

Vorbescheid

- Immissionsschutzrechtlicher Vorbescheid zur Errichtung von Windenergieanlagen, Zurückstellung der Entscheidung über die Erteilung eines Vorbescheids entsprechend § 15 Abs. 3 BauGB **FSt 6, 21**
- Anwendbarkeit des § 15 Abs. 3 BauGB im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren und Einhaltung der Frist des § 15 Abs. 3 Satz 3 BauGB **FSt 6, 22**
- Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Zurückstellungsentscheidung **FSt 6, 23**
- Anforderungen an die begonnene Planung der Gemeinde, die erfüllt sein müssen, um die Aussetzung eines Baugesuchs zu begründen **FSt 6, 23**
- Erforderlichkeit eines schlüssigen gesamtäumlichen Planungskonzepts **FSt 6, 24**

Vorkaufsrecht

- Gemeindliches Vorkaufsrecht, Vorkaufssatzung (§ 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB), Satzungsbeschluss in nichtöffentlicher Sitzung und dessen rückwirkende Heilung **FSt 62, 215**
- Formelle Rechtmäßigkeit der Vorkaufssatzung **FSt 62, 215**

- Materielle Voraussetzungen der Vorkaufssatzung **FSt 62, 217**
- Verhältnis der Vorkaufsrechte zueinander (Konkurrenz) **FSt 62, 219**
- Ausübung eines naturschutzrechtlichen Vorkaufsrechts durch die Kreisverwaltungsbehörde zugunsten einer Gemeinde **FSt 184, 626**
- Die Frist für die Ausübung des „naturschutzrechtlichen“ Vorkaufsrechts wird erst durch die Mitteilung eines (vollständigen) Kaufvertrags gegenüber der unteren Naturschutzbehörde ausgelöst **FSt 184, 627**
- Bei einer Vorkaufsausübung durch die Kreisverwaltungsbehörde zugunsten einer kreisangehörigen Gemeinde obliegt die Anhörungspflicht der Kreisverwaltungsbehörde, nicht der Gemeinde **FSt 184, 628**
- Grundstücke im Eigentum der öffentlichen Hand gewährleisten die Ziele von Naturschutz und Landschaftspflege besser als Grundstücke in der Hand von Privatpersonen **FSt 184, 629**
- Ausübung des Vorkaufsrechts durch die Gemeinde und Festsetzung des Kaufpreises **FSt 216, 729**
- Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 28 BauGB durch Verwaltungsakt **FSt 216, 730**
- Keine Befugnis der Gemeinde zur hoheitlichen Bestimmung des Kaufpreises beim Vorkaufsrecht nach § 28 Abs. 2 BauGB **FSt 216, 730**
- Zulässige Bestimmung des Kaufpreises durch die Gemeinde bei den Vorkaufsrechten nach § 28 Abs. 3 und 4 BauGB **FSt 216, 731**
- Auch eine nur teilweise Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 2 BauGB führt nicht zur Befugnis der Gemeinde zur Bestimmung eines Teilkaufpreises **FSt 216, 731**
- Die Höhe des Teilkaufpreises ist nach zivilrechtlichen Grundsätzen zu ermitteln **FSt 216, 732**
- Bei fehlender Einigung über den Teilkaufpreis sind die Zivilgerichte zuständig **FSt 216, 732**
- Die rechtswidrige Festsetzung des Teilkaufpreises führt nicht zur Rechtswidrigkeit der Ausübung des Vorkaufsrechts im Übrigen **FSt 216, 732**
- Zuständigkeit des Gemeinderats für die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts zugunsten eines Dritten nach § 27a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB a.F. / Nr. 1 n.F. **FSt 264, 898**
- Zuständigkeit des Gemeinderats für Bürgerschaften, Gewährverträge und vergleichbare Rechtsgeschäfte **FSt 264, 899**
- Schuldrechtliche Verpflichtung der Gemeinde bei Bestellung eines Vorkaufsrechts zugunsten eines Dritten **FSt 264, 900**

- Keine Zuständigkeit des Bürgermeisters durch Übertragung in der Geschäftsordnung, wenn Wertgrenze überschritten ist **FS** 264, 901
- Unbeachtlichkeit der Kompetenzüberschreitung nach § 46 VwVfG? **FS** 264, 901

W

Waffenrecht

- Feststellung der fehlenden Zuverlässigkeit für ein Verbot des Besitzes und Erwerbs erlaubnisfreier Waffen **FS** 103, 356
- Erforderlichkeit einer Prognoseentscheidung **FS** 103, 356
- Prognose bei der Anwendung des § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WaffG **FS** 103, 357
- Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit bei Mitgliedschaft in der Partei „Die Heimat“ (früher: NPD) **FS** 161, 543
- Vorliegen nachträglicher Tatsachen i.S.d. § 45 Abs. 2 WaffG, wenn die Unterstützung für die Partei „Die Heimat“ nach Erteilung der waffenrechtlichen Erlaubnis erheblich intensiviert wurde **FS** 161, 544
- Unzuverlässigkeit gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b WaffG (2020) bei Mitgliedschaft in der Partei „Die Heimat“ **FS** 161, 545
- Verfassungsmäßigkeit des § 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b WaffG (2020) **FS** 161, 546
- Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit wegen „Unterstützung“ einer Partei (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. c WaffG (2020)) **FS** 161, 546
- Keine Entkräftung der Regelvermutung des § 5 Abs. 2 WaffG **FS** 161, 547
- Umdeutung eines Widerrufsbescheids nach § 45 Abs. 2 Satz 1 WaffG in einen Rücknahmebescheid nach § 45 Abs. 1 WaffG **FS** 161, 548
- Widerruf einer Waffenbesitzkarte **FS** 161, 549
- Ungültigerklärung und Einziehung eines Jagdscheins gemäß § 18 des Bundesjagdgesetzes **FS** 161, 550
- Beibehalten der Mitgliedschaft in einer Partei und die Bezahlung der Mitgliedsbeiträge als nachträgliche Änderungen der Sachlage? **FS** 161, 550

Wahlen

- Anforderungen an das Verbot eines Wahlplakats wegen einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung **FS** 33, 107
- Rechtsgrundlage für das Verbot eines Wahlplakats **FS** 33, 108

- Auslegungsgrundsätze für die Erfassung des Inhalts von (auf Wahlplakaten enthaltenen) Meinungsäußerungen **FS** 33, 108
- Auslegungsgrundsätze für mehrdeutige Äußerungen **FS** 33, 110
- Notwendigkeit der Berücksichtigung eines Wahlkampfes als Begleitumstand **FS** 33, 110
- Erfordernis des Eingehens auf andere Deutungsvarianten des auf einem Wahlplakat verwendeten Slogans (hier: „Migration tötet“) **FS** 33, 110
- (Fehlender) Ausschluss strafrechtlich irrelevanter Auslegungsvarianten des auf einem Wahlplakat verwendeten Slogans **FS** 33, 111
- Die parteiliche Programmatik kann zur Bestimmung des Bedeutungsinhalts einer Wahlwerbung nicht herangezogen werden **FS** 33, 112

Wasserhaushaltsgesetz

- Gewässerausbau mit dem Ziel, das Verbot der Ausweisung von Baugebieten in Überschwemmungsgebieten zu überwinden; Begriff des Auwalds im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) **FS** 196, 666
- Planrechtfertigung eines Hochwasserschutzvorhabens, in dessen Folge die Einstufung eines Gebiets als Überschwemmungsgebiet entfallen und damit § 78 Abs. 1 Satz 1 WHG der Ausweisung eines Baugebiets nicht mehr entgegenstehen soll **FS** 196, 667
- Die Zerstörung von Auwäldern ist kein zwingender Versagungsgrund im Sinne des WHG **FS** 196, 668
- Zum Begriff des Auwalds im WHG **FS** 196, 668

Wasserrecht

- Die Auflösung eines Wasser- und Bodenverbands nach § 62 Abs. 2 Satz 2 Wasserverbandsgesetz (WVG) erfordert einen Verwaltungsakt **FS** 81, 277
- Inhalt der Befugnisnorm zur aufsichtsbehördlichen Auflösung eines Wasser- und Bodenverbands in § 62 Abs. 2 Satz 2 WVG **FS** 81, 277
- Die Auslegung des § 62 Abs. 2 Satz 2 WVG ergibt, dass die Auflösung eines Wasser- und Bodenverbands zwingend durch Verwaltungsakt und nicht per Satzung erfolgen muss **FS** 81, 278
- Die Gründung eines Wasser- und Bodenverbands war und ist keine Satzung im materiellen Rechtssinn **FS** 81, 279
- Keine Umdeutung einer Satzung in einen Verwaltungsakt **FS** 81, 280

Wasserversorgung

- Die öffentliche Wasserversorgung umfasst auch die Versorgung von Gewerbe- und Industriebetrieben mit größeren Mengen FSt 107, 373
- Zur öffentlichen Wasserversorgung gehört auch die industrielle und gewerbliche Wasserversorgung FSt 107, 373
- Der Begriff des Allgemeinwohls ist weit zu verstehen FSt 107, 373
- Auch Großabnehmer gehören zur Allgemeinheit FSt 107, 374
- Schutz der Gestaltung der Standortbedingungen für die gewerbliche Entwicklung im Gemeindegebiet durch Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG FSt 107, 374
- Kein Begründungserfordernis bei Rechtsnormen FSt 107, 375
- Wasser- und Entwässerungsgebühren: Nur ordnungsgemäß geeichte Wasserzähler dürfen einer Gebührenabrechnung zugrunde gelegt werden GK 12, 35
- Verwendet der Einrichtungsträger in seinem Versorgungsgebiet Wasserzähler, die dem gesetzlichen Verwendungsverbot wegen Ablaufs der Eichfrist widersprechen, gilt ein durch sie ermittelter Wasserverbrauch nicht als festgehalten GK 12, 35
- Bei ungeeichten Zählern muss der Wasserverbrauch nach Art. 13 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. b Doppelbuchst. aa KAG i.V.m. § 162 Abs. 1 AO geschätzt werden GK 12, 36
- Schätzbefugnis der Behörde GK 12, 37
- Gebührenschuldner nach Eigentumsübergang im Rahmen einer Zwangsversteigerung GK 51, 131
- Keine Bedenken gegen die Rechtsgrundlagen, die den Eigentümer als gebührenpflichtig festlegen GK 51, 131
- Rechtmäßige Gebührensatzung gegen den Eigentümer ab dem Zeitpunkt, in dem er in der Zwangsversteigerung den Zuschlag erhalten hat GK 51, 132
- Abgrenzung der vorliegenden Gebührenschildnerschaft zu anderen Konstellationen GK 51, 133
- Ergänzungsbeitrag für die Wasserversorgung, Geschossflächenmehrung, Entstehen der sachlichen Beitragspflicht, Festsetzungsverjährung GK 82, 230
- Allgemein zur Erhebung von Beiträgen GK 82, 231
- Beginn und Ende der Verjährung bei nicht angezeigter Nutzungsaufnahme GK 82, 231

- Schuldner eines Beitrags bei Eigentumswechsel GK 82, 233
- Keine Beitragspflicht hinsichtlich fest überdachter Terrassen GK 107, 290
- Maßgeblich für die Auslegung des Begriffs der „Terrasse“ ist der objektivierte Wille des Normgebers, wie er sich aus dem Wortlaut und dem Sinnzusammenhang ergibt GK 107, 290
- Der allgemeine Sprachgebrauch spricht dafür, Terrassen als den Oberbegriff anzusehen, worunter auch überdachte Terrassen zu subsumieren sind GK 107, 291
- Auch die Verwendung des Begriffs „Terrasse“ in § 5 Abs. 2 Satz 5 Muster-BGS-WAS bzw. Muster-BGS-EWS deutet auf kein anderes Auslegungsergebnis GK 107, 291
- Im Hinblick auf den Vorteilsgedanken ist die Veranlagung überdachter Terrassen außerhalb der Gebäudefluchtlinie nicht zwingend GK 107, 292
- Ermittlung der beitragspflichtigen Grundstücksfläche im Außenbereich GK 210, 538

Wasserwirtschaft

- Bek des StMUV vom 5.8.2024 – Änderung der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021) GK 169, 456

Widmung

- Widmung eines Eigentümerweges FSt 162, 551
- Keine Nichtigkeit wegen Unbestimmtheit FSt 162, 551
- Keine Nichtigkeit im Hinblick auf fehlende Bekanntmachungsunterlagen FSt 162, 552
- Keine Nichtigkeit der Eintragung unter dem Gesichtspunkt einer etwaigen fehlenden Erschließung FSt 162, 553
- Keine Nichtigkeit im Hinblick auf einen etwaigen Ermessensfehler bei der Eintragung FSt 162, 554
- Keine Nichtigkeit wegen sachlicher Unzuständigkeit der Beklagten FSt 162, 555
- Kein Anspruch auf Aufhebung einer Widmung nach Eintritt der Bestandskraft FSt 162, 556
- Keine Verpflichtung zur Neuentscheidung über die Widmung, wenn die Widmungsvoraussetzungen nach Art. 6 Abs. 3 BayStrWG nicht vorliegen FSt 162, 556

Windenergieanlage

- (Keine) Beiladung einer Standortgemeinde im Verfahren, das auf Erteilung eines immissionsschutzrechtlichen Vorbescheids für eine Windenergieanlage gerichtet ist FSt 20, 65

- Kein Anspruch auf notwendige Beiladung gemäß § 65 Abs. 2 VwGO FSt 20, 66
- Kein Anspruch auf notwendige Beiladung aus § 36 BauGB FSt 20, 67
- Einfache Beiladung, weil die Bauleitplanung der Gemeinde betroffen ist? (verneint) FSt 20, 67
- Einfache Beiladung, weil die Planungs-
hoheit der Gemeinde betroffen ist? (verneint) FSt 20, 68
- Einfache Beiladung wegen drohender Funk-
tionslosigkeit eines Flächennutzungsplans?
(verneint) FSt 20, 69
- Einfache Beiladung wegen Betroffenheit der
Wärmeplanung der Gemeinde? (verneint)
FSt 20, 69
- Artenschutzrechtliche Ausnahme für Windener-
gieanlage zu Forschungszwecken (§ 45 Abs. 7
Satz 1 Nr. 3 BNatSchG) FSt 80, 275
- Die in § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG
erwähnte Forschung muss sich nicht auf das
betroffene Tier beschränken FSt 80, 275
- Ausreichend ist ein Zusammenhang zwischen
der Verwirklichung des Verbotstatbestands und
dem Forschungszweck FSt 80, 276
- Zulässigkeit nachträglicher artenschutzrecht-
licher Beschränkungen des Betriebs von
Windenergieanlagen FSt 123, 427

Winterdienst

- Bei einem freiwillig durchgeführten gemeind-
lichen Winterdienst handelt es sich um eine
öffentliche Einrichtung im Sinne des Art. 21
Abs. 1 Satz 1 GO FSt 72, 247
- Winterdienst als gemeindliche Einrichtung
nach Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GO i.V.m. Art. 3 GG
FSt 72, 247
- Nutzungsanspruch im Rahmen der Widmung
der gemeindlichen Einrichtung FSt 72, 248
- Anforderungen an eine Änderung der Verwal-
tungstätigkeit FSt 72, 249

Wohngeld

- Zweite Verordnung zur Fortschreibung des
Wohngeldes nach § 43 des Wohngeldgesetzes
vom 21.10.2024 GK 218, 552

Wohnungsbindungsgesetz

- Änderung des Bayerischen Wohnungsbin-
dungsgesetzes FSt 227, 772
- Einkommensgrenzen: Art. 4 Abs. 1 BayWo-
BindG n.F. FSt 227, 772
- Rechtsverordnung zur Änderung der Einkom-
mensgrenzen: Art. 4 Abs. 2 BayWoBindG n.F.
FSt 227, 773

Z

Zinsen

- Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals
GK 72, 193

Zinssätze

- Änderungen des Basiszinssatzes ab 1.1.2024
GK 62, 167
- Änderungen beim Basiszinssatz ab 1.7.2024
und bei den EZB-Zinssätzen ab 12.6.2024
GK 131, 359
- Änderungen bei den EZB-Zinssätzen ab
18.9.2024 GK 203, 528
- Erneute Änderungen bei den EZB-Zinssätzen
ab 23.10.2024 GK 217, 552

Zivilprozessordnung

- Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessord-
nung (Prozesskostenhilfebekanntmachung
2024 – PKHB 2024) vom 22.12.2023 GK 42, 96

Zugang von Schriftstücken

- Es besteht ein Beweis des ersten Anscheins,
dass Bedienstete der Deutschen Post AG
Briefe zu den postüblichen Zeiten zustellen
FSt 259, 881
- Zugang einer Willenserklärung unter Abwesen-
den; Maßgeblichkeit der üblichen Zustellzeiten
FSt 259, 881
- Beweis des ersten Anscheins; keine Erschütte-
rung im konkreten Fall FSt 259, 882

Zuschlag

- (Kein) Zuschlag für nicht rechtzeitig aufgestell-
ten Dienstplan GK 15, 39

Zuwendungen, Zuschüsse

- Förderung der Aus- und Weiterbildung wird
gestärkt FSt 24, 80
- Rückförderung einer Zuwendung aufgrund vor-
zeitigen Vorhabenbeginns bei Abschluss eines
Planervertrags? FSt 178, 609
- Tatsächliche Handhabung der Förderrichtlinien
durch die Behörden als Prüfungsmaßstab für
die Rechtmäßigkeit einer Zuwendung
FSt 178, 610
- Förderrichtlinien sind keine Rechtsätze und
als Maßstab für die Rechtmäßigkeit einer Zu-
wendung nicht unmittelbar von Bedeutung
FSt 178, 610
- Kein Verstoß gegen den allgemeinen Gleich-
heitssatz durch die unterschiedliche Behand-
lung von Planungs- und Ausführungsverträgen
FSt 178, 611

- Bek des StMWI vom 16.10.2023 – Förderrichtlinie Landesentwicklung – Regionalmanagement (FöRLa III) GK 9, 24
- Gemeinsame Bek des StMB und des StMELF vom 1.12.2023 – Richtlinie zur Förderung von langfristig gebundenem Kohlenstoff in Gebäuden in Holzbauweise in Bayern (Bayerische Förderrichtlinie Holz – BayFHolz) GK 42, 96
- Bek des StMGP vom 4.12.2023 – Richtlinie über die Förderung kommunalen Engagements für die ärztliche Versorgung vor Ort (Kommunalförderrichtlinie – KoFöR) GK 42, 96
- Bek des StMAS vom 4.12.2023 – Richtlinie für die Förderung von Inklusionsbetrieben (Förderrichtlinie IB) GK 42, 96
- Bek des StMWI vom 7.12.2023 – Richtlinien zur Förderung von Gründerzentren, Netzwerkaktivitäten, Aktivitäten zum Erhalt und zur Weiterentwicklung des Start-up-Ökosystems und Unternehmensneugründungen im Bereich Digitalisierung GK 42, 96
- Bek des StMWI vom 12.12.2023 – Richtlinien zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und der Vermeidung von Kohlendioxidemissionen durch Biomasseheizwerke und zugehörige Wärmenetze (Förderprogramm Bio-Wärme Bayern) GK 42, 96
- Bek des StMWK vom 12.12.2023 – Richtlinien für die Vergabe von Zuwendungen zur Durchführung von Ausstellungen GK 48, 120
- Bek des StMB vom 8.12.2023 – Änderung der Richtlinien für das kommunale Förderprogramm zur Schaffung von Mietwohnraum in Bayern GK 48, 120
- Bek des StMWI vom 18.12.2023 – Richtlinien zur Förderung von Energiekonzepten und kommunalen Energienutzungsplänen GK 48, 120
- Bek des StMELF vom 4.12.2023 – Dorferneuerungsrichtlinien zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms (DorfR) GK 48, 120
- Bek des StMELF vom 13.12.2023 – Richtlinie für Zuwendungen zu Maßnahmen der Walderschließung im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (FORSTWEGR 2016) GK 48, 120
- Bek des StMELF vom 15.12.2023 – Änderung der Richtlinie zur Durchführung des Aufbauhilfeprogramms Starkregen und Hochwasser 2021 (Ländliche Wege im Außenbereich von Gemeinden) GK 48, 120
- Bek des StMB vom 25.1.2024 – Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Auszubildende – AzubiR 2024 – GK 63, 168
- Bek des StGP vom 10.2.2024 – Vollzug des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntG); Bundeszuschuss Geburtshilfe: Allgemeinverfügung zur Verteilung der Fördermittel für die Geburtshilfe nach § 5 Abs. 2b KHEntG GK 63, 168
- Bek des StMFH vom 1.2.2024 – Änderung der Bayerischen Wohnungsvergaberichtlinien GK 63, 168
- Bek des StMUK vom 8.3.2024 – Förderrichtlinien für die Gewährung von Zuwendungen aus den Förderprogrammen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus „ALPHA+ besser lesen und schreiben“ und „Kurse zur Alphabetisierung für Asylsuchende – Alpha Asyl“ GK 88, 240
- Bek des StMGP vom 15.4.2024 – Förderrichtlinie zur Unterstützung kleinerer Krankenhäuser und zum Erhalt von Gesundheitsversorgungsstrukturen im ländlichen Raum (Förderrichtlinie kleinere Krankenhäuser – Kleink-FöR) GK 105, 288
- Bek des StMAS vom 2.5.2024 – Richtlinie zur Förderung von Weiterbildungsinitiatorinnen und -initiatoren zur Qualifizierungsberatung und einer Koordinationsstelle für den Förderzeitraum von 2025 bis 2027 (WBI-Förderrichtlinie) GK 122, 336
- Bek des StMAS vom 13.5.2024 – Richtlinie über die Förderung von Maßnahmen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter (Förderrichtlinie Selbstbestimmt Leben im Alter – SeLA) GK 122, 336
- Bek des StMAS vom 17.5.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres in Bayern (FSJ-Förderrichtlinie – FSJ-FöR) GK 122, 336
- Bek des StMGP vom 3.6.2024 – Änderung der Förderrichtlinie Gute Pflege in Bayern GK 132, 360
- Bek des StMGP vom 10.6.2024 – Änderung der Kommunalförderrichtlinie GK 141, 384
- Gemeinsame Bek des StMB und des StMELF vom 11.6.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von langfristig gebundenem Kohlenstoff in Gebäuden in Holzbauweise in Bayern (Bayerische Förderrichtlinie Holz – BayFHolz) GK 141, 384
- Bek des StMWi vom 10.6.2024 – Richtlinie zum Förderprogramm „Wasserkraftanlagen“ GK 141, 384
- Bek des StMGP vom 14.6.2024 – Bayerische Förderrichtlinie für digitale, innovative Gesundheits- und Pflegeprojekte (Gesundheits- und Pflegedigitalisierungsrichtlinie – BayDi-GuP) GK 148, 408

- Bek des StMB vom 22.8.2024 – Änderung der Richtlinien für das kommunale Förderprogramm zur Schaffung von Mietwohnraum in Bayern GK 179, 480
- Bek des StMUK vom 8.8.2024 – Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Konzepts „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ an kommunalen Schulen und an privaten Ersatzschulen (SchuFL-R) GK 179, 480
- Bek des StMGP vom 12.9.2024 – Änderung der Förderrichtlinie Pflege im sozialen Nahraum GK 195, 504
- KfW-Förderung von kommunalem Neubau und kommunaler Infrastruktur GK 196, 505

Zwangsgeld

- Zwangsgeld in der Verwaltungsvollstreckung FSt 27, 88
- Zwangsgeldandrohung einer Sicherheitsbehörde; Fälligkeitsmitteilung; Anhörung; Ermessen; Beitreibung FSt 37, 121
- Anhörung vor Fälligkeitsmitteilung nicht erforderlich FSt 37, 121
- Fälligkeitsmitteilung ist noch kein Teil des Beitreibungsverfahrens FSt 37, 122

Zwangsvollstreckung

- Androhung eines Zwangsgelds zur Durchsetzung eines Anspruchs auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle FSt 79, 271
- Vorliegen der allgemeinen Vollstreckungsvoraussetzungen FSt 79, 271
- Keine Einleitung von Zwangsmaßnahmen, wenn die Gemeinde substantiiert darlegt, dass die Erfüllung der Verpflichtung zur Stellung eines Kita-Platzes in der gesetzten Frist unmöglich ist FSt 79, 272
- Anforderungen an die erforderliche Darlegung, dass die Gemeinde alle Möglichkeiten zur Stellung des Betreuungsplatzes ausgeschöpft hat FSt 79, 272
- Pauschale Hinweise auf den allgemeinen Fachkräftemangel reichen nicht aus, um die Vollstreckung zu verhindern FSt 79, 273
- Höhe des Zwangsgelds und Angemessenheit der der Kommune für die Zurverfügungstellung des Betreuungsplatzes gesetzten Frist FSt 79, 274
- Elektronische Einreichung eines Vollstreckungsantrags in Justizbeitreibungssachen GK 1, 1
- Allgemeines zur Vollstreckung von Gerichtskosten GK 1, 1

- Formanforderungen im elektronischen Rechtsverkehr für einen Vollstreckungsantrag GK 1, 2
- Abschließende Festlegung gemäß § 130a ZPO für Vollstreckungsanträge GK 1, 3
- Unpfändbarkeit der Corona-Überbrückungshilfe III GK 10, 25
- Verordnung zur Änderung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung vom 24.11.2023 GK 19, 47
- Verordnung zur Änderung der Zwangsverwalterverordnung vom 22.3.2024 GK 88, 240
- Verwendung von älteren Formularen u.a. für Gerichtsvollzieher verlängert bis 31.8.2024/30.5.2025 GK 99, 268
- Befristete Einstellung der Zwangsvollstreckung mit Auflagen zur Sicherung der Gläubigerinteressen GK 115, 313
- Zweite Verordnung zur Änderung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung vom 17.6.2024 GK 132, 360
- Identifizierung des Titelgläubigers nach Abtretung GK 133, 361
- Eine vom Arbeitgeber gezahlte Inflationsausgleichsprämie ist pfändbares Arbeitseinkommen GK 149, 409
- Kein Pfändungsschutz nach § 850i Abs. 1 Satz 1 Fall 1 ZPO GK 149, 409
- Inflationsausgleichsprämie ist nicht als Erbschwerniszulage nach § 850a Nr. 3 ZPO unpfändbar GK 149, 410
- Die Inflationsausgleichsprämie ist auch nicht als Aufwandsentschädigung im Sinne des § 850a Nr. 3 ZPO unpfändbar GK 149, 410
- Die Unpfändbarkeit des Anspruchs auf Auszahlung der Prämie folgt auch nicht aus § 851 Abs. 1 ZPO GK 149, 410

Zweckentfremdung

- Anforderungen an eine wirksame Zweckentfremdungssatzung FSt 38, 123
- Erfolgreiche Popularklage einer Stadt gegen die Regelung zur Genehmigungsfähigkeit einer Zweckentfremdung in Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Halbsatz 2 Zweckentfremdungsgesetz FSt 59, 201
- Art. 106 Abs. 1 BV gewährleistet kein subjektives Recht, sodass eine Popularklage nicht auf seine Verletzung gestützt werden kann FSt 59, 201
- Art. 103 Abs. 2 BV ist für sich genommen kein Grundrecht oder grundrechtsgleiches Recht FSt 59, 202
- Keine Verletzung der Selbstverwaltungsgarantie (Art. 11 Abs. 2 Satz 2 BV) durch das Zweckentfremdungsgesetz FSt 59, 202

- Kein verfassungsgerichtlich verfolgbarer Anspruch auf ein bestimmtes Handeln des Gesetzgebers FSt 59, 204
- Eine Popularklage kann nicht auf die Verletzung des Rechtsstaatsprinzips (Art. 3 Abs. 1 BV) gestützt werden FSt 59, 205
- Rechtliche Hürden des Zweckentfremdungsrechts FSt 121, 423
- Wirksamkeit einer Zweckentfremdungsverbotssatzung FSt 176, 601
- Art. 1 Abs. 1 Satz 1 Zweckentfremdungsgesetz (ZwEWG) und die mit ihr im Zusammenhang stehenden weiteren Regelungen des ZwEWG sind mit höherrangigem Recht vereinbar FSt 176, 601
- Eine Zweckentfremdungsverbotssatzung muss nicht formell begründet werden FSt 176, 602
- Besondere Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen FSt 176, 603
- Für mieterschützende Regelungen stellt das Zweckentfremdungsgesetz keine Rechtsgrundlage dar FSt 176, 604
- Eine Frist von zwölf Monaten als reine Entscheidungsfrist über die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung vom Zweckentfremdungsverbot ist unangemessen lang FSt 176, 604
- Gesamtnichtigkeit der Zweckentfremdungsverbotssatzung (verneint) FSt 176, 605
- Abgrenzung zur Wohnnutzung FSt 202, 684
- Abgrenzung der Wohnnutzung von Fremdbeherbergung FSt 202, 684
- Vermietung eines Zimmers an einen Studenten als Wohnen im zweckentfremdungsrechtlichen Sinn FSt 202, 686
- Auskunftspflicht des Betreibers einer Online-Plattform wegen des Verbots der Zweckentfremdung von Wohnraum FSt 249, 841
- Auskunftspflicht des Diensteanbieters nur bei konkretem Anfangsverdacht einer Ordnungswidrigkeit FSt 249, 842
- Die gelegentliche Gebrauchsüberlassung von Wohnraum begründet für sich allein noch keinen konkreten Anfangsverdacht einer verbotenen Zweckentfremdung FSt 249, 842
- Die konkrete Tauglichkeit eines bestimmten Objekts für die Verwirklichung des Tatbestands einer Zweckentfremdung muss positiv feststehen (hier verneint) FSt 249, 843
- Kein Schluss von der Anzahl der Bewertungen für das Objekt auf die Dauer einer Fremdbeherbergung FSt 249, 844
- Einsatz von „verdeckten Ermittlern“ als milderes Mittel zur Auskunftspflicht FSt 249, 844

Zweitwohnungssteuer

- Eigengenutzte Wohnung des Steuerpflichtigen; ortsübliche Nettokaltmiete als Bemessungsgrundlage; Erhöhung des Steuersatzes auf 20 % GK 52, 134
- Zweitwohnungen unterliegen der Steuerpflicht auch dann, wenn der Eigentümer sie nur zeitweilig nutzt und während der übrigen Zeit vermietet GK 52, 134
- Bei einer im Eigentum der Steuerpflichtigen stehenden Zweitwohnung darf die ortsübliche Nettokaltmiete als Besteuerungsmaßstab herangezogen werden GK 52, 135
- Der Unterhaltungsaufwand für eine dem Steuerpflichtigen gehörende Zweitwohnung spiegelt den mit dem Innehaben einer solchen Wohnung verbundenen wirtschaftlichen Aufwand nicht angemessen wider GK 52, 136
- Gegen einen Steuersatz in Höhe von 20 % der jährlichen Nettokaltmiete bestehen keine rechtlichen Bedenken GK 52, 138
- Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer verletzt weder das Grundrecht auf Freizügigkeit noch das Gebot der Gleichbehandlung GK 52, 138
- Begriff der Zweitwohnung; kostenfreie Nutzung der Erstwohnung; Steuersatzerhöhung auf 20 % der Nettokaltmiete; Schätzung der ortsüblichen Miete; Zu- und Abschläge aufgrund von Ausstattungs- und Lagekriterien GK 135, 370
- Der Heranziehung zur Zweitwohnungssteuer steht nicht der Umstand entgegen, dass der Steuerpflichtige seine Erstwohnung kostenfrei nutzt GK 135, 371
- Die Zweitwohnungssteuerpflicht hängt nicht davon ab, dass dem Steuerpflichtigen für zwei Wohnungen ein finanzieller Aufwand entsteht GK 135, 372
- Die Gemeinde muss die Höhe des Steuersatzes nicht mit einem durch die Zweitwohnungsinhaber veranlassten zusätzlichen Finanzbedarf rechtfertigen GK 135, 372
- Für die Schätzung der ortsüblichen Nettokaltmiete müssen nicht zwingend die in einem örtlichen Mietspiegel ermittelten Zahlen zugrunde gelegt werden GK 135, 373
- Ausstattungs- und lagebedingte Zuschläge oder Abschläge bei der (fiktiven) Nettokaltmiete eigengenutzter Zweitwohnungen dürfen anhand der für Hauptwohnungen geltenden Faktoren bemessen werden GK 135, 374

II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)

Urteil	v. 22.06.2023	C-427.21FSt	50
Urteil	v. 14.12.2023	C-340.21FSt	129
Urteil	v. 14.12.2023	C-456.22FSt	129
Urteil	v. 25.01.2024	C-687.21FSt	129

Bundesverfassungsgericht

Urteil	v. 15.11.2023	2 BvF 1.22.....FSt	128
Urteil	v. 09.04.2024	1 BvR 2017.21FSt	236
Beschluss	v. 29.11.2023	2 BvF 1.18.....GK	116

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 07.06.2023	Vf. 8-IX-23FSt	1
Entscheidung	v. 24.08.2023	Vf. 38-VII-21FSt	59
Entscheidung	v. 26.10.2023	Vf. 6-VII-22FSt	94

Bundesverwaltungsgericht

Urteil	v. 04.05.2022	9 A 7.21.....FSt	219
Beschluss	v. 14.02.2023	2 B 3.22.....FSt	40
Beschluss	v. 28.02.2023	5 P 2.21FSt	93
Urteil	v. 28.03.2023	2 C 6.21FSt	108
Urteil	v. 28.03.2023	2 C 20.21.....FSt	99
Urteil	v. 20.04.2023	2 A 18.21.....FSt	142
Urteil	v. 26.04.2023	6 C 8.21FSt	33
Urteil	v. 23.05.2023	4 CN 10.21.....FSt	29
Beschluss	v. 23.05.2023	6 B 33.22.....FSt	21
Urteil	v. 25.05.2023	1 C 6.22.....FSt	153
Urteil	v. 13.06.2023	9 CN 2.22.....GK	2
Urteil	v. 13.06.2023	9 CN 2.22.....FSt	35
Urteil	v. 20.06.2023	4 CN 7.21FSt	180
Urteil	v. 13.07.2023	2 C 3.22.....FSt	190
Beschluss	v. 25.07.2023	4 B 28.22.....FSt	86

Urteil	v. 30.08.2023	3 C 15.22.....	FSt	47
Urteil	v. 17.10.2023	9 CN 3.22.....	GK	73
Beschluss	v. 19.10.2023	6 B 3.23.....	FSt	187
Urteil	v. 09.11.2023	2 C 12.22.....	FSt	165
Urteil	v. 09.11.2023	4 C 2.22.....	FSt	216
Urteil	v. 09.11.2023	4 CN 2.22.....	FSt	254
Urteil	v. 29.11.2023	6 C 3.22.....	FSt	143
Urteil	v. 19.12.2023	10 C 5.22.....	FSt	159
Beschluss	v. 19.12.2023	11 VR 1.23.....	FSt	149
Urteil	v. 19.12.2023	7 C 4.22.....	FSt	123
Beschluss	v. 20.12.2023	9 BN 4.23.....	GK	124
Beschluss	v. 08.01.2024	4 BN 15.23.....	FSt	169
Beschluss	v. 12.01.2024	10 BN 4.23.....	FSt	107
Urteil	v. 18.01.2024	5 C 13.22.....	FSt	168
Beschluss	v. 22.02.2024	11 VR 3.24.....	FSt	226
Urteil	v. 29.02.2024	9 CN 1.23.....	GK	136
Urteil	v. 07.03.2024	2 C 2.23.....	GK	166
Urteil	v. 27.03.2024	6 C 1.22.....	FSt	172
Urteil	v. 24.04.2024	8 CN 1.23.....	FSt	238

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Beschluss	v. 03.06.2022	12 N 21.1208.....	FSt	38
Beschluss	v. 15.11.2022	17 P 22.1570.....	FSt	74
Beschluss	v. 03.03.2023	1 NE 22.2231.....	FSt	97
Urteil	v. 23.03.2023	24 B 20.549.....	GK	93
Urteil	v. 23.03.2023	6 B 22.200.....	GK	57
Beschluss	v. 27.03.2023	20 ZB 22.2662.....	GK	107
Beschluss	v. 03.04.2023	5 N 21.355.....	FSt	81
Beschluss	v. 03.04.2023	9 ZB 23.79.....	FSt	27
Beschluss	v. 04.04.2023	9 ZB 22.2388.....	FSt	27
Beschluss	v. 17.04.2023	10 ZB 22.1666.....	FSt	37
Urteil	v. 17.04.2023	11 BV 22.1234.....	FSt	56
Beschluss	v. 18.04.2023	2 CS 22.2126.....	FSt	4
Beschluss	v. 16.05.2023	8 ZB 22.2586.....	FSt	91
Urteil	v. 23.05.2023	1 B 21.2139.....	FSt	156
Beschluss	v. 26.05.2023	8 CE 23.254.....	FSt	72

Urteil	v. 30.05.2023	5 BV 20.2104.....	FSt	117
Beschluss	v. 12.06.2023	2 CS 23.787.....	FSt	42
Beschluss	v. 12.06.2023	2 NE 23.284.....	FSt	17
Urteil	v. 15.06.2023	20 B 21.2421.....	GK	12
Urteil	v. 15.06.2023	20 B 23.63.....	GK	66
Beschluss	v. 16.06.2023	14 ZB 23.945.....	FSt	58
Beschluss	v. 19.06.2023	22 AS 23.40001.....	FSt	6
Beschluss	v. 21.06.2023	23 ZB 23.100.....	FSt	55
Urteil	v. 26.06.2023	15 N 22.1975.....	FSt	51
Beschluss	v. 10.07.2023	12 C 23.30311.....	FSt	133
Beschluss	v. 10.07.2023	4 ZB 22.1530.....	FSt	49
Beschluss	v. 18.07.2023	11 CS 23.907.....	FSt	9
Urteil	v. 20.07.2023	22 A 22.40030.....	FSt	80
Beschluss	v. 31.07.2023	2 CS 23.1138.....	FSt	160
Urteil	v. 08.08.2023	1 N 20.2600.....	FSt	100
Beschluss	v. 16.08.2023	4 ZB 23.114.....	GK	52
Beschluss	v. 21.08.2023	12 BV 23.725.....	FSt	249
Beschluss	v. 05.09.2023	7 CE 23.1299.....	FSt	212
Beschluss	v. 11.09.2023	2 CS 23.977.....	FSt	111
Beschluss	v. 13.09.2023	10 CS 23.1650.....	FSt	7
Beschluss	v. 18.09.2023	22 ZB 23.1019.....	FSt	256
Beschluss	v. 19.09.2023	14 ZB 23.51.....	FSt	114
Urteil	v. 20.09.2023	16a D 22.172.....	FSt	119
Beschluss	v. 20.09.2023	24 CS 23.650.....	FSt	161
Beschluss	v. 21.09.2023	2 ZB 22.587 und 2 ZB 22.589.....	FSt	30
Beschluss	v. 21.09.2023	20 CS 23.1432.....	FSt	218
Urteil	v. 27.09.2023	9 N 17.1119.....	FSt	77
Urteil	v. 05.10.2023	8 N 23.863.....	FSt	134
Beschluss	v. 24.10.2023	22 A 21.40041.....	FSt	20
Urteil	v. 25.10.2023	4 B 22.399.....	GK	65
Urteil	v. 31.10.2023	5 N 22.2094.....	FSt	176
Beschluss	v. 07.11.2023	4 CS 23.1635.....	GK	25
Beschluss	v. 13.11.2023	2 NE 23.1841.....	FSt	263
Beschluss	v. 20.11.2023	12 ZB 21.2188.....	FSt	202
Urteil	v. 21.11.2023	8 A 21.40040.....	FSt	151
Urteil	v. 27.11.2023	6 BV 22.306.....	GK	74
Urteil	v. 30.11.2023	20 B 22.2100.....	GK	82

Urteil	v. 04.12.2023	4 B 23.401.....	GK	91
Beschluss	v. 05.12.2023	9 CS 23.1241.....	FSt	229
Beschluss	v. 07.12.2023	2 CS 23.1169.....	FSt	102
Beschluss	v. 11.12.2023	8 CS 23.1686.....	FSt	125
Beschluss	v. 21.12.2023	2 N 21.2595.....	FSt	116
Beschluss	v. 29.12.2023	8 ZB 23.687.....	FSt	219
Beschluss	v. 08.01.2024	8 CS 23.1629.....	FSt	186
Beschluss	v. 09.01.2024	2 CS 23.2010.....	FSt	147
Beschluss	v. 10.01.2024	15 CS 23.1929.....	FSt	120
Beschluss	v. 15.01.2024	12 A 23.2372.....	FSt	220
Beschluss	v. 15.01.2024	14 ZB 22.1667.....	FSt	184
Beschluss	v. 15.01.2024	20 CS 23.1910.....	FSt	218
Urteil	v. 17.01.2024	16a D 23.1397.....	FSt	250
Beschluss	v. 22.01.2024	10 ZB 23.1558.....	FSt	124
Beschluss	v. 22.01.2024	20 CS 23.2238.....	FSt	218
Beschluss	v. 23.01.2024	4 ZB 21.168, 4 ZB 21.169.....	GK	117
Beschluss	v. 30.01.2024	24 CS 23.1872.....	FSt	103
Beschluss	v. 05.02.2024	6 ZB 23.1545.....	GK	150
Beschluss	v. 07.02.2024	9 NE 23.1618.....	FSt	215
Beschluss	v. 12.02.2024	1 CS 23.1957.....	FSt	217
Beschluss	v. 15.02.2024	4 CE 24.60.....	FSt	150
Beschluss	v. 20.02.2024	15 NE 23.1455.....	FSt	193
Urteil	v. 23.02.2024	20 B 20.2769.....	GK	210
Urteil	v. 29.02.2024	1 N 21.3084.....	FSt	240
Beschluss	v. 01.03.2024	8 CS 23.2222.....	FSt	206
Beschluss	v. 04.03.2024	20 B 21.645.....	GK	171
Beschluss	v. 04.03.2024	24 ZB 23.1840.....	GK	145
Beschluss	v. 11.03.2024	10 CS 24.410.....	FSt	197
Beschluss	v. 14.03.2024	6 ZB 24.150.....	GK	198
Beschluss	v. 18.03.2024	4 ZB 23.1493.....	GK	135
Beschluss	v. 19.03.2024	24 ZB 23.2224.....	GK	174
Beschluss	v. 25.03.2024	7 ZB 23.1506.....	FSt	195
Beschluss	v. 09.04.2024	10 CE 24.420.....	FSt	209
Beschluss	v. 09.04.2024	11 CS 24.385.....	FSt	222
Beschluss	v. 07.05.2024	11 B 23.1992.....	FSt	233
Beschluss	v. 07.05.2024	20 CS 24.428.....	FSt	218
Beschluss	v. 29.05.2024	9 NE 23.1842.....	FSt	203

Urteil	v. 13.06.2024	20 B 22.1914.....	FSt	237
Urteil	v. 13.06.2024	6 BV 22.1215.....	GK	180
Beschluss	v. 21.06.2024	4 ZB 22.242.....	GK	170
Beschluss	v. 26.06.2024	10 CS 24.1062.....	FSt	266
Beschluss	v. 03.07.2024	6 ZB 23.669.....	GK	180
Beschluss	v. 10.07.2024	4 ZB 23.1795.....	FSt	224
Urteil	v. 24.07.2024	11 B 23.589.....	FSt	267

Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Hamburg	Beschluss	v. 07.06.2023	2 Bs 38.23.....	FSt	192
OVG Niedersachsen	Urteil	v. 07.03.2024	1 LB 109.22.....	FSt	264
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 30.04.2024	1 MN 161.23.....	FSt	228
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 07.05.2024	7 MS 83.23.....	FSt	219
OVG Nordrhein-Westfalen	Urteil	v. 08.09.2023	4 A 2549.20.....	FSt	178
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 04.10.2023	8 B 833.23.....	FSt	90
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 01.12.2023	12 E 832.23.....	FSt	79
OVG Sachsen-Anhalt	Beschluss	v. 11.04.2024	2 M 18.24.....	FSt	217
OVG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 07.07.2023	1 MR 9.20.....	FSt	219
OVG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 22.05.2024	1 KN 7.19.....	FSt	244
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 06.03.2023	12 S 2487.22.....	FSt	70
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 06.02.2024	3 S 2989.21.....	FSt	196
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 13.03.2024	1 S 401.24.....	FSt	144
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 25.03.2024	13 S 730.23.....	FSt	210
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 03.04.2024	2 S 496.24.....	FSt	265
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 09.04.2024	12 S 77.24.....	FSt	179
VGH Hessen	Beschluss	v. 29.08.2023	2 B 987.23.....	FSt	175

Verwaltungsgerichte

VG Ansbach	Beschluss	v. 26.02.2024	AN 3 S 24.169.....	FSt	253
VG Ansbach	Beschluss	v. 04.07.2024	AN 4 E 24.1196.....	FSt	260
VG Augsburg	Urteil	v. 12.01.2022	Au 4 K 21.1107 und Au 4 K 21.1108.....	FSt	30
VG Augsburg	Urteil	v. 14.02.2023	Au K 22.1246.....	GK	51
VG Augsburg	Urteil	v. 19.07.2023	Au 4 K 23.199.....	FSt	62
VG Augsburg	Beschluss	v. 21.07.2023	Au 5 S 23.1052.....	FSt	253
VG Augsburg	Urteil	v. 20.09.2023	Au 4 K 23.120.....	FSt	132
VG Bayreuth	Urteil	v. 11.05.2023	B 9 K 22.59.....	FSt	45

VG Düsseldorf	Beschluss	v. 21.02.2024	1 L 390.24.....FSt	118
VG Frankfurt am Main	Urteil	v. 04.04.2023	5 K 2493.22.F.....FSt	141
VG München	Urteil	v. 28.03.2023	7 E 23.117.....GK	40
VG München	Beschluss	v. 25.05.2023	M 9 S 22.4788.....FSt	219
VG München	Beschluss	v. 09.08.2023	M 1 SN 23.3188.....FSt	253
VG München	Beschluss	v. 12.09.2023	M 18 E 23.4244.....FSt	31
VG München	Beschluss	v. 28.09.2023	M 18 E 23.4227.....FSt	19
VG München	Beschluss	v. 22.11.2023	M 7 E 23.5047.....FSt	109
VG München	Beschluss	v. 18.01.2024	M 24 E 23.5726.....FSt	208
VG München	Urteil	v. 25.01.2024	M 15 K 21.4959.....FSt	205
VG München	Urteil	v. 30.04.2024	M 13 K 22.6185.....FSt	242
VG Regensburg	Urteil	v. 29.11.2022	RN 12 K 20.3147.....FSt	39
VG Regensburg	Urteil	v. 29.06.2023	RO 2 K 20.2395.....FSt	162
VG Würzburg	Beschluss	v. 02.02.2024	W 5 S 24.209.....FSt	221

Bundesgerichtshof

Urteil	v. 22.11.2022	VI ZR 344.21.....FSt	8
Beschluss	v. 14.12.2022	StB 42.22.....FSt	14
Beschluss	v. 25.01.2023	XII ZB 29.20.....FSt	231
Urteil	v. 15.03.2023	VIII ZR 99.22.....FSt	12
Beschluss	v. 06.04.2023	I ZB 84.22.....GK	1
Urteil	v. 13.04.2023	III ZR 17.22.....GK	30
Urteil	v. 13.04.2023	III ZR 215.21.....FSt	66
Urteil	v. 24.05.2023	VIII ZR 213.21.....GK	61
Urteil	v. 22.06.2023	VII ZR 881.21.....FSt	18
Urteil	v. 12.07.2023	VIII ZR 375.21, VIII ZR 8.22, VIII ZR 60.22 und VIII ZR 125.22.....GK	86
Urteil	v. 13.07.2023	I ZR 152.21.....FSt	96
Urteil	v. 03.08.2023	VII ZR 102.22.....FSt	63
Beschluss	v. 16.08.2023	VII ZB 64.21.....GK	10
Beschluss	v. 26.10.2023	I ZB 11.23.....GK	115
Urteil	v. 29.11.2023	VIII ZR 211.22.....GK	112
Urteil	v. 29.11.2023	VIII ZR 75.23.....GK	201
Urteil	v. 05.12.2023	KZR 101.20.....GK	212
Urteil	v. 12.12.2023	VI ZR 77.23.....FSt	199
Urteil	v. 09.01.2024	II ZR 220.22.....GK	167

Urteil	v. 11.01.2024	III ZR 15.23	FSt	198
Beschluss	v. 17.01.2024	VII ZB 54.21	GK	133
Urteil	v. 19.01.2024	V ZR 191.22.....	FSt	181
Beschluss	v. 14.02.2024	VII ZR 221.22.....	FSt	171
Urteil	v. 15.02.2024	VII ZR 42.22.....	FSt	157
Beschluss	v. 22.02.2024	III ZR 63.23	FSt	138
Beschluss	v. 12.04.2024	BLw 2.22.....	FSt	255
Beschluss	v. 25.04.2024	IX ZB 55.23	GK	149

Andere Zivil- und Strafgerichte

AG München	Beschluss	v. 17.04.2024	132 C 10483.24.....	FSt	188
BayObLG	Beschluss	v. 20.10.2022	VERG 1.22 V	FSt	11
BayObLG	Beschluss	v. 08.02.2023	Verg 17.22.....	FSt	10
BayObLG	Beschluss	v. 06.06.2023	Verg 8.23	GK	154
BayObLG	Beschluss	v. 06.12.2023	Verg 7.23	FSt	152
BayObLG	Beschluss	v. 18.12.2023	201 ObOWi 1077.23.....	FSt	183
BayObLG	Urteil	v. 17.01.2024	101 ZRR 165.23 e	FSt	189
BayObLG	Beschluss	v. 28.03.2024	201 ObOWi 141.24.....	FSt	218
KG Berlin	Urteil	v. 13.01.2023	21 U 92.22	FSt	139
LG München II	Urteil	v. 26.05.2023	2 O 5124.19	FSt	83
LG Nürnberg-Fürth	Urteil	v. 18.12.2023	12 O 8630.20	FSt	182
LG Potsdam	Urteil	v. 19.04.2023	6 O 276.20	GK	77
LG Tübingen	Urteil	v. 07.06.2022	5 O 129.21	FSt	204
OLG Bamberg	Urteil	v. 02.03.2023	12 U 29.22	FSt	170
OLG Bamberg	Beschluss	v. 17.08.2023	4 U 76.23e.....	FSt	136
OLG Bamberg	Urteil	v. 24.08.2023	12 U 58.22	GK	110
OLG Brandenburg	Urteil	v. 02.03.2023	12 U 78.22	GK	6
OLG Brandenburg	Urteil	v. 20.07.2023	10 U 14.23	GK	85
OLG Brandenburg	Urteil	v. 28.11.2023	10 U 2.23	FSt	112
OLG Celle	Urteil	v. 02.08.2023	14 U 200.19	GK	95
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 05.09.2022	23 U 116.21	FSt	52
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 29.11.2022	21 U 71.22	FSt	43
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 02.03.2023	5 U 1.22	GK	5
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 11.05.2023	5 U 155.22	GK	213
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 21.06.2023	27 U 4.22	GK	69
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 09.08.2023	Verg 3.23	GK	175

OLG Düsseldorf	Urteil	v. 11.01.2024	20 U 36.23	FSt	194
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 03.02.2023	21 U 47.20	GK	38
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 20.02.2023	14 U 202.12	GK	78
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 09.03.2023	15 U 295.21	FSt	87
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 27.11.2023	3 ORs 23.23	FSt	106
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 21.12.2023	11 Verg 4.23	GK	103
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 21.12.2023	15 U 211.21	FSt	101
OLG Hamm	Urteil	v. 22.09.2022	24 U 65.21	GK	17
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 04.05.2022	15 Verg 1.22	FSt	23
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 18.08.2023	15 Verg 4.23	FSt	57
OLG Köln	Urteil	v. 08.02.2023	11 U 252.21	GK	53
OLG Köln	Urteil	v. 21.12.2023	7 U 173.20	GK	140
OLG München	Urteil	v. 15.06.2021	9 U 631.20 Bau	GK	45
OLG Nürnberg	Beschluss	v. 20.03.2023	11 W 3036.22	FSt	34
OLG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 19.07.2023	54 Verg 3.23	GK	121
OLG Stuttgart	Urteil	v. 21.03.2023	12 U 312.20	GK	94
OLG Stuttgart	Urteil	v. 16.05.2024	2 U 146.22	FSt	204

Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 25.07.2022	9 AZR 392.22	GK	4
Urteil	v. 18.01.2023	5 AZR 108.22	GK	76
Urteil	v. 19.01.2023	8 AZR 437.21	FSt	26
Urteil	v. 31.01.2023	9 AZR 107.20	FSt	75
Urteil	v. 16.02.2023	8 AZR 450.21	FSt	15
Urteil	v. 16.03.2023	6 AZR 130.22	GK	15
Urteil	v. 28.03.2023	9 AZR 488.21	GK	84
Urteil	v. 29.03.2023	5 AZR 255.22	GK	27
Urteil	v. 30.03.2023	8 AZR 120.22	GK	28
Urteil	v. 06.06.2023	9 AZR 272.22	FSt	177
Urteil	v. 28.06.2023	5 AZR 335.22	GK	68
Urteil	v. 05.07.2023	4 AZR 289.22	FSt	84
Urteil	v. 16.08.2023	4 AZR 339.22	FSt	61
Urteil	v. 16.08.2023	7 AZR 300.22	FSt	131
Urteil	v. 24.08.2023	2 AZR 17.23	FSt	130
Urteil	v. 05.09.2023	9 AZR 329.22	FSt	200
Beschluss	v. 17.10.2023	1 ABR 24.22	FSt	201
Urteil	v. 18.10.2023	5 AZR 22.23	GK	128

Urteil	v. 18.10.2023	5 AZR 68.23.....	FSSt	113
Urteil	v. 23.11.2023	8 AZR 212.22.....	FSSt	269
Urteil	v. 23.11.2023	8 AZR 164.22.....	FSSt	213
Urteil	v. 05.12.2023	9 AZR 230.22.....	FSSt	225
Urteil	v. 13.12.2023	4 AZR 317.22.....	FSSt	223
Urteil	v. 13.12.2023	5 AZR 137.23.....	GK	138
Urteil	v. 13.12.2023	5 AZR 168.23.....	GK	173
Urteil	v. 14.12.2023	2 AZR 55.23; 2 AZR 66.23.....	FSSt	154
Urteil	v. 24.01.2024	5 AZR 331.22.....	GK	127
Urteil	v. 07.02.2024	5 AZR 177.23.....	GK	211
Urteil	v. 29.02.2024	8 AZR 187.23.....	FSSt	262
Urteil	v. 20.06.2024	2 AZR 213.23.....	FSSt	259

Bundesfinanzhof

Urteil	v. 18.01.2023	XI R 29.22 und XI R 16.18.....	GK	35
Urteil	v. 15.02.2023	VI R 13.21.....	GK	92
Urteil	v. 15.03.2023	I R 49.20 (NV).....	GK	58
Urteil	v. 11.05.2023	IV R 31.19.....	GK	34
Beschluss	v. 13.09.2023	X B 52.23.....	GK	83
Urteil	v. 18.10.2023	XI R 21.23, XI R 30.19.....	GK	118
Urteil	v. 06.12.2023	XI R 33.21.....	GK	144
Urteil	v. 14.12.2023	IV R.21.....	GK	197
Urteil	v. 14.12.2023	V R 28.21.....	GK	151
Urteil	v. 27.03.2024	VI R 5.22.....	GK	152

Finanzgerichte

FG Nürnberg	Beschluss	v. 08.08.2023	8 V 300.23.....	GK	125
-------------	-----------	---------------	-----------------	----	-----

Bundessozialgericht

Urteil	v. 28.06.2022	B 2 U 16.20 R.....	FSSt	127
Urteil	v. 23.02.2023	B 8 309.21 R.....	FSSt	85
Urteil	v. 25.04.2023	B 7.14 AS 69.21 R.....	GK	64
Urteil	v. 13.07.2023	B 8 SO 11.22 R.....	FSSt	110
Urteil	v. 20.09.2023	B 8 SO 19.22 R.....	FSSt	239

Landessozialgerichte

LSG Baden-Württemberg	Urteil	v. 20.06.2023	L 9 AS 2274.22.....	FSSt	41
LSG Berlin-Brandenburg	Urteil	v. 24.04.2024	L AS 684.22.....	FSSt	252

